

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 7. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7407.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Anstaltsdruck: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

### Aus Frankreich.

Paris, 4. Oktober.

Der Anklageakt in Sachen der Panama-Affäre, den der „Matin“ heute vollständig veröffentlicht, zeigt bis zur Evidenz, daß die Justiz auch in der neuesten Panama-Untersuchung als Werkzeug des herrschenden Klüngels gehandelt hat. Arton hatte nach dem Anklageakt circa 2 Millionen Franken von der Panama-Gesellschaft zu Korruptionszwecken bekommen. Davon erhielten aber die neun angeklagten Deputierten im ganzen nur 404 000 Franken. Ueber die Verwendung der weiteren 1 1/2 Millionen schweigt der Anklageakt höflich. Warum? Weil Arton's Aussagen und Bemerkungen in den Notizbüchern, von der Justiz nur dann berücksichtigt wurden, wenn dieselben durch andere Beweismomente hinlänglich bestätigt wurden. Das ist die klägliche Ausflucht, die der Parteijustiz zur Vertilgung der großen panamaischen Diebe dient. Die „anderen Beweismomente“ fehlen nämlich in allen Fällen, wo Arton's Beschuldigungen opportunistische Parteigrößen treffen! Dabei weiß man aus den Erklärungen des Untersuchungsrichters Le Poittevin vor dem parlamentarischen Panama-Ausschuß, sowie aus den diesem Ausschuss vorgelegten Dokumenten, daß gegen die regierungsfremdlichen Panamaischen mindestens ebenso belastende anderweitige Beweismomente vorhanden waren, wie gegen die oppositionellen Angeklagten. Ganz unverhüllt ist von der Meline'schen Justiz Gesez und Recht mit Füßen getreten worden im Falle des opportunistischen Senators Levey. Anfänglich in die Anklage mitverwickelt und vom Senat selber einstimmig dem Untersuchungsrichter ausgeliefert, wurde er später ganz aus dem Spiele gelassen — nicht etwa wegen „Mangels an Beweisen“, sondern wegen seines — Gesundheitszustandes, der ihn unzurechnungsfähig mache! Diese „Unzurechnungsfähigkeit“ hinderte ihn aber nicht, nach wie vor Senator zu bleiben. Ueberdies wird der Fall Levey mit seiner Silbe im Anklageakt erwähnt, während der inzwischen mit Selbstmord abgegangene ehemalige Abgeordnete Richard im Anklageakt als vollkommen zurechnungsfähig entehrt wird.

Was die acht lebenden Angeklagten betrifft, so scheinen überzeugende Schuldbeweise nur gegen den ehemaligen boulangistischen Senator und gegenwärtigen radikalen Abgeordneten Raquet, der sich nach London geflüchtet, und gegen den radikalen Abgeordneten Maret erbracht worden zu sein. Raquet soll 150 000 Fr. Bestechungsgeld erhalten haben als Ferscherbelle Arton's beim Zinsaufbringen des Botums über die Panama-Lotterie-Anleihe. Maret soll für 90 000 Fr. sich dazu hergegeben haben, als Berichterstatter der Anleihekommission einen ihm von Arton übermittelten günstigen Bericht vorzulegen, trotzdem er ein Jahr vorher in seinem Blatte „Le Radical“ die keinen „Gimpel“ vor dem bevorstehenden Panama-Kraich gewarnt hatte. Der Verfasser des Berichtes war übrigens der hochseligste, als Nationallotterienbestaltete opportunistische Heilige, Budeau, der Obermeister der parlamentarischen Panama-Korruption. Insbesondere haltlos erscheint dagegen die Anklage gegen den sozialistischen Abg. Antide Boyer (10 000 Fr. Bestechungsgeld). Die famosen „anderen Beweismomente“ bestehen lediglich darin, daß Boyer im Sommer 1889, das heißt, mehr als ein Jahr nach dem Panama-Votum, von Arton gegen einen regelrechten Wechsel 300 und dann 8000 Fr. zu entleihen versucht hat. Davon zeugen mehrere Briefe und Depeschen Boyer's an Arton. Der Wechsel auf 300 Fr. wurde ebenfalls aufgefunden, dagegen fehlt der Wechsel auf 8000 Fr., und in diesen negativen Umstände, der durch die erwähnten Briefe und Depeschen hinlänglich wird, erblickt die Justiz den erdrückendsten Schuldbeweis gegen Boyer. Und wie steht es mit Arton's Aussage gegen Boyer? Arton erklärt kategorisch, daß er Boyer's Votum nicht erst zu kaufen gebraucht habe, da dieser als Vertreter der Hafenstadt Marseille von vornherein für die Panama-Anleihe stimmen mußte. Er habe Boyer 10 000 Franken gegeben rein aus — dochhafter Laune, nicht weil er ihn gekauft hätte, sondern lediglich weil es sich um einen sozialistischen Deputierten handelte, der nach seinen Versicherungen Geldangebote energisch zurückweisen zu müssen schien: so wörtlich im Anklageakt zu lesen! Und diese kostspielige Laune soll derselbe Arton gezeigt haben, der — wie in der Anklage gegen Maret angeführt — von den für Maret bestimmten 100 000 Franken — 10 000 Franken nach seinen eigenen Erklärungen „weggekratzt“ hat. Selten hat die Justiz ihre eigene Infamie so offen enthüllt, wie in dem Anklageakt gegen Boyer.

Ueber den Ausgang des Prozesses vor dem Schwurgericht herrscht allgemein die Ansicht, daß sämtliche Angeklagte freigesprochen werden dürften, was ja gewöhnlich in derartigen Affären der Fall ist, wo die Geschworenen über ein parteiisch herangebrachtes Gängel-Sündenbüchlein zu urtheilen haben, während die Hauptschuldigen „in Ehren“ die Früchte ihrer Missethats genießen. — Die Sozialisten haben bereits in vielen Orten den Wahlskampf für die Kammerwahlen des nächsten Frühjahr begonnen. In Saint-Quentin (Departement Aisne) genehmigte vorgestern eine Wählerversammlung von 3000 Mann durch Affirmation die Kandidatur Zurots, eines Mitgliedes des Revolutionären Zentral-Komitees. In der Versammlung wurde unter anderem ein Brief von Lauréol verlesen, worin die angesprochenen Gerichte, daß er Garmanz, seinen gegenwärtigen Wahlkreis, aus Furcht vor Barthou's und Messagier's Anspinnelungen gegen den Wahlkreis von Saint-Quentin verlassen werde, als eine Tendenzlage bezeichnet werden. —

### Politische Ueberfluth.

Berlin, 6. Oktober.

Die Scharfmacher in den „Hamburger Nachrichten“ sind fleißig bei der Arbeit. Jede Gelegenheit, und wäre sie noch so ungeeignet, benutzen sie, um ihre gewaltthätigen Bestimmungen zu bekunden. Unser Parteigenosse Bebel wies auf dem Hamburger Parteitag auf die Möglichkeit neuer Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie hin und warnte vor Uebernahme geschäftlicher Betriebe in Parteihände, da diese Betriebe alsdann der Reaktion zum Opfer fallen könnten, wie es zur Zeit der Einführung des

Sozialistengesetzes schon einmal geschehen. Die „Hamb. Nachr.“ verdrehen diese Ausführungen Bebel's dahin, als sei gesagt worden, ein Sozialistengesetz schade der Sozialdemokratie und die Partei fürchte das Wiederkommen eines solchen Gesetzes. Es verlohnt sich nicht, über diese offenbar mit Bewußtsein vorgenommene Fälschung ein Wort zu verlieren. Wohl aber sind die Schlüsse, die das Bismard-Blatt aus seiner Fälschung weiter zieht, werth, festgehalten zu werden. Die „Hamburger Nachrichten“ sagen:

Wir sind der Ansicht, daß wenn der Erlaß eines neuen Spezialgesetzes gegen die Sozialdemokratie auch keine anderen Nachteile für diese haben würde, als die materiellen, die Herr Bebel angeführt hat, es Pflicht des Staates wäre, diesen Erlaß so fort ins Werk zu setzen. Die hiesigen Auslassungen des Herrn Bebel beweisen wiederholt, daß sich die Sozialdemokratie als im Kriegszustande gegen Staat und bürgerliche Gesellschaft betrachtet, was wir für zutreffend halten und immer vertreten haben, wenn wir ausführen, daß die soziale Frage keine Rechts-, sondern eine Macht- und Kriegesfrage sei, die mit den entsprechenden Mitteln zu lösen wäre. Im Kriege aber hat jede kriegsführende Partei die Pflicht, alle Nachteile, die sie den Feinde zufügen kann, um ihn in seinen Operationen zu hindern und ihm die Fähigkeit zur längerer Fortsetzung des Kampfes zu schmälern, auch anzuwenden; denn der Zweck des Krieges ist die schnelle und vollkommene Niederwerfung des Gegners zur Erlangung eines günstigen Friedens. Dieser Zweck aber wird gefördert, wenn der Kriegszustand dem Gegner so unangenehm als möglich gemacht wird, damit er den Wunsch nach Frieden stark empfindet und in diesem Sinne auf die eigene Leitung drückt. Je schouender man den Kampf führt, um so länger wird die Widerstandskraft und Widerstandsfähigkeit des Feindes dauern. Unter diesem Gesichtspunkte hat die Regierung, wenn sie die Sozialdemokratie wirklich zu bekämpfen entschlossen ist, die Pflicht, der sozialistischen Agitation alle Schäden zuzufügen, die Herr Bebel für seine Partei von dem Wiedererlaß eines Spezialgesetzes fürchtet. Mit letzterem würde außerdem erreicht, daß die Organisation und die öffentliche Propaganda der Sozialdemokratie zerstört sowie der Bewußtsein wieder zum Bewußtsein gebracht würde, daß die sozialdemokratische Agitation staatsgefährlich, durch die Landesgesetze verboten und mit Strafe belegt ist. Davon und von der Aufhebung der geltenden Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen versprechen wir uns eine sehr wirksame Eindämmung der sozialdemokratischen Bewegung. Wenn die Sozialdemokratie dann verstanden wollte, auf andere Weise ihr Ziel zu erreichen, so würde damit vielleicht eine nicht ganz unerwünschte Gelegenheit zur heilsamen Abklärung des langwierigen Verfahrens gegen sie geboten sein.

Offenherzigkeit ist eine Tugend; wir frenen uns, daß die „Hamburger Nachrichten“ sie üben, wenn sie es auch nur thun, weil sie zu der Rolle der Reichsindogler“ verurtheilt sind. Raum je haben die Gewaltpolitiker so ehrlich ihre Herzensmeinung ausgesprochen; „nicht ganz unerwünscht“ wäre es ihnen, wenn sie im Blute des Volkes waten dürften! Daß doch die Herren noch immer nicht begreifen wollen, daß die Arbeiterklasse alles andere thut und thun wird als das, was ihnen „nicht ganz unerwünscht“ ist. La légalité nous tue — die Gesetzmäßigkeit tötet und, dies Odilon Barrot'sche Wort werden die Scharfmacher und Staatsstreicher auch für fernere Zeiten mit Ingrimm in sich hineinwürgen müssen. Die Arbeiterklasse thut ihnen nicht den Gefallen, vor ihre Kanonen und Gewehre zu kommen. Der „Krieg“, den die Arbeiterklasse gegen der heutigen Staat und die heutige Gesellschaft führt, ist ein ganz andersartiger als der Krieg, den die „Hamburger Nachrichten“ predigen. Mächtiger als Flinten und Geschütze, mächtiger als die Mächtigen der Macht haben: ist der wirtschaftliche Entwicklungsgang, der die politische und ökonomische Herrschaft der kleinen Minderzahl über den Haufen wirft und das Volk in seiner Gesamtheit zum Siege führt! —

Die Majorität des Grafen Badeni im österreichischen Abgeordnetenhaus ist im Abbröckeln begriffen. Der Antrag der katholischen Volkspartei, der eine gesetzliche Regelung des Sprachgesetzes und die Aufhebung der Sprachenverordnungen fordert, bedeutet den Austritt der letzten deutschen Gruppe aus der Mehrheit des Ministeriums, das sich — der erste Fall in der Geschichte Oesterreichs — bloß auf die nicht-deutschen Parteien zu stützen hat. Und auch nicht sämtliche nicht-deutsche Abgeordnete sind willens, das Kabinet Badeni zu unterstützen. Ganz abgesehen von den sozialdemokratischen Abgeordneten polnischer und czechischer Abstammung stehen noch immer die Italiener, Ruthenen und einzelne weitere slavische Abgeordnete im Gegensatz zum Kabinet Badeni. Aber auch die Parteien, auf die sich das Ministerium stützt, sind weder unter sich einig, noch haben sie volles Vertrauen zur Politik des Grafen Badeni. Zwischen Badeni und den Jungczechern soll Verstimmung herrschen, weil letztere Zugeständnisse fordern, die Badeni nicht machen will. Im Volkklub macht sich großer Verdruß geltend gegen die Begehrlichkeit der Jungczechern, die neuesten auch sprachliche Zugeständnisse in Niederösterreich, angeblich sogar eine czechische Abtheilung beim Wiener Magistrat, verlangen.

Graf Badeni dürfte somit trotz der Stütze, die ihm die Krone gewährt, nicht lange mehr das Ministerpräsidenten behalten können. Falls er die Hoffnung hatte, daß der Antrag der katholischen Volkspartei wenigstens die Opposition einfließen, sie zu einem Verzicht auf die Obstruktion veranlassen würde, so hat er sich wieder einmal getäuscht.

Ein Kommissar der deutschen Volkspartei über die heutige, der Verathung des Antrages Dipauli gewidmete Klub Sitzung besagt, die deutsche Volkspartei bestehe einerseits auf dem Verlangen der gesetzlichen Regelung der Sprachen-

verhältnisse und beharre andererseits bei strengster Opposition und Obstruktion, so lange die Sprachenverordnungen nicht vollständig und unbedingt zurückgenommen würden.

Morgen dürften die Ministeranklagen zur Verhandlung kommen. Dabei dürfte die Obstruktion wieder mit voller Schärfe einsetzen. —

### Deutsches Reich.

— Preussische Sittlichkeitsbedenken. Spät kamen sie der hohen Behörde — die „Sittlichen“ Bedenken — doch sie kamen. Die Behörde, Frau Altmann, welche seit Jahren den in Berlin erforderlichen Unterrichts-Erlaubnißschein von der künftigen Schulbesetzung erhalten hatte, wurde im Januar d. J. auf ihr Gesuch um Erneuerung desselben abschlägig beschieden. Die künftige Behörde begründete ihre Abgabe durch die ihr hierzu vom künftigen Provinzial-Schulcollegium erteilte Anweisung. Auf Anfrage des Rechtsanwalts Herrn Dr. Wieber, der sich der bedrängten Behörde annahm, aus welchen Gründen die Ausstellung des Scheines verweigert würde, antwortete das künftige Provinzial-Schulcollegium zuerst allgemein: weil die Behörde J. A. nicht den Anforderungen der Staats-Ministerial-Instruktion vom 31. Dezember 1893 genüge; dann auf erneute Anfrage, die Herr Dr. Wieber an die Behörde richtete, theilt diese am 22. Februar mit: „Der ferneren Ertheilung eines Unterrichts-Erlaubnißscheines an die Behörde Frau Altmann stehen Bedenken in religiöser Beziehung entgegen.“ Nachmals wandte sich Dr. W. an das Provinzial-Schulcollegium und ersuchte es, anzugeben, welche Vorwürfe es Frau A. zu machen habe; es müsse derselben doch mindestens die Möglichkeit gegeben werden, sich zu verteidigen, wenn man sie in der Weise beschuldige. Da — mit einem Male — am 19. März — entdeckte die hohe Behörde, daß: „da die Genannte (Frau A.) sich zu den atheïstischen Grundfragen der hiesigen freireligiösen Gemeinde bekennt, außerdem aber wegen Ungehorsams gegen die Anordnungen der zuständigen Behörde bestraft werden müssen, sie weder in religiöser noch in sittlicher Beziehung für den Lehrberuf qualifizirt erscheint.“

War inzwischen etwas vorgefallen, daß diesen neuen Angriff gerechtfertigt hätte? Keineswegs; der angebliche Ungehorsam hatte stattgehabt am 26. Mai 1895 und war vom 14. bis 24. Dezember 1895 durch Paß an Alexanderplatz gebüßt worden. Wenn das künftige Provinzial-Schulcollegium ein und ein halb Jahre lang die mangelnde sittliche Qualifikation nicht entdeckt hatte, für 1896 Frau A. der Schein noch ausgestellt wurde, woher urplötzlich die sittliche Entdeckung? Warum sind selbst noch am 22. Februar 1897 keine anderen als religiöse Bedenken aufgetaucht? Sollten da gewisse Munde, die jetzt wehen, die Fahne der Erkenntnis dessen, was gut und böse, in eine neue Richtung oder mindestens zu vollerer Entfaltung gebracht haben?

Und worin hatte der Ungehorsam bestanden, der von der künftigen Behörde erst nach mehr als anderthalb Jahren als sittlicher Mangel erkannt wurde? Der Unterricht der Kinder der freireligiösen Gemeinde war Frau A. als das Halten einer Privatschule, wozu nur Schullehrerinnen berechtigt seien, am 5. April 1894 untersagt und auch eingestuft worden. Ein Jahr später, am 26. Mai 1895 hatte Frau A. in Vertretung des gerade abwesenden Dr. Wille in einer von der Gemeinde einberufenen und bei der Polizei gemeldeten Versammlung von Gemeindegliedern und Gästen einen Vortrag gehalten über „Die Grundzüge der Gemeinde“, und dieser Vortrag soll eine Fortsetzung der untersagten Thätigkeit gewesen sein — also identisch sein mit dem Halten einer Privatschule!

Die Maßregelung des Fräulein Altmann und besonders auch die Art, wie man dieselbe betrieb, ist überaus charakteristisch für den „Geist“, der heutzutage im preussischen Schulwesen, im Reichs des Herrn Boffe, herrscht.

Auch diese Maßregelung ist eine von den Thaten der jetzigen Regierung, durch welche die Kluft zwischen dem Volk und denen, die es beherrschen und bevormunden wollen, immer breiter aufgerissen wird! —

— Eine verunglückte Minute bereitet und der neueste sozialistische Vorschlag der „Deutschen Volksw. Correspondenz“ Die Amtsenthebung des freireligiösen Oekonomielehrers Schulze findet den vollen Beifall dieses Organs und es fordert dazu auf, es möge auf diesem Wege der Bekämpfung der Sozialdemokratie weiter fortgesetzt werden:

„Will man die Sozialrevolution bekämpfen, und das wollen ja, wie sie versichern, alle bürgerlichen Parteien, dann muß man die Agitatoren in ihrer Person bekämpfen; anders geht es nun einmal nicht. Man sollte daher meinen, der Lehner Fall hätte noch andere lehrreiche Seiten gehabt, als die Rechtstiftungen, die man ihm abgewann. Entschloß sich das Klassenbewußte Bürgerthum in Stadt und Land, lieber auf Miethe und ähnlichen Gewinn zu verzichten, als an sozialdemokratische Agitatoren zu vermieten, mit der gewerbmäßigen Agitation wäre es sehr bald zu Ende. Wollte etwa die Partei sie kaserniren, sie würden sich schnell genug gegenseitig die Augen austrocknen.“

Wo die Ausmischung der Sozialdemokratie — neuestes unselbstbares Rettungsmittel der bürgerlichen Parteien. Nur immer los, „Klassenbewußtes Bürgerthum!“ Laßt eure Wohnungen leer stehen, verkauft Sozialdemokraten keine Acker und Hufen und keine Lebensmittel — so muß es geben!

Es ist doch gut, daß in erster Zeit der Scherz nicht gang ausgeht.

— Nochmals die Eisenbahn-Katastrophe bei Eschede. Aus Lüneburg wird geschrieben: Auf Ansuchen der hiesigen Staatsanwaltschaft ist ein Rolfshwererbesitzer in Celle verhaftet und nach hier gebracht worden, der sich bis jetzt des besten Verstandes erfreute. Der eine Bremser, dessen Schweißgen über den herabgefallenen Langbaum (wie früher bereits berichtet) ein so großes Unglück zur Folge hatte, ist der Schwager des Verhafteten. Der Bremser soll ihm bereit mitgeteilt haben, daß der Langbaum heruntergefallen sei. Diesen Umstand soll der Rolfshwererbesitzer nun bei seiner Vernehmung zuerst verschwiegen haben. Vielleicht soll deswegen ein Meineidsverfahren gegen ihn eingeleitet werden. Die Verhandlungen gegen die Bremser werden ganz hier in Lüneburg geführt werden. Hätte der Bremser am 14. August gleich den Vorfall auf dem Bahnhof in Celle mitgeteilt, dann hätte der D-Zug so lange angehalten werden können, da der betreffende

Stierzug vor dem D-Zuge in Celle eintrifft. Das verladene Holz soll erst in Göttinge ausgenommen werden sein. — Die hiesige Staatsanwaltschaft macht folgendes bekannt: „Nachdem durch die stattgehabten Ermittlungen festgestellt ist, daß dem Unfall, der am 14. August d. J. den Schnellzug Nr. 78 D zwischen Celle und Göttinge betroffen hat, ein vorfälliges Verbrechen nicht zu Grunde liegt, wird die Befanntschaft vom 21. August er., nach der von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten eine Belohnung von 8000 M. für die Entdeckung des Täters ausgesetzt ist, hiermit zurückgenommen.“

Der „Post“ ist in dem Kampf, den sie gegen die Arbeiterklasse führt, keine Gemeinheit zu gemein. In einem sonst nichts sagenden Artikel über den Hamburger Parteitag schreibt sie:

„Die Legitimation für ihren (der Sozialdemokratie) Beruf zur Kritik der „absterbenden und versumpfenden“ bürgerlichen Gesellschaft hat gleich der „Genosse“ Gerich in seinem Rassenbericht durch die Neuerung beigebracht, daß von einer „großen Anzahl“ der Bevollmächtigten die den Arbeitern abgelocten Parteibeiträge gar nicht oder zum geringsten Teil an die Zentralkasse abgeführt worden sind. Es lohnt sich eben das Amt eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes! ... Die Arbeiter behalten dieser peride Verkündigungen der Vorkämpfer für „Religion und Ordnung“ gut im Gedächtnis! —

Die Beteiligung unseres Parteigenossen Dr. Kronz am Parteitag giebt der „Post“ Gelegenheit, ihrer gewöhnlichen Denunziationslust nachzugeben. Das Blatt bedauert, daß die Regierung noch keine Schritte gethan habe, um die Mäßregelung des genannten Privatdozenten an der Berliner Universität durchzuführen.

Einen ähnlichen Artikel konnte man schon seit Jahren in der „Post“ lesen. Man muß es dem Blatt lassen, daß es sein Augebedeutend mit Fleiß und Ausdauer betreibt. —

Kiel, 5. Oktober. (Sig. Ver.) Die Wahlbewegung im neunten schleswig-holsteinischen Wahlkreise hat die Einigkeit der beiden feindlichen freisinnigen Brüder schon in die Brüche geben lassen. Auf einer am 30. September stattgefundenen freisinnigen Vertrauensmänner-Versammlung hatte man den Pastor a. D. Goed als Reichstagskandidat aufgestellt. Von westfälischer Seite wurde nun an ihn das Verlangen gestellt, zum mindesten der freisinnigen Volkspartei als Hospitant beizutreten. Da dieses verweigert wurde, stellte die Volkspartei als eigenen Kandidaten einen Hünner Schmidt-Donighorst auf. An diese Vorgänge anknüpfend, behauptete die „Freisinnige Ztg.“, daß auf der am 30. Oktober abgehaltenen Kreisdelegierten-Versammlung gegen die Kandidatur Goed die erheblichsten Bedenken erhoben seien und man deshalb übereingekommen sei, von einer Inbetrachtung dieser Kandidatur gewisse Erklärungen von Herrn Goed zu verlangen. Das veranlaßt die „Kiel. Ztg.“ zu der Bemerkung, daß „das eine ganz peride Unwahrheit sei“. In einer unerhörten frivolen Weise ist der Bruch des Friedens durch einen völkerverleidelichen Gewaltakt erfolgt, der im Wahlkreise einmütig von allen Freisinnigen verurteilt wird. Der „Freisinnigen Zeitung“ wird vorgeworfen, daß sie einen Bericht bringe, „der an Entstellung und Verdrehung der Thatsachen das Höchste leistet, was auf diesem Gebiete je geleistet ist“. Eine Einigung dürfte zwischen den beiden freisinnigen Parteien kaum zu erzielen sein. Die „Kiel. Zeitung“ fordert jetzt auf, daß alle freisinnigen Männer, denen die liberale Sache höher steht als das kleinliche Fraktionsinteresse, energisch in eine Agitation zu Gunsten der Kandidatur des Herrn Goed einzutreten. —

Dresden, 5. Oktober. (Sig. Ver.) Von den bis jetzt bekannten Resultaten der Nachwahl von Wahlmännern im 10. sächsischen Kreise Plauen, Wobau u., stellt sich das Ergebnis wie folgt: Es wurden gewählt 2 Sozialisten, 5 Konservative, 13 Antisemiten. Es stehen im ganzen noch 13 Resultate aus, die aber die Konstellation selbst nicht mehr beeinflussen können. Das Gesamtergebnis ist demnach folgendermaßen: Es sind im ganzen gewählt: 48 Sozialisten, 24 Antisemiten, 54 Konservative. Selbst wenn alle 13 noch fehlenden Wahlmänner konservativ sind, haben letztere immer nur 67, die Wahlrechtgeber aber 72 Stimmen. Die Entscheidung bei der Abgeordnetenwahl liegt also in den Händen der Antisemiten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Einen erheblichen Anlauf verursachte an einem Juli-Nachmittage der Blumenhändler Joseph Clemens auf dem Bahnhofsplatz des Potsdamer Bahnhofes. Clemens bot den Fahrgästen keine Blumen-Souvenirs in so zubringlicher Weise an, daß er lässig wurde und ein Schutzmann sich ins Mittel legen mußte. Ueber die Zurechtweisung geriet Clemens außer sich, er tobte und beschimpfte die Beamten in der unflätigsten Weise. Als er zur Wache geführt wurde, stieß er eine Majestätsbeleidigung aus. Gestern fand Clemens wegen aller dieser Ausschreitungen vor der II. Strafkammer des Landgerichts I. Der vielfach vorbestrafte Angeklagte wurde zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Anwalt Anton Krause am 18. Juli 1897 vom Landgericht Braunsberg zu Strafe verurteilt. Der Angeklagte legte gegen das Urteil Revision ein und führte zur Begründung derselben aus, er sei in seiner Verteidigung unzulässig beschränkt worden, indem sein Verteidiger zu Unrecht nicht geladen sei zur Hauptverhandlung. Ausweislich der Akten hatte der Angeklagte in der That dem Gerichte angezeigt, daß der Justizrat v. Massenbach sein Verteidiger sei. Da nun, fuhr die Revision fort, infolge dessen auch der Verteidiger nicht zur Hauptverhandlung erschien, mußte der Angeklagte sich ohne ihn behelfen, da er auch insofern sich nicht zu helfen wußte, als er Vertagung der Verhandlung hätte beantragen können. Das Reichsgericht hob ob dieses Verstoßes das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück.

Oesterreich. Wien, 6. Oktober. Das Abgeordnetenhaus setzte die Verhandlung über die Nothstandsanträge fort, ohne dieselbe zu Ende zu bringen. Der Handelsminister Freiherr v. Glanz von Giza brachte einen Gesetzentwurf betreffend den Hanfhandel ein. Abgeordneter Ebenboch interpellirte wegen der Mittel zur Bekämpfung der Konkurrenz des ausländischen, besonders amerikanischen Getreides. Die nächste Sitzung findet morgen statt. —

Wien, 6. Oktober. Ueber den bereits am Montag gemeldeten Ueberfall eines österreichischen Schiffes im Piräus berichtet das „Freundenblatt“ aus Athen: Mehrere hundert Kretenser überfielen im Piräus den Lloyd-Dampfer „Maria Theresia“. Der Ueberfall war durch das Gerücht veranlaßt, daß sich an Bord des Schiffes hundert gefangene Kretenser befänden. Der Lloyd-Agent schlug den Eindringlingen vor, er wolle mit dem Dampferkapitän und fünf Vertrauensmännern das Schiff absuchen, dieselben sollten sich von der Grundlosigkeit des Gerüchtes überzeugen. Da die Eindringlinge das Schiff aber nicht verließen, ersuchte der österreichisch-ungarische Gesandte Burian v. Hajecz den Kommandanten des Kriegsschiffes „Franz Josef“, die „Maria Theresia“ mit Gewalt zu säubern und verlangte ferner vom Ministerpräsidenten Jaimis energisches Einschreiten. Hierauf wurden die Hülfsträger von griechischen Marineoffizieren entsert. Der Kommandant des Hafens Piräus und der erste Polizeibeamte sind gestern wegen des Ueberfalls zur Disposition gestellt worden.

Ungarn. Budapest, 6. Oktober. Abgeordnetenhaus. Der Konventionsminister Freiherr v. Fejervary bringt eine Vorlage, betreffend das Rekruten-Kontingent für 1898 ein. Der Abgeordnete Molnar kündigte einen Antrag, betreffend die Hülfeleistung gegen den Nothstand an. Ministerpräsident Baron Banffy stellt die Einbringung von Vorlagen, betreffend das Ausgleichs-Provisorium für den Beginn der nächsten Woche in Aussicht. —

Agram, 5. Oktober. In den Ortschaften Dubovac, Sumec, Brijuni und Kanvace sind Ruhestörungen ausgebrochen, als die

Bauern zum Bau der Straße von Karina nach Kanisza Steine herbeibringen sollten. Militär wurde requirirt.

Frankreich. Paris, 6. Oktober. Dem Bericht des Generalberichterstatters für die Marine ist zu entnehmen, daß für Neubauten 102 Millionen, gegen 85 Millionen im Vorjahre, für Ausbesserung 30 1/2 Millionen, gegen 26 Millionen vorgesehen seien. Der Privatindustrie sollen für Neubauten 84 Millionen, und für Ausbesserungen 16 Millionen übertragen werden.

Italien. Rom, 5. Oktober. Infolge eines Zirkulars Rudinis, in welchem den Kirchen ein ausschließlich religiöser Charakter zuerkannt wird, hat der Prälat von Vicenza den katholischen Kongreg., der in der Kirche zu Bassano stattfinden sollte, verboten. Seitens der Hierarchie wird diese Anordnung als eine Vergewaltigung bezeichnet. —

Türkei. — Gegen die Bevormundung Asiens durch Europa — ist eines der Lösungsworte der muhamedanischen Welt geworden. Bemerkenswerth für die Bestrebungen, welche dieses Ziel verfolgen, ist das freundliche Entgegenkommen der Türkei gegenüber der jungen asiatischen Großmacht Japan. Jüngst sind Verhandlungen zwischen der Türkei und Japan beabsichtigt worden, die zu einer Handelsvertrags im Gange sind und deren Abschluß ist nahe bevorstehend; Japan will auch in Konstantinopel und den Hauptstädten der asiatischen Provinzen japanische Konsulate errichten, die in Wahrheit Handelsagenten werden sollen. Wie sehr man türkischerseits diesen Verhandlungen auch eine politische Bedeutung beimißt, geht aus einer Bemerkung des Hofrates „Idam“ hervor. Dasselbe besprach den demnächstigen Abschluß des Handelsvertrages mit Japan und meinte dazu, dieser Vorgang sei ein erster Beweis dafür, daß sich die asiatischen Reiche immer mehr ihrer Interessen Gemeinschaft bewußt würden, wodurch in der Zukunft die Bevormundung Asiens durch Europa wohl etwas verringert werden dürfte. —

Griechenland. Athen, 5. Oktober. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer ist das Ministerium vollständig erschienen. Ministerpräsident Jaimis erklärte, nach der Krise sei er berufen worden, ein Ministerium zu bilden; er habe es für seine Pflicht gehalten, dem Rufe zu folgen. Das Ziel des Kabinetts sei die Lösung der nationalen Frage und die Räumung Thessaliens. Damit die Regierung die Lösung herbeiführen könne, begehre und fordere sie Zeit. Er bitte die Kammer, ihre Arbeiten einzuhalten. Delpanis erklärte, seine Partei werde die Maßnahmen unterstützen, welche auf die Lösung der nationalen Krise hinführen, er billige den Vorschlag, die Arbeiten der Kammer einzuhalten. Jaimis sagte hinzu, das Ministerium werde später der Kammer das System einer vollständigen Reorganisation des Landes vorlegen. Karapanos und Deligiorgis sagen im Namen ihrer Parteien dem Kabinet ebenfalls Unterstützung zu. Hierauf wird die Sitzung geschlossen. —

Afien. — Der Emir von Afghanistan hat gestern in Kabul die Antwort bekannt gegeben, welche er den in seinem Auftrage von Jalalabad aus zurückgeschickten Abordnungen der Arvids erteilt hat. Ferner erließ der Emir eine Proklamation an seine Unterthanen. Der Emir verwirft darin das Verhalten der Stämme, welche zu den Waffen gegriffen haben und erklärt, er könne denselben nicht Beistand leisten, da er ein Abkommen mit den Engländern abgeschlossen habe, welches von den letzteren gewissenhaft beobachtet wurde. —

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Fortsetzung aus der I. Beilage.

(Privatwörterchen des „Vorwärts“.)

Wiel in Schlussworte fortfahrend: In der heutigen Rede von Kagenstein hat sich ein bei ihm ganz ungewohnter Habitus herausgefunden. (Heiterkeit.) Ich würde mich außerordentlich freuen, wenn dieser Geist, den seine heutigen Reden zeigen, öfter aus seinem Munde zum Vorschein käme. (Heiterkeit und sehr richtig.) Ich bin, wie er selbst weiß, bis heute leider nur zu oft in der Lage gewesen, gegen ihn polemisieren zu müssen. Ich halte es durchaus für die Pflicht der Genossen, Kritik zu üben, wo sie meinen, daß Dinge vorkommen, die der Partei schädlich sind; und daß wir alleamt Sünden sind und Mangel des Ruhms, wissen wir alle und weiß niemand besser wie ich. (Heiterkeit.) Dummheiten hat schon jeder einmal im Leben gemacht, die Dummheiten sind sogar dazu da, daß sie gemacht werden. (Heiterkeit.) Aber wenn heute Kagenstein sich veranlaßt sieht, vor versammeltem Kriegsvolk Singer einen Räffel zu erteilen, weil seine Rede über das Vermissen nicht radikal genug ausgefallen sei, wenn er erklärt, daß er damals von Eugen Richter an radikalen Reden übertrifft worden sei, dann verzichte man mir, wenn ich eine derartige Kritik denn doch für etwas unangebracht halte. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommen im Leben eines jeden Redners, und zu denen gehört ja glücklicherweise auch Kagenstein, Gelegenheiten vor, wo der Redner als ehrlicher Mann sich selbst sagt: Diesmal hätte ich eigentlich besser reden können! (Heiterkeit und sehr gut.) Jede Rede hängt von Umständen, von gewissen Umponderabilien ab. Singer hat größtentheils ausgezeichnete Reden gehalten, und wenn wirklich jene Rede nicht so gewesen sein sollte, wie es Kagenstein wünschte, nun, so war es einer der Momente, von denen ich eben gesprochen habe. Ich gestehe ganz offen, unter zehn Reden, wenn ich von der Tribune des Reichstages herabsteige, sage ich mir mindestens neunmal, Du hättest heute auch viel besser reden können. (Heiterkeit.) Wie ich höre, ist das bei meinen Kollegen im Reichstage auch der Fall, und ich hoffe, wenn mal Kagenstein das Glück und die Ehre hat, Abgeordneter zu werden, daß ihm dann nicht das gleiche passiert wie mir, sondern daß er jedes Mal, wenn er von der Tribune heruntersteigt, sagen kann, Du hast heute eine famose Rede gehalten. (Heiterkeit.)

Dann meinte Kagenstein, es sei ihm nicht passend erschienen, daß der Redner unserer Partei bei der Majestätsbeleidigungs-Debatte dem Präsidenten gegenüber erklärte, ich habe keinen Namen genannt. Das würde Eugen Richter nicht gethan haben. Es ist doch eigenhämlich, daß sowohl Singer als auch mir gegenüber Richter als Musterkade angeführt wird. (Sehr richtig.) Das trifft aber nicht zu. Ich bin der Meinung, daß meine Rede bei der bewußten Debatte eine vergleichsweise gute Rede war und die Segner haben auch diesen Eindruck gehabt. (Heiterkeit.) Nach der Praxis des Reichstages darf der Name des Kaisers in keiner Weise in die Debatte gezogen werden. Um meine Rede überhaupt halten zu können, habe ich dies Verbot dadurch umgangen, daß ich den Namen und den Titel des deutschen Kaisers gar nicht in den Mund genommen habe, aber trotzdem alles, was ich sagte, eigentlich nach einer bestimmten Stelle hinrichtete. Das scheint auch der Präsident gemerkt zu haben. Er unterbrach mich unter Hinweis auf die Geschäftsordnung, und da habe ich einfach in der Abwehr gegen den Präsidenten, beinahe hätte ich Polizeipräsidenten gesagt (Heiterkeit), erwidert: Ich habe keinen Namen genannt. Zu dieser Abwehr war ich berechtigt und verpflichtet und es ist durchaus falsch, daß meine Abwehr einen Sinn gehabt hat, wie ihn Kagenstein ihr gab.

Genosse Hoffmann hat es in drastischen Worten, die selbstverständlich nicht des Beifalles eines Theiles der Versammlung entbehren, als bedauerlich hingestellt, daß so vielfach Akademiker als Kandidaten der Partei austraten und daß sich so oft die Akademiker nur in das Bett hineinzulegen brauchen, das ihnen die Arbeiter bereitet haben, und als er Beifall aus der Versammlung erhielt, fügte er hinzu, er spräche im Sinne der großen Mehrheit der Parteigenossen. Aber die Genossen sollten doch bedenken, daß die Akademiker sich doch nicht selbst aufstellen oder etwa von der

Parteiliste aufgestellt werden. Ich weise darauf hin, daß Genosse Kronz als Berichterstatter der Kommission über die Solinger Angelegenheit, ohne zu wissen, was hier debattirt war, berichtet, daß die Parteiliste streng darüber gerichtet hat, sich bei der Aufstellung von Kandidaten in die einzelnen Wahlkreise nicht hineinmischen. Sollte einmal ein Vorstandsmittglied auf Anfrage einem Wahlkreise einen Vorschlag gemacht haben, so war das Sache der Person. Der Vorstand hat, so lange ich die Ehre habe, sein Mitglied zu sein, derartige Anträge stets abgelehnt. Die Aufstellung von Kandidaten geschieht ganz unabhängig vom Parteivorstand. Ebenso unrichtig wie der Gegensatz zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten ist auch der Gegensatz zwischen polnischen und deutschen Parteigenossen der schwierigen Arbeiterfrage und denen der Kopfarbeit, oder denen, die kraft unserer gesellschaftlichen Zustände in der außerordentlichen, von manchen von uns beneideten Lage sich befinden, daß sie ein Vermögen haben, von dem sie leben können, ohne zu arbeiten. Der ganze Grundausstellung unserer Partei entspricht es doch, keinen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit in dieser Hinsicht zu machen. Wer Genosse ist, wer unseren Prinzipien huldigt und in die Partei eintritt, wer bereit ist, das höchste Opfer zu bringen, was man von ihm verlangen kann, mit all den Pflichten, Lasten und der Verantwortung, der hat auch das Recht, als vollberechtigter Genosse angesehen zu werden. (Sehr richtig.) Und wenn wir fortgesetzt über die Vernachlässigung der Volkserziehung im heutigen Staate klagen und andererseits in feindliche Stimmung gerathen gegen diejenigen, die kraft ihrer sozialen Position schon in der heutigen Gesellschaft in der Lage sind, sich ein höheres Maß von Bildung anzueignen, legen wir uns da nicht in einen Widerspruch? Durch solche Reden, wie sie Hoffmann heute gehalten hat, leisten wir den beiden Parteien unserer Freunde gegen unsere Bestrebungen Vorschub, die immer sagen, die Sozialdemokratie zerfahre alle Kultur und will die gesamte Menschheit auf den Standpunkt des Proletariats herabdrücken. (Sehr wahr!) Es ist jetzt, nachdem wir längst den Kinderstube entwachsen sind und Männer und Frauen von Charakter sein wollen, Zeit, derartigen Ausbrüchen, die nur unseren Gegnern Wasser auf die Mühle sind, endlich einmal ein Ende zu machen. (Lebhafte Beifall.) Weiter hat Hoffmann bei der Besprechung der Änderung Schippel's, auf die ich nachher noch komme, gesagt, daß wir durch unser Verhalten denjenigen Elementen recht geben, die die Massen von der Anhänglichkeit und Gefährlichkeit der Wahlen zu überzeugen suchen. Ich begreife ja, daß Hoffmann zur Verteidigung seines Standpunktes die Rennerung macht, aber andererseits haben die sogenannten Anarchisten, die vor Jahren dieses Thema in Versammlungen breit zu treten suchten, heute viel weniger Anhänger in der deutschen Arbeiterklasse als je zuvor.

Was meine Resolution betrifft, so haben sich Mollenhuth und Vieblucht gegen den Ausdruck Verschlechterung der bestehenden Verfassung ausgesprochen, man sollte lieber sagen, daß keine Verschärfung eintritt. Knappe ging sogar so weit, vorzuschlagen, es solle keine Ergänzung des Verfassungsgesetzes vorgenommen werden. Mit diesem Ausdruck aber werden wir uns die Hände auch da binden, wo es sich um Verbesserungen handelt. Ueber Vieblucht und Mollenhuth haben eine bessere Haltung vorgeschlagen und die Ausführungen von Mollenhuth treffen nicht einmal die Sache. Nach seinen Ausführungen könnte jemand ja das Konstitutionsrecht der Polizei erweitern oder die Kaution wieder einführen wollen. Das wäre aber reaktionäre Maßregeln allerhöchster Art, gegen die wir uns mehr als gegen eine Strafverschärfung mit Händen und Füßen wehren müssen. Der Ausdruck Verschlechterung ist also berechtigt, und wenn man einwendet, daß derartige, der eine Verschlechterung vornimmt, sagen wird, es ist ja eine Verbesserung, ja wenn solche Kammissal als zulässig erachtet werden soll, wenn man glaubt, daß jemand durch solche Anlegung den Bruch seines Ehrenwortes rechtfertigen kann, so dürfen wir uns überhaupt auf keine Unterhandlungen einlassen. Wer das thut, wird wohl von jedem denkenden Menschen ausgelacht. Ich bitte also den von mir gemachten Vorschlag beizubehalten.

Von den Kagenstein'schen Vorschlägen stimmt einer mit dem Antrag überein. Kagenstein hat sich schon bereit erklärt, mir die Redaktion zu überlassen, und ich bin selbstverständlich bereit, wenn der Antrag angenommen wird, eine passende Form zu wählen. Des weitern hat Kagenstein vorgeschlagen, auch die Forderung anzunehmen, daß von dem einmal gewährten sozialreformatorischen Einrichtungen: Bäckereiverordnung, Säug der Konfektionsarbeiter nichts zurückgenommen werden soll. Ich halte eine solche Bestimmung nicht gerade für nothwendig. Ich glaube, daß mit dem, was ich in meiner Resolution fordere, genügende Garantien geschaffen sind. Aber wenn die Versammlung anderer Ansicht ist, so habe ich nichts dagegen, daß eine solche Forderung aufgenommen wird. Eine Reihe von Rednern hat bezweifelt, ob eine mündliche Verpflichtung der Kandidaten genügt, und Jubel hat dies sogar eine Farce genannt. Es wurde statt dessen eine schriftliche Erklärung verlangt. In es denn heute das erste Mal, daß wir uns hierüber beraten? Durch Parteitagbeschlüsse oder durch Beschlüsse unseres Zentral-Komitees haben wir bei jeder Wahl die Parole ausgegeben, daß gegnerische Kandidaten, die in der engeren Wahl unsere Stimme haben wollen, eine Verpflichtung eingehen sollen. Und da muß ich Hoffmann gegenüber konstatieren, daß ich mich bis jetzt in meiner 30jährigen parlamentarischen Thätigkeit kaum eines Falles entsinne, wo es vorgekommen wäre, daß ein gegnerischer Kandidat nachher sein Versprechen nicht gehalten hat. Sollte es einmal vorgekommen sein, so bildet ein solcher Fall jedenfalls die Ausnahme; insbesondere darf der Fall Alexander Meyer, den Hoffmann als typisch hinstellte, nicht als maßgebend erachtet werden. Ich erinnere mich des Falles nicht, vermute aber, daß er ganz anders liegt, denn Meyer hat sich der Verpflichtung, gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stimmen, einfach dadurch entzogen, daß er bei der Abstimmung wie andere seiner Fraktionsgenossen schlicht. Sollte es sich aber so verhalten, wie Hoffmann sagt, so halte ich Meyer für einen viel zu geschickten Menschen, als daß er eine so dumme Motivierung seines Wortbruchs gegeben hätte. (Sehr richtig.) Bisher haben wir keinen Grund, nach dieser Richtung hin zu klagen. Würde ich persönlich in eine solche Lage kommen, würde ein sozialdemokratisches Wahlkomitee mir, als Anhänger einer bürgerlichen Partei, sagen, es sei bereit, mir die Stimmen zu geben, falls ich mich verpflichte, die die Forderungen im Reichstage zu vertreten, würde dann, wenn ich mein Wort darauf gegeben hätte, ein Sozialdemokrat austreten und sagen, das ist ja ganz schön, was Sie erklären, aber die Sache ist bedenklich, besser ist es, wir haben die Sache schwarz auf weiß, denn was man schwarz auf weiß beifügt, kann man getrost nach Hause tragen, wissen Sie, was ich dann thäte? Ich würde sagen: „Machen Sie, daß Sie zur Thüre hinauskommen, ich bin ein Ehrenmann, und wenn Sie meinem Ehrenwort nicht glauben, so brauche ich Ihre Unterstützung nicht. Dann verlasse ich mich darauf, daß Ihre Wähler mir glauben, ich werde die Erklärung öffentlich als Amnones abgeben. Und ich sehe meinen Kopf darauf, dreiviertel der Wähler werden mir das glauben, was Sie mir nicht glauben wollen.“ Ich betrachte das Mißtrauen als eine demokratische Tugend; ich habe oft das Wort zu den Gegnern gebraucht. (Heiterkeit.) Ich halte nicht heute, die sich um das Vertrauen des Volkes bewerben, von vornherein für Schuste. So viel Toleranz habe ich auch dem Gegner gegenüber, daß ich ihn nicht eher für einen Schuft halte, als bis er den Beweis dafür geliefert hat.

Ich komme nun zu den Anträgen. Mit dem Antrag 30 bin ich einverstanden. Ich habe schon 1874 eine solche Broschüre herausgegeben und ich weiß, eine wie unvollständige Einrichtung das war. Diese Broschüre hat sogar Eugen Richter zur Abfassung seines A-B-C-Buchs veranlaßt, wie er mir einmal mittheilte. Er sei einmal in einer Versammlung gewesen, wo ein Arbeiter ihm das Sündenregister seiner Partei an der Hand dieser Broschüre vorgehalten habe, das habe er für gut befunden und er habe sich nun zur Herausgabe seines Buches veranlaßt gesehen. Ich hoffe, daß unser Sündenbuch noch vor den nächsten Wahlen erschienen

kann. Später würde natürlich die Herausgabe einer Broschüre nicht mehr möglich sein. Andernfalls betrachten wir es als selbstverständliche Aufgabe, eine solche Arbeit herauszugeben. Wir haben das fogar 1893 gethan, als die Auflösung des Reichstags Hals über Kopf kam. Da haben sich Baum, Schippel und ich in die Arbeit getheilt. Und binnen sechs Tagen war die Broschüre fertig, die sonst für einen einzelnen eine Reihe von Wochen in Anspruch genommen hätte.

Nun kommt der Antrag Verfuß, anlässlich dessen wir heute eine Art Polemik debattiert haben. Es liegt mir keine, mich jetzt über eine so wichtige Frage eingehend zu äußern, über die ich mich mit meinem Freunde Liebknecht in Uebereinstimmung befinde, die aber nicht auf der Tagesordnung steht, nicht brennend ist und die zu erörtern wir vorläufig keine Veranlassung haben. Daß wir dennoch in eine Polemik eintreten mußten, ist außerordentlich bedauerlich. Die Schuld liegt auf beiden Seiten, sowohl bei den deutschen wie bei den polnischen Genossen. All die traurigen Erfahrungen, die die polnischen Arbeiter gemacht haben, lassen ja ihre Haltung erklärlich erscheinen. Nirgends im ganzen Reich wird von Seiten des Unternehmertums eine so rohe Sprache gegen die Arbeiter geführt, wie gegen die polnischen, deshalb gerade sollten die deutschen Genossen alles vermeiden, was Anlaß zu Klagen giebt. Deshalb bedauern ich die Äußerungen des Genossen Winter, die gerade das Gegenteil von dem bewirken, was sie bewirken sollen.

Ich habe mich gefreut, daß Winter nach Oberschlesien kam, wo noch ein außerordentlich großes Feld für unsere Thätigkeit ist. Er als Mann aus dem deutschen Sprachgebiete sollte uns über die dortigen Zustände berichten. Aber seine Äußerungen hier und in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ beweisen doch, daß er nicht das erforderliche Maß von Objektivität besitzt. Und ich bitte ihn dringend, sich hierin zu moderiren. Auf der anderen Seite aber steht fest, daß die polnischen Genossen keinen Grund haben, sich über die Deutschen zu beschweren. Wir haben ihnen Jahr für Jahr bedeutende Summen für Agitationszwecke gegeben, die Führung ihrer Prozesse ihnen ermöglicht, kurz, große finanzielle Opfer gebracht, was ja auch ganz selbstverständlich ist. Wir sind sogar damit einverstanden gewesen, daß die polnischen Genossen sich einen eigenen Parteivorstand erwählen, weil wir ihre Sprache nicht verstehen. Es handelt sich gar nicht um Polen und Deutsche, sondern einfach um Sozialdemokraten. (Lebhafter Beifall.) Ein guter Genosse, der nur deutsch kann, ist geeigneter als ein unfähiger polnischer (Sehr richtig). Die Genossen haben ihm dann eben seine Unterthänigkeit in der Agitation beigegeben. Finden wir aber jemanden, der beide Sprachen spricht und die nötigen Fähigkeiten besitzt, so wird er selbstverständlich gewählt. Dabei bitte ich den Antrag Verfuß abzulehnen. Wir wollen nicht die Kluft zwischen Deutschen und Polen erweitern.

Was den Antrag betrifft der Doppelkandidaturen betrifft, so war ich allerdings 1893 in Hamburg und Straßburg aufgestellt. Hamburg konnte sich allerdings auch eine Nachwahl leisten, und ich habe den Straßburgern sofort erklären müssen, daß sie das nächste Mal selbst für einen besondern Kandidaten sorgen müssen. Ich habe den Straßburgern jetzt den Genossen Wöhrle als Kandidaten vorgeschlagen. Sie haben sich ursprünglich gestraubt, darauf einzugehen, aber vor 14 Tagen in Offenburg sind zu meiner großen Genugthuung dieselben Leute, die damals gegen meinen Vorschlag opponirten, zu mir gekommen und haben gesagt, sie hätten sich von meinen Argumenten überzeugen lassen und Wöhrle aufgestellt. Ich habe ja in dieser Beziehung Pech, insofern als ich jetzt in Wehlar aufgestellt bin. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, welcher Redner sagte, daß daran wieder der große Name schuld ist. Inwiefern das zutrifft, kann ich nicht sagen, aber der Genosse vergißt, daß ich ja eigentlich Wehlarer bin. Die dortigen Genossen glauben, daß, wenn sie jemanden aufstellen, der dort bekannt ist, mehr Stimmen für ihn abzugeben werden. Beschließt der Parteitag dem Antrage gemäß, so trete ich natürlich in Wehlar zurück. Aber Gefahr ist bei dieser Kandidatur nicht vorhanden, denn wenn wir mal Wehlar erobern, dann haben wir inzwischen drei Viertel von Deutschland gewonnen. (Heiterkeit.)

Ich komme nun zu der Resolution gegen Schippel. Auch ich bin der Meinung, daß Schippel sich nicht glücklich ausgedrückt hat. Aber ich bitte Sie, für einen Moment von den Worten abzugehen und die Thaten zu betrachten. Schippel soll entgegen aller bisher von der Fraktion befolgten Taktik für Bewilligung von Geldern zu militärischen Zwecken gestimmt haben. Das ist einfach nicht wahr. Sie können dieser Resolution gar nicht Ihre Zustimmung geben, denn sie würden damit etwas aussprechen, was den Thatsachen widerspricht. Schippel hat nicht gesagt, daß wir in die Lage kommen könnten, für derartige Forderungen zu stimmen, sondern daß es vom Standpunkt der Gegner aus erklärlich sei, daß solche Forderungen kommen. Wir hatten bei dieser Gelegenheit keine besondere Veranlassung zu einer großen Agitation. Auch in der Budgetkommission habe ich namens unserer Parteigenossen ungefähr in demselben Sinne erklärt, daß die Vertreter dieses Systems und besonders der Kriegsminister mit solchen Forderungen kommen, sei begreiflich. Aber sie wüßten ihrerseits begreifen, daß wir von unserem prinzipiell gegnerischen Standpunkt aus niemals für derartige Forderungen eintreten können und werden. Dasselbe habe ich im Reichstage erklärt, daß hat gar kein Auffehen erregt, weil meine Rede nur kurz war und die anderen Parteien dazu schwiegen. Das ist doch nicht unsere Schuld. Erst bei der zweiten Lesung hat Richter erklärt, daß seine Fraktion für diese Forderung stimme. Kein politisches Organ unserer Partei hat gefordert, daß wir diese Forderung für militärische Zwecke agitatorisch ausnützen. Es sind auch keine bezüglichen Anträge an den Vorstand gestellt worden. Anders liegt die Frage, wenn eine neue Militärvorlage kommen würde. Aber diese Forderungen gingen doch einfach darauf hinaus, das System in seiner gegenwärtigen Gestalt intakt zu erhalten und deshalb war die Haltung der Partei durchaus korrekt. In den Militär- und Marinefragen ist nicht der geringste Versuch gemacht worden, die bisherige Taktik zu ändern, und so lange das nicht der Fall ist, soll man nicht einen Genossen eines ungeschickten Ausdrucks wegen vor der ganzen Partei moralisch verurtheilen. Das wäre doch etwas zu weit gegangen. Ich bitte Sie deshalb, nicht nur wegen der darin behaupteten unwahren Thatsachen die Resolution abzulehnen, sondern auch weil ungeschickte Worte keinen Anlaß zu solchen Vorgehen dürfen.

Ich bitte Sie, im Sinne meiner Ausführungen zu beschließen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Persönlich erklärt Ragenstein, daß er durch seine Ausführungen keinen Anlaß zu der gepöbelten Ironie gegeben habe, die Webel gegen ihn anwandte.

Singer (persönlich): Ich habe mich heute Vormittag an der Diskussion nicht beteiligt. Ich gehe offen, daß ich die Empfindung hatte, es bedürfe eigentlich keiner Rechtfertigung meinerseits, vor dem Parteitag. (Lebhafter Beifall.) Nachdem aber Ragenstein jetzt wiederholt darauf zurückgekommen ist, will ich ihm erklären, daß ich der letzte bin, der ihm das Recht zur Kritik meiner Reden bestritt. Ich hoffe nur und gebe ihm den Rath, daß, wenn er in den Reichstag kommt, er an seinen Reden dieselbe Kritik üben solle. (Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Morawski zieht den Antrag 41 zurück, weil er von vielen Seiten als selbstverständlich bezeichnet worden sei. Damit fällt auch das Amendement Windhoff.

Angenommen wird der Antrag 90.

Bei Antrag 90 mit dem Amendement: „In solchen Wahlkreisen, wo die Möglichkeit eines Erfolgs vorhanden ist“, bleibt die Abstimmung zweifelhaft, durch Auszählen wird festgestellt, daß er mit 92 gegen 110 Stimmen abgelehnt wird. Das Amendement, in Absatz 2 der Webel'schen Resolution hinzuzufügen, „der sich schriftlich verpflichtet“, wird abgelehnt. Das Amendement Ragenstein wird in seinen beiden Theilen angenommen und die so veränderte Resolution Webel gegen einzelne Stimmen beschlossen.

Die Resolution gegen Schippel wird von Siederman zurückgezogen, weil der Zweck derselben durch die Diskussion erreicht sei. (Widerspruch.)

Frau Steinbach: Ich bin als Mitunterzeichnerin der

Resolution mit deren Zurückziehung ebenfalls einverstanden unter der Voraussetzung, daß die Erklärungen der Genossen Auer und Webel zur Folge haben, daß an der bisherigen Taktik der schließlichen Ablehnung des Militär-Etats festgehalten wird, was aus Schippel's Ausführungen nicht hervorgeht. (Lebhafter Widerspruch.)

Eine zweite Resolution von Payer-Oldenburg und Genossen:

Der Parteitag erklärt, daß er sich mit den Ausführungen Schippel's und Auer's in bezug auf die Bewaffnung nicht einverstanden erklärt.

Das ist die nötige Unterstützung.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung, die Beihiligung an den preussischen Landtagswahlen, wird mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit und die Ermüdung der Referenten auf morgen vertagt und dafür zu Punkt 6 geschritten, „Die Maiseier 1898“.

Berichterstatter Förker: Parteigenossen, ich bin in der angenehmen Lage, äußerst kurz sein zu können. Die Frage der Arbeiterruhe, die uns in früheren Jahren am meisten in Anspruch genommen hat, fällt für das nächste Jahr fort, da der 1. Mai im nächsten Jahre auf den Sonntag fällt. Ich unterbreite Ihnen kurz folgende Resolution:

Der Parteitag wolle beschließen, die Resolution des Volkshausen Parteitag's, betreffend die Maiseier, für die folgenden Jahre als bindend zu betrachten.

Die Gothaer Maiseier-Resolution wird verlesen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiern die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verkürzung und dem Weltfrieden. Als würdigste der Feiern des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeiterruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeiterruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeiterruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Zur Debatte stehen auch die Anträge:

56. Parteigenossen in Magdeburg: In einer geeigneten Zeit hat im Jahre 1898 eine allgemeine einheitlich geregelte und umfassende Agitation für das ganze Deutsche Reich zu beginnen. Dieselbe hat den Zweck zu erfüllen, folgenden Forderungen mehr Nachdruck zu verschaffen: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden; 2. gesetzliche Feststellung dieses Arbeitstages; 3. Arbeiterruhe am 1. Mai.

Die vorbereitenden Schritte zu dieser Agitation sind der Parteileitung zu überlassen.

57. Parteigenossen des 1. Hamburger Reichstags-Wahlkreises: Die Forderung der Arbeiterruhe am 1. Mai sollen zu lassen.

58. Parteigenossen in Darmen: Zur nächsten Maiseier ein für ganz Deutschland bestimmtes Flugblatt herauszugeben.

59. Parteigenossen in Danzig: Bewußt einheitlicher und billigerer Agitation zur Maiseier den geschäftsführenden Ausschuss zu beauftragen, ein für ganz Deutschland bestimmtes Flugblatt herauszugeben und zum Selbstkostenpreis abzugeben; den Orten, die Geldmittel nicht zu Verfügung haben, sind auf deren Antrag die Flugblätter gratis zu liefern.

60. Karl Windhoff-Düsseldorf: In Erwägung, daß die Maiseier von eminent agitatorischem Werthe für unsere Partei ist, haben unsere Parteigenossen mehr denn je für allgemeine Arbeiterruhe einzutreten.

Zurückgezogen zu Gunsten der Förker'schen Resolution wird der Antrag:

61. Jean Hauck: Der Parteitag möge beschließen, daß die Maiseier als Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages nur dort durch Arbeiterruhe gefeiert wird, wo dies nicht von nachtheiligen Folgen für die Arbeiter begleitet ist.

Im übrigen soll die seitberige Taktik in Bezug auf die Maiseier anrecht erhalten bleiben.

Die Debatte wird eröffnet.

Lothmann-Darmen begründet Antrag 58. Ein Flugblatt müsse die Massen über die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit aufklären.

Stollen-Hamburg: Ich weiß von vornherein, daß der Antrag des ersten Hamburger Wahlkreises keine Aussicht hat, von diesem Parteitage angenommen zu werden. Ich bekenne mich als Urheber des Antrages und werde versuchen, ihn zu begründen. Die Ueberzeugung von seiner Unsichtbarkeit habe ich aus Gesprächen und aus der ganzen Stimmung des Parteitages geschöpft. Auch in der Parteipresse ist man über den Antrag hergefallen, und es war berechtigter Anlaß dazu, weil er im Gegensatz zu den bisherigen Beschlüssen der Maiseier eine andere Richtung geben will. Zunächst will ich feststellen, daß in Paris die Arbeiterruhe nicht beschlossen worden ist. Erst später ist in der Agitation der Gedanke der Arbeiterruhe ausgetaucht. Verschiedene Beschlüsse haben in verstärkter Weise auf die Arbeiterruhe hingewirkt. Sie fordern die Arbeiter auf, die Maiseier durch Arbeiterruhe zu begehen, so weit es geschehen kann, ohne daß die Interessen der Arbeiter geschädigt werden. Aber wir müssen uns sagen: wir haben nicht erreicht, was wir damit erreichen wollten. Die Art und Weise, wie jetzt die Maiseier begangen wird, ist unhaltbar, weil sie eine Halbheit ist. Entweder begehen wir die Maiseier durch wirkliche Arbeiterruhe oder wir lassen die Arbeiterruhe ganz. Die Genossen im Lande haben sich nun sehr geäußert, daß ein solcher Antrag aus Hamburg, der Hochburg der Sozialdemokratie, kommen konnte. Ich will nun von vornherein bekennen, daß in jener Volksversammlung, wo der Antrag angenommen wurde, nur ein verhältnismäßig kleiner Theil der Anwesenden, von diesen aber die Mehrheit für den Antrag gestimmt hat. Das mag daran gelegen haben, daß wir nicht zu Ende diskutiren konnten, weil das Lokal geräuchert werden mußte. In den sachlichen Gründen aber wird damit nichts geändert. Wo haben wir denn in Deutschland bisher die Arbeiterruhe gehabt? Einzig in den Großstädten. In den kleinen Städten so gut wie gar nicht. (Widerspruch.) In den Großstädten aber war die Arbeiterruhe auch nicht so, wie wir es erwarten können. Wenn die Sozialdemokraten dazu aufgefordert, den 1. Mai nach Möglichkeit durch Arbeiterruhe zu feiern, müßte doch der Erfolg ein ganz anderer sein. In Hamburg hatten wir in diesem Jahre am 1. Mai eine große Morgenversammlung, an der sich 6000 Personen, gut gerechnet, beteiligten. Aber diese 6000 waren durchaus nicht alle abhängige Arbeiter. Da waren z. B. die 150 Mann, die im „Echo“ arbeiten, dann keine Geschäftleute, selbständige Handwerker, Krankenkassen-Vorstände u. s. w. Nur die gute Hälfte war vielleicht abhängige Arbeiter. Diese Beihiligung ist nicht ausreichend für eine Stadt wie Hamburg, die mit der Umgehung 20 000 Arbeiter in sozialdemokratischen Vereinen zählt. Wir haben uns nun Jahre lang damit getröstet, die geringe Beihiligung an der Arbeiterruhe sei die Folge schlechter geschäftlicher Verhältnisse. Wir haben jetzt aber im zweiten Jahre so günstige Geschäftsverhältnisse, wie wir voraussichtlich unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt nicht mehr bekommen werden. Und doch ist die Entwicklung der Arbeiterruhe im günstigen Sinne ausgeblieben. Woher kommt das? Die Sache liegt ganz einfach: Die große Masse sagt sich, wenn wir demonstrieren unter der Gefahr, schwere persönliche Verluste zu erleiden, so müssen wir einen greifbaren Erfolg sehen. Das that die Maiseier nicht. Die Freigabe des 1. Mai, nun, das ließe sich hören. Aber was wird damit für die Arbeiter gewonnen? Sollen sie demonstrieren, bloß um einen Feiertag im Jahre mehr zu haben? Man sagt: Wir feiern den 1. Mai, weil wir den Gegnern unsere Macht zeigen wollen. Wenn man aber den Gegnern die Arbeiterruhe abringen will, dann muß man den Muth und die Kraft haben, alles auf eine Karte zu setzen. Wie aber kann man glauben, so etwas abzutreiben, tropfenweise, förmliche von Jahr zu Jahr, wo immer ein Duzend und noch ein Duzend sich anschließt an die Demonstration durch Arbeiterruhe.

Das vermag ich nicht zu glauben. So können wir die Masse nicht gewinnen. Die Masse sagt sich: Wenn wir unsere Kräfte einsehen, dann muß es wenigstens der Maiseier werth sein. Denken wir an Amerika an den Labour Day. Anfang der achtziger Jahre agitirten die amerikanischen Arbeiter für die Freigabe dieses Tages. Die amerikanischen Unternehmer waren schlau, sie haben die Forderung bewilligt, statt sie zu einer Maiseier zu machen. Heute legt niemand in Amerika noch besonderes Gewicht auf den Labour Day. Wenn unsere deutschen Unternehmer so klug wie ihre amerikanischen Kollegen gewesen wären, viele von denen, die jetzt für die Maiseier zu entscheiden eintreten, würden gar nicht mehr davon sprechen. So ist eben nichts zu erreichen durch die fortgesetzte Agitation. Für die Maiseier verschlechtern wir auch unsere Position im Kampfe gegen die Unternehmer. Nichts ist gefährlicher, als den Gegnern vorher von seinen Absichten zu unterrichten. Auf den 1. Mai sind sie immer gerüstet, und die kleinen Ausperrungen haben keinen Erfolg für die Arbeiter gebracht. Wenn wir die Forderung der Arbeiterruhe fortlassen, können wir der Maiseier einen viel schärferen Charakter anspitzen. Es giebt eine Reihe von Arbeitern, auch gut organisirten, die durch ihre wirtschaftliche Stellung nicht in der Lage sind zu feiern. In welche Lage kommen diese Genossen den anderen gegenüber? Diese Genossen, die am Morgen zur Feiern nicht erscheinen können, scheuen sich vielleicht auch, am Abend zu erscheinen. Also dadurch wird die ganze Feiern verdorben. Darum soll mit der Halbheit. Sagen wir: der erste Mai gehört dem Proletariat. Am ersten Mai werden Mittel gesammelt zum Kampfe! Arbeiten sollen die Genossen an diesem Tage, und die Hälfte ihres verdienten Tageslohn soll der Organisation gehören. Dann wird der Mai bedeuten: volle Kassen; heute bedeutet er: leere Kassen, weil die im Gefolge kommenden Aufregungen die Organisation auf längere Zeit schwächen. Die Maiseier brennt uns nicht auf den Nägeln, und wir könnten vielleicht die Thatsache, daß die nächstjährige Feiern auf einen Sonntag fällt, benutzen, um den praktischen Vorschlag der Engländer zu befolgen und von da an die Maiseier auf den Sonntag nach dem 1. Mai zu verlegen. Ich halte das für einen sehr glücklichen Gedanken. Genoss müssen internationale Abmachungen gehalten werden. (Zurufe: Na also!) Aber gerade deshalb habe ich die Frage so frühzeitig angeregt, daß, wenn die Entscheidung auf dem nächsten internationalen Kongresse fällt, die Frage nach allen Richtungen durchdiskutirt ist.

Lang-Weipzig beantragt:

„In anbetragt, daß der 1. Mai im nächsten Jahre auf einen Sonntag fällt, sieht der Parteitag davon ab, diesmal eine Diskussion über diese Frage zu führen, er erwartet von den Genossen, daß sie in allen Kreisen die Frage erörtern, und daß sie dann auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gestellt wird.“

Der Antragsteller begründet diesen Antrag damit, daß die Gründe, die Stollen angeführt habe, doch nicht ohne weiteres abgehan werden können.

Schade-Halle: Wir haben alle Ursache, diese brennende Frage jetzt zu erörtern. Ich ersuche dringend um Ablehnung dieses Antrages. Schaffen Sie nicht noch mehr Wirrwarr, als er bisher schon bestand. Wollen wir eine Kampfpartei bleiben, so muß der Hamburger Antrag grundsätzlich abgelehnt werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag auf motivirte Tagesordnung wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dreyer-Dresden: Am 1. Mai 1890 zogen 12 000 Arbeiter über die Augustusbrücke in Dresden, seit dem hat der Gedanke der Maiseier bei uns mehr und mehr an Boden gewonnen. Es wäre ganz falsch, einen Beschluß zu fassen nur mit Rücksicht auf die vielleicht eigenthümlichen Verhältnisse in Hamburg. Es ist ganz falsch, daß nur in den Industriezentren die Arbeiterruhe stattfindet. Ich bin überzeugt, fassen Sie einen Beschluß gegen die Maiseier, wird den meisten Delegirten in ihren Kreisen gebührt der Kopf gewaschen. (Heiterkeit und Beifall.) Wie wir als Partei groß geworden sind, wird auch der Gedanke der Maiseier sich ausbreiten. (Beifall.)

Sindermann-Dresden: In Dresden hat die letzte Maiseier allein 90 000 Mann Geldstrafe zur Folge gehabt. Es war ein großartiger Protest zu Gunsten des Achtstundentages und gegen die schändliche Polizeiwirtschaft und da sollten wir eine solche Feiern wieder aufgeben, nachdem eine Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen die Arbeiterruhe durch Streiks erlangt haben? Nun und nimmermehr können wir jetzt zurückweichen, wir wollen alle dafür sorgen, daß die Feiern immer größer wird. Das ist die richtige Antwort auf die Pläne der Reaktion.

Windhoff-Düsseldorf: Ein Central-Flugblatt paßt für die verschiedenartigen Verhältnisse in den Kreisen nicht; darum bitte ich um Ablehnung des Danziger Antrages. Der Hamburger Antrag hat bei uns in Rheinland geradezu Entrüstung hervorgerufen. (Beifall.) Was wir können, müßte die Hochburg der Sozialdemokraten, Hamburg, auch können.

Fel-Baader-Berlin: Auch ich ersuche dringend um Ablehnung des Hamburger Antrages. Naturgemäß müßte in Hamburg nach den Opfern des letzten Streiks ein Rückschlag erfolgen, und das hat auf die Hamburger deprimirend gewirkt. Die agitatorische Wirkung der Maiseier ist nicht zu unterschätzen. Gerade für die politisch entrechteten Frauen ist es von großem Werth. In diesem Tage können wir Massen in die Versammlungen bringen, wie es sonst nicht möglich wäre. Männer, die sonst ihre Frauen zu Hause lassen, bringen sie an diesem Tage in die Versammlungen. Der Maiseier muß noch viel mehr der Charakter des politischen und wirtschaftlichen Kampfes aufgeprägt werden. An diesem Tage können wir den Frauen die Bedeutung des Achtstundentages recht klar machen. Der Kampf ist schwer, aber ohne Kampf können wir nicht vorwärts. Wir haben Opfer zu bringen und werden sie bringen, um unsere Ideen zum Siege zu führen. Ich erkläre mich auch gegen den Antrag, ein Flugblatt über ganz Deutschland zu verbreiten. Die Maiseier entspricht durchaus den Anforderungen, die Jeder der Maiseier auch im gedrucktten Wort den Massen zugänglich zu machen. Ich schreibe mit dem Wunsche, daß die nächsten Maiseiern sich vielmehr durch Arbeiterruhe auszeichnen, als bisher. (Beifall.)

Stollen-Hamburg: Ich ersuche um Ablehnung des Hamburger Antrages. (Lebhafter Beifall.) Ich will kein anderer bei uns als Stollen allein. Die Mehrheit in der Versammlung, in der der Beschluß gefaßt wurde, war eine Scherzmehrheit. Der Beschluß kam durch Ueberumpelung zu Stande. Im vorigen Jahre haben sich nur 2000 bei uns an der Maiseier beteiligt. Diesmal schon 6000. Das ist doch schon ein Fortschritt. Auf einen Hieb läßt sich die Maiseier nicht erreichen. Wir Hamburger alle, die wir hier vertreten sind, erklären uns gegen den Antrag. Nur Stollen allein will ihn.

Quard-Biesbaden: Erinnern Sie sich, mit welchem Euthgeheiß die Maiseier das erste Mal von der Bourgeoisie aufgenommen wurde. Jetzt hat sie sich schon teilweise Anerkennung erzwungen. Das kann man doch nicht einen Rückschritt des Gedankens der Arbeiterruhe in Deutschland nennen. Schwierig wird ihre Durchföhrung bei uns insolge unseres so außerordentlich zurückgebliebenen Koalitions- und Versammlungsrechts. Der Proletarier will auch einmal einen Feiertag aus eigener Kraft, der ihm nicht von Kapitalvergegen diktiert wird. Für den Proletarier hat der 1. Mai einen idealen Gehalt und ich protestire gegen die nüchterne Auffassung Stollen's, der einen materiellen Ersatz dafür geben will. Nehmen Sie seinen Antrag möglichst einstimmig ab. Der deutsche Charakter ist etwas spröder politischen Demonstrationen gegenüber als der romanische und der englische, aber die einzige Demonstration, die wir haben, wollen wir doch behalten. (Lebhafter Beifall.)

Ein inhaltlich dem vorher abgelehnten Antrag Lange auf motivirte Tagesordnung gleicher Art findet nicht statt. Unterstühung. Dagegen wird ein von Lienau gestellter, von Mittag bekämpfter Schlußantrag angenommen.

Stollen (persönlich): Ich verwalte mich dagegen, den Beschluß in der Hamburger Versammlung durch Ueberumpelung erzielt zu haben. Als Sozialdemokrat habe ich jedenfalls auch als einzelner

das Recht, eine eigene Meinung zu haben und zu äußern. (Sehr richtig!) Es ist durchaus falsch, daß ich allein hinter dem Antrage stehe.

Es wird zur Abstimmung geschritten.  
Der Antrag 52, Hamburg I, wird zurückgezogen. Die Anträge 53, 54 werden abgelehnt; Antrag 50 angenommen. Der Antrag des Referenten wird einstimmig angenommen.

Mollenbaur erstattet hierauf den Bericht über den Arbeiterschutzbund-Kongress in Zürich. Der Kongress ist von der Fraktion beachtet worden, ohne daß der Parteitag gefragt werden konnte. Sie werden ja darüber zu entscheiden haben, ob die Fraktion recht gehandelt hat. Sie wissen, wie überall in der zivilisierten Welt jetzt der Drang nach Arbeiterschutzbündnissen vorhanden ist. Praktische Erfolge hat ohne Zweifel die Schweiz am meisten aufzuweisen, wo auch die Unternehmer vielfach für Arbeiterschutzbündnisse eintreten. Referent giebt hierauf eine eingehende Darstellung der Vorgeschichte des Kongresses. Der Schweizer Arbeiterschutzbund, der einen großen Bruchteil der Schweizer Arbeiterschaft umfaßt und in dem nicht nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft vereint ist, verfuhr schon 1898, einen internationalen Arbeiterschutzbund zu gründen, auf dem Arbeiter aller Länder ohne Rücksicht auf Religion und Parteizugehörigkeit vertreten sein sollten. Damals lehnten wir die Teilnahme ab. Dieser Reich folgte unserm Beispiel und infolge dessen kam der Kongress nicht zu stande. Diesmal nahmen wir die Einladung des Arbeiterschutzbundes an. In der Fraktion wurde gegen die Beihilgung geltend gemacht, daß wir doch nicht mit allen möglichen Leuten, wie Christlichsozialen, Pastoren, Bauern und dergleichen zusammen tagen könnten, denn es könnte ja vorkommen, daß Beschlüsse gefaßt werden, welche erheblich hinter unserm Programm zurückblieben und daß wir dann moralisch verpflichtet wären, für diese Beschlüsse einzutreten. In der Folgezeit konnten wir sehr wohl kleine Verbesserungen der gegenwärtigen Zustände herbeizuführen suchen, in unsern Forderungen aber dürfen wir ohne Prinzipienverrat auch nicht um ein Haar zurückweichen. Sodann wurde, wie schon früher geltend gemacht, daß Beschlüsse durch eine Mehrheit aus vorgeschrittenen Staaten, die jetzt weniger Arbeiterschutzbund bedürfen, für die zurückgebliebenen Staaten ein Hemmschuh werden können. Wir haben aber doch dafür gestimmt, einmal, weil unsere Parteigenossen in dem schweizerischen Arbeiterschutzbund tatsächlich die Führung haben, es also im wesentlichen eine Anregung unserer schweizerischen Genossen war, dann weiter, weil auch wir der Meinung der Schweizer waren, daß wenn die Schweiz die Regierungen einlädt zu einer Verständigung über die internationale Regelung der Arbeiterschutzbundfrage, dann die Regierungen offen damit herauszutreten müßten, ob für sie die Grundzüge, die 1890 mit so großem Applaud verhandelt wurden, noch maßgebend sind oder ob sie vor dem Kapitalismus Bankrott gemacht haben. Letzteres war ja auch der Fall. Der Kongress trat also zusammen. Ein buntes Gemisch! 40 Vertreter religiöser Arbeiter-Vereinigungen gegenüber 80 Sozialdemokraten. Auffallend war besonders eins: Während die katholischen Arbeitervereine sehr stark vertreten waren, blieb ihre offizielle Parteivertretung, die deutsche Zentrumskommision von dem Demokraten Sidel, dem Kaplan Dibe bis zum aristokratischen Freiherrn von Hertling dem Kongress vollkommen fern. Auf der Tagesordnung standen Anträge bezüglich der Sonntagsarbeit, der Arbeit der Kinder und jungen Leute, der Erwerbslosen, der Frauen und der Nachtarbeit. Ueber die Zusammenfassung des Kongresses gewann man schon am ersten Tage durch die Annahme der Sympathieerklärung durch die englischen Maschinenbauer ein einigermaßen klares Bild. Das in bezug auf die Sonntagsruhe eine einmütige Resolution zu fassen kann, ist nicht verwunderlich, da hierzu Sozialdemokraten und christliche Arbeitervertreter, wenn auch aus verschiedenen Gründen, zusammengehen. Ein anderes Bild gab es schon bei der Kinderarbeit. Das Zentrum schließt, wie Sie wissen, für die Landwirtschaf jeden Schutz der Kinder aus. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen, dennoch wurde schließlich eine Resolution angenommen, die sich nicht ganz mit unserm Programm deckt. Denn statt der Altersgrenze von 14 Jahren wurde eine von 15 Jahren beschlossen. Dieser Beschluß geht also noch über unser Programm hinaus. Beim Achtstundentag war am ehesten eine recht matte Resolution zu befürchten. Trotzdem wurde in der Resolution der Achtstundentag als erstrebenswerthes Ziel hingestellt. Eine der heftigsten Debatten rief die Frage der Frauenarbeit hervor. Die Christlich-Sozialen wollen bekanntlich den modernen Verhältnissen keine Rechnung tragen, ja sie gingen sogar so weit, zu beantragen, daß die ganze Erwerbstätigkeit der Frauen in Fabriken und Bergwerken verboten werde. Ein Beschluß, der offenbar ein Wahnsinn wäre bei dem Umschwung, der sich in der Industrie vollzogen hat. Der heisse Kampf endete mit dem Siege der von Frau Jettin und Wedel vertretenen Ansicht. Nun gab aber die Fassung, in der diese Resolution angenommen wurde, dem Genossen Barvus zu einem scharfen Angriff Veranlassung. Während der Sektionsantrag die eingehende Behandlung der Frage der Hausindustrie dem nächstfolgenden Kongress überließ, aber bereits von dem gegenwärtigen die Einschränkung und endliche Beseitigung der Hausarbeit forderte, überließ die angenommene Resolution auch die endgültige Beschlussfassung über die Frage der Hausindustrie dem nächsten Kongress, eine einfache Forderung der Logik. Hierin sah Barvus die Furcht vor den Konsequenzen. Wenn man solche Angriffe gegen Parteigenossen aus grund einer Resolution richtet, dann sollte man sich doch vorher über ihren Inhalt unterrichten. In der Frage der Nachtarbeit und der Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben wurden ebenfalls Resolutionen gefaßt, die mit dem Parteiprogramm vollkommen in Einklang stehen. Zur Verwirklichung dieser Forderungen des Kongresses wurde selbstverständlich in erster Linie freies Koalitionsrecht gefordert.

Referent wurde der Beschluß gefaßt, wenn irgend möglich ein internationaler Arbeiterschutzbund-Sekretariat zu schaffen und ein bezahltes Geschick an den Schweizer Bundesrat gerichtet. Sie alle haben ja wohl seinerzeit ausführliche Berichte über die Verhandlungen des Kongresses gelesen. Ich glaube, wir Sozialdemokraten können mit dem Erfolg dort zufrieden sein. Gelingt es, die Frage der Arbeiterschutzbund-Gesetzgebung in den gesetzgebenden Körperschaften in Fluss zu bringen, so ist jedes Wort zugleich eine Anerkennung der Ziele im zweiten Teile unseres Programmes. Sodann wird aber der Kongress seine moralische Wirkung nicht verfehlen. Einmal hat er den Beweis erbracht, daß auch von anderer Seite anerkannt wird, daß auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes viel mehr geleistet werden muß, und sodann ist uns zweifellos klar geworden, daß alle Versuche der Reaktion auf einen viel erheblicheren Widerstand stoßen werden, als lediglich von unserer Seite. Was der Führer der schweizerischen katholischen Arbeiterschaft, Decurtins, in seinem Schlusswort so schön ausdrückte: „Nur im Sonnenlicht der Freiheit gedeiht der Arbeiterschutzbund“, das war die Meinung aller Kongressteilnehmer. Ja, dieses Sonnenlicht der Freiheit mag die Ursache sein, weshalb die ganze offizielle Zentrumspartei fehlte; aber das ist auch für uns eine Waffe, die für das Zentrum verhängnisvoll werden kann. Wir können darauf hinweisen, daß auch die in katholischen Vereinen zusammengefassten katholischen Arbeiter mehr verlangen, als die politische Partei, das Zentrum, bewilligen will. Und das können wir leicht einmal dazu beitragen, daß die in katholischen Organisationen vereinten Proletarier sich vom Zentrum trennen.

Entschieden Sie jetzt, ob die Fraktion recht hatte, den Kongress zu beschicken, oder ob sie in Zukunft solche Schritte zu unterlassen hat. (Vorständler Beifall und Händeklatschen.)  
Vorständler Lesch: Es hat sich niemand zum Worte gemeldet. Ich konstatiere im Namen des Parteitages die Entgegennahme des Berichtes. Folgende Resolution wird vom Referenten vorgeschlagen:  
„Der Parteitag erklärt nach Entgegennahme des Berichtes über die Verhandlungen des diesjährigen Arbeiterschutzbund-Kongresses in Zürich sein Einverständnis mit den daselbst gefaßten Beschlüssen und ersucht die Parteigenossen, bei jeder passenden Gelegenheit für diese Beschlüsse zu wirken.“

Diese Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen.  
Am Donnerstag Abend finden zu Ehren des Parteitages zwei Kommerse bei Käthe und Sagebiel statt.  
Schluß 7 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

**Aus der Schweiz.** Am Sonnabend und Sonntag wurde in St. Gallen, im Saale des Großen Rathes (dem Landtage) die Delegirten-Versammlung des schweizerischen Grütli-Vereins abgehalten, der mit seinen 11550 Mitgliedern der stärkste und außerdem der bestorganisirte politische Verein in der Schweiz ist. Die Zahl seiner Sektionen beträgt 331, wovon 64 durch 80 Delegirte in St. Gallen vertreten waren. Von den Verhandlungen erwähnen wir die Genehmigung des Ankaufs eines Hauses für 820 000 Fr. für die Grütli-Bibliothek in Zürich, ferner den Beschluß, daß das Personal derselben mit der Kontrollkommission in Verbindung treten kann, um Wünsche und Beschwerden vorzubringen, und endlich die Annahme einer Resolution betreffend die Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes, worüber Gen. Bullschleger referirte. Er empfahl, mit weiteren Schritten bei den Bundesbehörden zu warten, bis die großen Vorträge über Eisenbahn-Verstaatlichung, Kranken- und Unfallversicherung etc. erledigt seien; inzwischen solle hinsichtlich der Wirkungen der eidgenössischen wie der kantonalen Arbeiterschutzbund-Gesetzgebung Material gesammelt und zweckmäßig bearbeitet werden. Die von Bullschleger beantragte und von der Delegirtenversammlung nach kurzer Diskussion angenommene Resolution erklärt sich prinzipiell für die Revision des Fabrikgesetzes und zwar im einzelnen für die Einführung des Zehnstundentages, für Bestellung weiblicher Fabrikinspektoren, für Freigabe des Sonnabend-Nachmittags, wenigstens für die Arbeiterinnen, für Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf diejenigen Betriebe, die in einigen Kantonen kantonalen Gesetzen unterstellt sind, und endlich für Revision des Anheftungsgesetzes für die Arbeiter und Angestellten der Transportgewerbe im Sinne der Einführung des Zehnstundentages. Auch die Wohnungsfrage wurde diskutiert und soll vom Zentralkomitee weiter verfolgt werden. Genosse Albißer von Luzern referirte kurz über die Tagesordnung: Eisenbahn-Verstaatlichung, Volkswohl des Bundesrates, Proportionalwahl des Nationalrates, obligatorisches Referendum statt des konsultativen, und über Kranken- und Unfallversicherung. Bezüglich des ersten Gegenstandes empfahl er im Falle der Volksabstimmung die Annahme, was beschlossen wurde. Ueber die anderen Gegenstände soll im nächsten Frühjahr eine sogenannte Vertrauensmänner-Versammlung berufen und entscheiden, ob hierfür die Initiative zu ergreifen sei. Beim Bankett am Sonntag Mittag hielt Genosse Scherrer von St. Gallen eine vorzügliche Rede über die großen Aufgaben der Schweiz auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, die immer mehr zum Vorbild für alle Staaten und Völker werden möge, wie dies Lieblincht am Schlusse des internationalen Arbeiterschutzbund-Kongresses in Zürich ausgesprochen habe. Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Unsere belgischen Parteigenossen beabsichtigen in nächster Zeit die Agitation in den deutschen Gemeinden, die in den Provinzen Lüttich und Luxemburg gestreut liegen, energisch zu betreiben. Die alteingesessene deutsche Bevölkerung in jener Gegend zählt beiläufig 50 000 Köpfe; der größte Ort ist Arlon mit über 8000 Einwohnern, die meisten der übrigen, wie Herve, Hingens, Hingens, Selingen u. s. w. haben kaum je 1000 Einwohner. Für diese Gemeinden will, wie wir dem „Peuple“ entnehmen, die sozialistische Partei Belgiens entweder ein selbstständiges, in deutscher Sprache gehaltenes Organ herausgeben oder es soll dahin gewirkt werden, daß ein unserer rheinischen Parteiblätter ein Kopieblatt für die betreffende Bevölkerung herstellt. Auch sollen dort deutsche Flugblätter und Broschüren verbreitet werden.

**Todtenliste der Partei.** Durch Sturz vom Gerüst eines Neubaus hat in Altenburg ein waderer Parteigenosse, der Zimmermann Bernhard Köhler, seinen Tod gefunden. Gegen 300 Personen erwiesen ihm die letzte Ehre.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

Zum Formerrandstand vor dem Einigungsamt nimmt die „Vossische Zeitung“ in einem Leitartikel Stellung. Darin schreubert sie den ganz unbegründeten Vorwurf gegen uns, wir hätten in unserem gestrigen Artikel „neue Hehereien gegen die Arbeitgeber“ erhoben. Wir haben uns gestern darauf beschränkt, das wegwerfende Benehmen der Unternehmer vor dem Einigungsamte den Arbeitern gegenüber zu kennzeichnen. Das war eine berechtigte Kritik, die mit den Ursachen des Streiks, mit seiner Berechtigung oder Nichtberechtigung an sich nichts zu thun hatte. Der Entscheid des Einigungsamtes, der die Arbeiter formell ins Unrecht setzt, ist von uns nicht kritisiert worden. Durch unseren Schlußsatz: „Es liegt nahe, daß auch die Arbeitervereinsammlungen die sachlichen Zusammenhänge der Unternehmungsmäßigkeiten und die engherzige Nachhaberei auf sich beruhen lassen werden“, den auch die Vossin zitiert, haben wir jedenfalls alles andere gethan, als „neue Hehereien“ auszusprechen.

Ueber die von den Vertretern der Arbeitnehmer vor dem Einigungsamt angeführten, weiter zurückliegenden Ursachen der Erbitterung der Arbeiter, die auch in unserem gestrigen Artikel Erwähnung fanden, schweigt sich die „Voss. Ztg.“ natürlich aus; sie bringt dafür wieder die abgedroschenen Redensarten von den „Verführern“ vor, welche „friedfertige Arbeiter“ nöthigen, Weib und Kind brotlos zu machen? ... Was steht die Vossin die selbststehende Thatsache an, daß in den dem Streik vorangehenden Versammlungen die „Verführer“ es waren, die gegen den Streik sich ausgesprochen haben; was genirt es sie, daß die Arbeitervertreter vor dem Einigungsamt erklärten, sie würden ihr möglichstes thun, daß die Streikenden den Spruch des Einigungsamtes anerkennen. Daß dem „bürgerlich-liberalen“ Organ alles Verhängnis abgeht für Arbeiter-Solidarität ist ebenso erklärlich, als sie das gemeinsame Vorgehen der Unternehmer als ganz selbstverständlich ansieht.

Die Verhandlungen zwischen der Firma Borfig und ihren Formern sind bis jetzt zu einem Abschluß noch nicht gelangt. Die unter den Leipziger Formern vorgenommene Urabstimmung über die Frage, ob die Arbeit aus den Berliner Hehereien gemacht werden soll oder nicht, hat bisher folgendes Resultat ergeben: Eingegangen sind die Antworten auf 17 Hehereien mit 731 Formern. Von diesen stimmten 616 mit Nein, 87 mit Ja, 4 Stimmzettel waren ungültig, 17 Formern nahmen an der Abstimmung nicht theil und 17 Formere fehlten gestern in der Werkstat. Die Stimmzettel aus 4 Hehereien mit 63 Formern stehen noch aus.

**Achtung, Holzbildhauer!** Die an alle Werkstätten unserer Branche verandten, aber noch ausstehenden Statistikbogen ersuchen wir unermäßig, spätestens jedoch bis 12. Oktober an die Adressen: Vereinslokal, Köpnickstr. 62, oder P.O. Box 14, Mühlentw. 49, abzuliefern. Zentralverein der Bildhauer, Verwaltung Berlin. — Der Vorstand.

**Zu den bevorstehenden Wahlen der Delegirten zur Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoortarbeiter** wird eine demnächst stattfindende Versammlung Stellung nehmen. Die theilnehmenden Arbeiter werden schon jetzt darauf hingewiesen, auf die am Sonnabend erscheinende Annonce zu achten.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Holzarbeiter!** Seit 26 Wochen befinden sich die organisirten Holzarbeiter (Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter) Lübeck's im Streik. Es ist den Unternehmern bis jetzt noch nicht gelungen, Arbeitskräfte in genügender Zahl heranzuziehen. Ihre letzte Hoffnung haben sie, bis jetzt aber ebenfalls vergeblich, auf die Reservisten gesetzt. Wir

richten nun an alle Kollegen und namentlich an die, die jetzt vom Militär entlassen werden sind, daß dringende Ersuchen, Lübeck fern zu bleiben. Wie beim Militär Organisation und Disziplin eine große Rolle spielen, so ist es auch in der Arbeiter-Bewegung. Der einzelne von uns ist machtlos gegenüber dem Kapital, deshalb muß es Lösung jedes Arbeiters sein: Einer für alle und alle für einen! Kollegen, kommt nicht nach Lübeck, laßt Euch nicht durch Versprechungen verleiten, die später doch nicht in Erfüllung gehen. Hoch die Arbeiterinteressen! Hoch die Solidariät! Das Streikkomitee. J. A. D. Kohde, Lederstraße 8.

**In der Stöber'schen Fabrik in Stettin** ist es nun doch zur Arbeitseinstellung auch der Nähmaschinenarbeiter gekommen. Der „Volksbote“ berichtet darüber: Die am Sonntag gefaßten Beschlüsse, monach nochmals mit der Direktion Rücksprache genommen werden sollte, um eine Einigung zu erzielen, konnten nicht durchgeführt werden, weil die Fabrikleitung selbst diesem Begehren entgegengekommen hat. Montag Nachmittag wurde das Mitglied des Arbeiterausschusses, Schloffer Buchholz, plötzlich entlassen. Die Arbeiter waren darüber sehr aufgebracht und erblickten in diesem Verhalten der Leitung die Absicht, die Arbeiter in den Streik zu treiben und gütlichen Verhandlungen aus dem Wege zu gehen. Der erste Direktor der Gesellschaft, Wasmutz, ist vertrieben, obwohl er doch weiß, was auf dem Spiele steht. Dienstag Morgen 6 Uhr gingen die Arbeiter im Nähmaschinenbau neuer in die Fabrik, um ihre Kontrollmarken abzugeben; 10 Minuten später legten sämtliche die Arbeit nieder. Unter den Streikenden befinden sich viele Arbeiter, die 15-20 Jahre lang in der Fabrik beschäftigt sind.

Die Zahl derer, die am Montag die Arbeit einstellten, beträgt nach Angabe des „Volksboten“ etwa 320.

**Zu Chemnitz** legten am Montag 18 Feilenhauer und 2 Schleifer der Pomm'schen Werkstat die Arbeit nieder, weil der Unternehmer nicht alle Sätze des Lohnfortschritts bezahllen will, der bei der Lohnbewegung im Mai vorigen Jahres mit den Chemnitzer Unternehmern vereinbart worden ist.

### Ausland.

**Zu Troppan** wird gemeldet, daß der Ausstand der Arbeiter in Jagendorf beendet sei, nachdem die Forderungen der Streikenden befriedigt sind.

**Der Nationalkongress der belgischen Bergleute**, der am 3. Oktober in Lüttich tagte, beschloß, wie bereits telegraphisch kurz mitgeteilt, daß in allen Zechen eine 10prozentige Lohnerhöhung verlangt werden soll. Wird diese nicht bewilligt, so soll am 1. November der Generalausstand erklärt werden.

**Zum Kampf der englischen Maschinenbauer.** Den Publikationen des Unternehmer-Verbandes zufolge waren an Ausperrungen theilhaftig in der Mitte des Monats Juli 180 Firmen, gegenwärtig sind es deren 517. Im Monat September sind allein 115 und im Oktober 25 hinzugekommen. — In einigen Tagen dürfte es durch Vermittelung des Handelsamtes zu Verhandlungen zwischen den Parteien kommen.

Tagegen meldet ein heute eingelaufenes Telegramm des „B. Z.“, daß die Arbeitgeber im Maschinenbau-Berwerb erklärt hätten, sie könnten sich auf die Darwinsche Kunst Dritter zur Beilegung des Streites nicht einlassen. Die Befestigung dieser Nachsicht bleibt jedenfalls abzuwarten. Es ist nicht gut anzunehmen, daß die Unternehmer in diesem Entschluß hätten kommen sollen, nachdem ihr Führer, Colonel Dyer, schon mehrfach mit dem Sekretär des Arbeitsamtes konferirt hat.

## Unternehmer-Verbände.

**Rheinisch-westfälisches Kohlenyndikat.** Ueber die dieser Tage abgehaltene Zehnjähriger-Versammlung wird berichtet: Die Resolution wurde als andauernd außerordentlich günstig gefehlt und zum Beweise auf die Zahlen für Förderung und Absatz im Monat August, welche sich sprachen, hingewiesen. Das Geschäft ist immer noch lebhafter geworden, namentlich umfangreich seien fortgesetzt die Verschiffungen über die Rheinhäfen und die Bezüge der Industrie. Die Nachfrage nach Hausbrandkohlen hat in letzter Zeit ebenfalls stark zugenommen, so daß nicht allen Anforderungen entsprochen werden kann. Das Vertrauen in die Zukunft ist nach wie vor daher das allerbeste.

Zu den Kreisen derselben Leute, die so ausgezeichnete Geschäfte machen, entbietet man sich aber nicht, jetzt mit der Einstellung von Strafgefangenen auf den Werken zu beginnen; selbst die Ansprüche der galizischen und ungarischen Arbeiter, die man in Schaaren importirt hat, sind den Zechenbaronen noch zu hoch. Der Gefangene ist billiger zu haben und bietet außerdem den Vortheil slavischen Gehorsams.

## Soziales.

**Ein Preisandschreiben für Arbeiter-Schutzbücher** erläßt der Verband der deutschen Berufsvereinigungen. Ausgesetzt sind 500 Mark, die ganz oder theilhaft für praktische Büchlein zu vergeben sind, die in einem oder mehreren der folgenden Industriezweige Verwendung finden sollen: a) Hütten- und Walzwerke, b) Maschinenbau, c) chemische Industrie, d) Steinindustrie. Für Bewerbungslustige wird bemerkt, daß die speziellen Bedingungen in der am 20. September erschienenen Nummer der Monatschrift für die Stein-Berufsvereinigungen in Berlin NW. angeführt sind.

**Mit beunruhigender Jaghaftigkeit** wird im bayerischen Etat die Verwendung von Frauen im Fabrikinspektorat behandelt. Es heißt dort: „Für Revision der ausschließlich oder vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigenden Betriebe sollen verhältnismäßig weibliche Hilfskräfte gegen Gewährung angemessener Vergütung für die einzelnen Dienstleistungen herangezogen werden, wofür der Betrag von 2000 M. vorgesehen ist.“

In Preußen ist man freilich noch nicht einmal soweit.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Köln, 6. Oktober.** (B. Z. B.) Nachdem der linke Flügel des Bensberg'schen Schlosses völlig abgebrannt und auch das linke Hintergebäude in Brand gerathen war, gelang es den Vermählungen der aus der ganzen Umgebung herbeigeeilten Feuerwehren, das Feuer zu löschen. Das Feuer soll unter dem Dach des linken Schloßflügels ausgebrochen sein.

**Wiesbaden, 6. Sept.** (B. Z. B.) Der Rheinische Kurier meldet aus Hochheim: Bei der Erziehung im Landtagswahlkreis Wiesbaden-Land und Höchst wurde der Kandidat der Nationalliberalen, Bürgermeister Wolff-Viebrich, im zweiten Wahlgange mit 180 gegen 65 Stimmen zum Landtags-Abgeordneten gewählt.

**Frankfurt a. M., 6. Oktober.** (B. Z. B.) Aus Jumbund wird der „Frankf. Ztg.“ telegraphirt: Das Jumbund erschien heute früh im Winterfeld. Der Schnee liegt bis zur Thalsohle herab.

**Genève, 6. Oktober.** (B. Z. B.) Von dem hier eingetroffenen englischen Kriegsschiff „Volcan“ sind sechs Matrosen desertirt und trotz eifriger Nachforschungen nicht wieder ermittelt worden.

**Mailand, 5. Oktober.** (B. Z. B.) Die großen Bank- und Getreidefirmen Luigi Botaliga in Ancona und Landolo Babovano in Sinigaglia sind mit 11, bzw. 1 1/2 Millionen Passiven in Zahlungsstockung gerathen. Vorwiegend theilhaftig ist die Banca di Italia.

**New-York, 6. Oktober.** (B. Z. B.) Eine Tepeche des „New-York Herald“ aus San José in Guatemala meldet aus amlicher Quelle, daß die Truppen der Regierung Quezaltenango wieder genommen, Waffen und Munition erbeutet und eine Anzahl Offiziere der Unhänglichen gefangen genommen haben. Die Nachricht von dem Siege der Regierung ist auch aus Totonicapan und anderen Orten eingelaufen.

**Rio de Janeiro, 6. Oktober.** (Meldung der „Agence Havas.“) Die Stadt Caubos ist von den Regierungstruppen genommen. Gonselheiro ist gefangen genommen worden.

**Mag. Sading in Berlin.** Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 6. Oktober. — Vormittags-Sitzung. 9 Uhr. Den Vorsitz führt Lesche.

Die tschechische Sozialdemokratie sendet dem Parteitag die herzlichsten Grüße.

Zum Antrag 90 ist ein Amendement Windhoff-Düsseldorf eingegangen, die Erklärung gegen die Doppelkandidaturen einzuschränken durch Hinzufügung der Worte:

„in solchen Wahlkreisen, wo die Möglichkeit vorhanden ist“ Das gestern erwähnte redaktionelle Amendement Windhoff zu Antrag 41 verlangt, daß hinter dem Worte „sind“ eingefügt werden soll:

„soweit die Möglichkeit vorhanden ist“ Knapp-Stettin beantragt, in Punkt 2 der Resolution Bebel zu sagen:

„der sich schriftlich verpflichtet.“ Payer-Delmenhorst: Ich bitte Sie, den Antrag 41, der die Kandidaturen in den polnischen Bezirken behandelt, abzulehnen. Die Hauptforderung, die gestellt werden muß, ist, daß der Kandidat ein erprobter Genosse ist, der nicht erst jung in der Bewegung ist. Ablehnen möchte ich auch den Antrag 90.

Nicht sehr sympathisch ist mir der zweite Teil der Bebel'schen Resolution. Es werden sich stets streupförmige Gegner finden, die das vor der Stichwahl und abgegebene Versprechen nachher nicht halten; die Ehrlosigkeit werden sie mit dem Interesse des Staates entschuldigen wollen. Zum mindesten sollte man dabei sich in der Resolution auf die links stehenden Oppositionsparteien beschränken.

Liebkecht-Berlin: In bezug auf die Resolution habe ich sehr wenig dem hinzuzufügen, was Bebel gesagt hat; ich bin überzeugt, daß der Ernst der Lage jedem unserer Genossen klar wird. Bebel sagte vorgestern, wir lämen dem Verg immer näher. Dieser Verg ist nicht bloß die engefristige Abrechnung mit dem Kapitalismus, er hat auch noch so einige Vorbeuge, und einer dieser Vorbeuge ist der Verfassungskampf. Der Kampf, den andere Länder, England und Frankreich, vor Jahrhunderten überstanden haben, wird auch Deutschland nicht erspart bleiben. In Deutschland ist die absolute Monarchie, das Königtum von Gottes Gnaden, niemals so vollständig beseitigt worden, wie in Frankreich und England, weil wir infolge der eigentümlichen historischen Entwicklung niemals ein Bürgerthum gehabt haben, das stark genug war, wirklich die bürgerliche Freiheit zu wahren. So kommt es, daß die Sozialdemokratie eine Doppelaufgabe hat. Diesen doppelten Kampf gegen Bürgerthum und gegen Absolutismus haben wir zu erkämpfen und wenn jeder von uns sich bewußt ist, daß wir im Doppeltkampfe stehen, so werden sich auch die Kräfte eines jeden vermehren. Wollen unsere Gegner die Entwicklung der Sozialdemokratie hindern, so müssen sie dem allgemeinen Wahlrecht zu Weide geben; die Feinde wollen der Sozialdemokratie einen Damm entgegensetzen, und dieser Damm ist der Staatsreich. Deshalb muß sich jeder klar sein über die Bedeutung der nächsten Wahlen.

Der Resolution stimme ich bei, nur glaube ich allerdings, daß man sie in einzelnen Punkten etwas schärfer formulieren könnte. Der Ausdruck: „gegen jede Verschlechterung der bestehenden Verfassung“, ist z. B. änderungsbedürftig, denn bekanntlich wird jede Revision als eine Verbesserung bezeichnet. Gegen das Amendement, welches verlangt, daß die Kandidaten sich schriftlich verpflichten, wird niemand etwas haben, obgleich einem Menschen, der uns mündlich belügt, auch eine schriftliche Zusage zugunsten ist (Sehr richtig!) Dem Antrag mit den Doppelkandidaturen muß gesteuert werden. Wir sollten nicht einmal in aussichtslosen Kreisen Doppelkandidaturen aufstellen, denn es ist ja niemals zu berechnen, wie eine Wahl ausfallen wird.

Der Punkt, zu dem ich eigentlich sprechen wollte, ist der Antrag 41, welcher verlangt, daß in Kreisen mit überwiegend polnischer Bevölkerung nur Kandidaten aufgestellt werden, die der deutschen und polnischen Sprache mächtig sind. Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, einen solchen Antrag direkt anzunehmen, aber der darin ausgesprochene Gedanke ist so absolut richtig, daß ich mir gar nicht denken kann, wie es anders sein soll, als daß man nur einen Kandidaten nimmt, der sich auch mit seinen Wählern zu verständigen in der Lage ist. Ich bin überzeugt, daß der Kongreß sich in diesem Sinne aussprechen wird, selbst wenn der Antrag nicht formell zur Annahme gelangt. Mit der polnischen Frage ist das so eine etwas eigentümliche Sache. Es herrscht, wie ich leider gesehen habe, vielfach in unseren Reihen eine gewisse Aunostität gegen die Polen. Wir haben eine Anzahl von Parteigenossen, die außer sich geraten, wenn von der Insel Kreto die Rede ist, die in Harnisch kommen, wenn man die Armenter Freiheiten nennt, die sich aber den Polen gegenüber ganz anders verhalten. Wir nennen uns international, aber die Internationalität schließt ebensoviele das Nationalitätsgefühl aus, wie der Sozialismus den Individualismus, d. h. die Entwicklung der Persönlichkeit ausschließt. Was Individualität des einzelnen Menschen in der Gesellschaft ist, das ist in der allgemeinen Menschheit die Individualität der Nationen. Das das Nationalgefühl nicht dazu ansetzt, daß sich einer über den andern setzt, versteht sich von selbst. Wir wollen die Gleichheit alles dessen, was Menschenanligg trägt, wir haben in unserem Programm ausgesprochen, daß wir für gleiches Recht sind ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Wie wir dem entgegengetreten, daß man die Juden als untergeordnete Masse betrachtet, wie wir dem entgegengetreten, daß man die Franzosen als untergeordnetes Volk ansieht, so muß es auch unter allen Umständen den Polen gegenüber geschehen.

Diese Stimmung gerade den Polen gegenüber erklärt sich aus der eigenartigen geschichtlichen Entwicklung. Heute ist Rußland der Schiedsrichter Europas. Preussische Junker, Stumm, die Agrarier, sie alle erblicken in Rußland den letzten Rückhalt. Wenn dieser fällt, wissen sie, sind sie dem Ansturm der westeuropäischen Kultur und dem Sozialismus hilflos preisgegeben. Daher finden wir, daß alle Organe, die unter dem Einfluß der Reaktion stehen, seit 50 Jahren gegen die Polen Stimmung zu machen suchen, daß sie den Gedanken einer Wiederherstellung Polens geradezu als einen verrückten Hinzusellen suchen, und daß sie theilweise selbst in unseren Reihen der Fall. Will man es den Polen verargen, wenn sie in den Wahlkampf auch als Polen einzutreten wollen? Müßen wir denn den Polen das Recht bestreiten, welches wie selbst in Anspruch nehmen? Wir betrachten die Franzosen als Brüder; wenn sie aber Deutschland zerreißt und theilen wollen, dann müßen wir sie, die das thun, als Feinde betrachten. Genau auf demselben Standpunkt sind gegenüber haben die Polen das Recht zu stehen. Gleiches Recht für alle; wer will den Polen das Recht bestreiten, sich als Nation zu organisieren? Daß sie gewaltiam unterdrückt sind, ist doch kein Beweis dafür, daß sie rechtslos sind, im Gegentheil, das legt uns die Pflicht auf, für sie einzutreten, damit das Unrecht wieder gut gemacht wird.

Ich bin sicherlich keiner von denen, die sich auf Autoritäten beziehen, ich kenne aber einen Mann, von dem ich weiß, daß jeder ihn als Autorität betrachtet. Den will ich reden lassen statt meiner, es ist Karl Marx. Ich war in diesem Sommer in London, und da hat die Tochter von Marx unter seinen Papieren eine ganze Anzahl höchst interessanter, für Marx selbst charakteristischen und für uns außerordentlich werthvollen Aufzeichnungen, u. a. auch die in englischer Sprache ausgearbeiteten Anweisungen zu den internationalen Kongressen. Da ist auch ein merkwürdiges interessantes Schriftstück für den Wiener Kongreß von 1869

oder vielmehr, was wahrscheinlicher ist, für den von Haag 1872, und da sagt Marx in bezug auf die polnische Frage:

a) Warum nehmen die Arbeiter Europas diese Frage auf? In erster Linie, weil die Bourgeois-Schriftsteller und Agitatoren sich verschoren haben, sie zu unterdrücken, obgleich sie alle Arten von Nationalitäten auf dem Kontinent patronisiren und sogar Irland. Woher diese Schweigämlei? Weil sowohl die Aristokraten als die Bourgeois die ästhetische Macht im Hintergrunde, als das letzte Bollwerk gegen die vordringende Sturmfluth des Einflusses der Arbeiterklasse betrachten. Jene Macht kann erfolgreich nur unschädlich gemacht werden durch die Wiederherstellung Polens auf demokratischer Grundlage.

b) Der gegenwärtigen veränderten Lage Mitteleuropas und namentlich Deutschlands ist es mehr als je notwendig, daß wir ein demokratisches Polen haben, da, ohne es Deutschland ein Anhängel (outwork) der Heiligen Allianz, wie ihm der Bundesgenosse (cooperator) des republikanischen Frankreich sein wird; die Bewegung der Arbeiterklasse wird fortwährend unterbrochen, lahm gelegt und aufgehoben werden, bis diese große europäische Frage zur Ruhe gebracht ist.

c) Besonders ist es die Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen, weil Deutschland eine der Mächte ist, die Polen getheilt haben.

So hat Marx über die Polenfrage geurtheilt, der doch gewiß hoch über jedem Verdacht des Nationalitätsgefühls steht. Ich will heute nicht näher darauf eingehen, ich bitte Sie aber dafür zu sorgen, daß alle diese Eifersüchtler, wie sie da stattgefunden haben zwischen deutschen und polnischen Parteigenossen, ruhen; ich will hoffen, daß Worte wie „die deutsche Kultur steht höher als die polnische“ niemals wieder ausgesprochen werden in einem deutschen Arbeiterparlament. Was heißt es denn, die deutsche Kultur steht höher als die polnische? Vor Jahrhunderten schon haben die Polen die Gleichheit der Juden ausgesprochen, vor Jahrhunderten schon ist Polen neben Holland das einzige Land gewesen, in dem die absolute Prekfreiheit bestanden hat, und gerade durch diese Freiheit ist Polen der Gegenstand des Hasses der übrigen Mächte geworden. Ich sage ja nicht, daß Polen in der allgemeinen Weltkultur das getheilt hat, was Deutschland geleistet hat, aber was ist denn die deutsche Kultur, wenn sie die Germanisirung betreibt? Der Gutsbesitzer, der die Fische in der Hand hat, der preussische Beamte, der mit gezücktem Säbel durch die Massen zum Bahnhof fährt und seine Leute als Hunde bezeichnet — ist das Kultur? Für diese Kultur danke ich, das ist eine Schande und Schmach für Deutschland. Dieser Kultur haben wir entgegenzutreten. Wir dürfen unter unseren polnischen Genossen keinen Zweifel darüber lassen, daß wir die polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit für ebenso berechtigt halten, wie die jedes anderen Volkes. Den Polen ist schwerer Unrecht geschehen, und gerade wir deutschen Arbeiter sollten den Polen gegenüber gerecht sein! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer zur Geschäftsordnung: Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen vorgestern die Mittheilung machte, es seien durch den Vertrauensmann nicht unterzeichnet waren, nach unserem Organisationsstatut nicht ernalthen konnten. Einer Aufforderung, eventuell die Parvus'schen Anträge oder einen von ihnen zu übernehmen, ist von keinem der Delegirten nachgekommen worden. Damit war für uns die Sache zur Zeit erledigt. Heute bekomme ich nun ein Schreiben, wonach der Vertrauensmann des sächsischen Wahlkreises Dresden-Altschad, Genosse Wessing, bestätigt, daß diese Anträge durch den Parteigenossen Parvus eingebracht seien. Nun brauchen wir, meine ich, nicht darüber zu streiten, ob die Einbringung von Anträgen in Form eines Zeitungsartikels zulässig ist. Die Anträge a und b sind zum Bericht der Parteileitung, c bis f zum Bericht über die parlamentarische Thätigkeit gestellt. Diese beiden Punkte unserer Tagesordnung sind aber bereits erledigt, wir sind also faktisch in der Unmöglichkeit, diese verspätet eingebrachten Anträge jetzt noch zu beraten. (Zustimmung.) Dagegen ist Antrag g zu den Reichstagswahlen gestellt, und ich meine, wir dürfen Parvus sein Recht nicht beschränken. Antrag g lautet:

Der Parteitag wolle beschließen: Bei der Agitation für die nächsten Reichstagswahlen ist auf die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und die Aufhebung der Getreidezölle besonderes Gewicht zu legen.

Ich gebe also dem Vorstehenden anheim, die Unterstufungsfrage zu stellen und falls sie bejaht wird, diesen Antrag nachträglich zur Beratung zu stellen. Bebel: Ich möchte doch sehr stark bezweifeln, ob es geschäftsmäßig zulässig ist, daß im letzten Augenblick, mitten in unseren Beratungen answärtige, nicht auf dem Parteitag anwesende Genossen in z. B. beliebigen Schreiben oder Druckfachen sich an uns wenden und uns hier zumuten, daß wir jetzt im letzten Augenblick uns damit beschäftigen. (Sehr wahr!) Ich protestire gegen dieses Verfahren. (Lebhafter Beifall.) Der Antragsteller er konnte ebenso gut seine Anträge zur rechten Zeit einbringen, wie jeder andere Genosse (Sehr wahr.) Ich protestire also dagegen, daß der Antrag zur Unterstufung gestellt wird.

Vorsitzender Lesche: Nach diesem Widerspruch werde ich den Antrag nicht zur Unterstufung stellen, sondern den Parteitag erst darüber abstimmen lassen.

Die Mehrheit erklärt bei der Abstimmung die Unterstufung für unzulässig. Damit ist der Antrag erledigt.

Knapp-Stettin: Wir müssen eine schriftliche Erklärung von dem gegnerischen Kandidaten verlangen, für den wir bei der Stichwahl eintreten. Das geschriebene Wort kann nicht bestritten werden. Ein Ehrenmann wird sich nicht weigern, eine schriftliche Erklärung abzugeben. Den Punkt f der Forderungen können wir streichen. Wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter wie Schippel schon Bedenken über unsere Steuerpolitik hegt, können wir ein solches Verlangen nicht an einen gegnerischen Kandidaten richten. Auch der Ausdruck „linksstehende“ Parteien, den einzufügen vorgeschlagen wurde, ist nicht glücklich. Das Zentrum steht in einigen Fragen rechts, in anderen links. Ich bitte Sie, die Resolution Bebel mit meinem Zusatzantrag anzunehmen.

Zubeil: Mit der Resolution Bebel kann man sich einverstanden erklären; aber es muß mit aufgenommen werden, daß nämlich die gegnerischen Kandidaten, die wir bei der Stichwahl unterliegen, sich gegen jede Verweigerung des Heeres und der Marine erklären. Ob schriftlich oder mündlich, ist gleich. Die Gegner halten doch nicht, was sie versprechen. (Sehr richtig!) Der Standpunkt, den Genosse Schippel gestern hier vertreten hat, wird wohl nicht von vielen Delegirten gebilligt werden. (Lebhafter Beifall.) Mit dieser Argumentation werden wir uns sehr schwer gegen eine Plottenvermehrung erklären können. (Sehr richtig!) In den heutigen Morgenblättern und in der „Kölnischen Zeitung“ wird aus einandergelegt, daß die Flotte vermehrt werden müsse, um unsere Ostseeküste zu schützen, die in ihrer langen Ausdehnung vom Landwehr nicht gedeckt werden könne. Nach den Ausführungen Schippel's müßten wir Sozialdemokraten für die Vermehrung der Flotte eintreten, denn es wäre ja, wenn seine Ansicht richtig wäre, auch unsere Pflicht, nicht nur unsere Soldaten, sondern auch die zurückbleibenden alten Männer, Frauen und Kinder im Kriegsfalle nicht ohne Schutz zu lassen. Sicherlich kommt auch eine Vermehrung des Landheeres. Zu die Armeekorpsorganisation passen die neuen Regimenter mit zwei Bataillonen gar nicht hinein, sie werden bald in Regimenter mit drei Bataillonen verpackt werden. Allen diesen Ver suchen gegenüber muß sich unser ganzes Handeln und Agitiren gegen die Vermehrung des Heeres und der Flotte richten. (Zustimmung.)

Der Antrag 41 ist berechtigt. Für die Agitation ist es nicht förderlich, wenn in gemischt sprachlichen Gegenden Agitatoren

geschickt werden, die nur einer Sprache mächtig sind. Es ist nicht angenehm, wenn die Redner in polnischer Sprache die Masse begeistern und man erfährt: nur Stückweise und ungenügend von einem daneben sitzenden polnischen Genossen, was sie eigentlich gesagt. Ein Kandidat in diesen Bezirken muß beide Sprachen beherrschen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß ich eine preussische, hamburgische, polnische oder mecklenburgische Sozialdemokratie will, aber auf dem Grunde finden doch auch diejenigen unserer Agitatoren, die plattdeutsch sprechen können, mehr Anklang als wir Berliner, die wir nur hochdeutsch sprechen. (Weiterkeit.)

Moswalski-Berlin: Die Hauptsache hat Genosse Liebkecht bereits gesagt. Pfannkuch und Winter haben behauptet, wir Polen hätten die Vereinbarung nicht gehalten und das Wort gebrochen. Eine Vereinbarung hat nie stattgefunden, aber es war eine Vereinbarung wie die des Schafes mit dem Wolf. Gerich, Pfannkuch und Förster hatten mit uns eine Besprechung, und theilten uns ohne weiteres mit, der and der Kandidat ist aufgestellt; den müßt Ihr ablehnen, ob Ihr nun wollt oder nicht. Wir machten Einwendungen; es ging doch nicht an, einen Kandidaten zu empfehlen, den die Wähler gar nicht verstehen. Es wurde uns erwidert, es ginge nicht anders; wenn wir nicht wollten, sollten wir thun, was wir nicht lassen könnten. Genosse Verfus meinte: Wenn Sie uns den Revolver auf die Brust setzen, dann müssen wir uns fügen. Ich hob den demokratischen Standpunkt hervor: die Wähler müßten doch wenigstens befragt werden. Da wurde uns direkt empfohlen, daß mehr germanisirt werden müsse. Ein polnischer Genosse rief: Wir sind aber Polen, da wurde uns von Gerich zugerufen: Dann seid Ihr keine Sozialdemokraten, wenn Ihr Polen seid. Wir waren ganz sprachlos, als wir das hörten. Seit 25 Jahren haben wir doch Schulter an Schulter mit den deutschen Genossen gekämpft und den Standpunkt der Internationalität nie verlassen. Da blieb äußerlich nichts anderes mehr übrig, als den Antrag 41 zu stellen. Mag der Parteitag nun entscheiden, ob wir uns Kandidaten ostrogiren lassen müssen, die sich mit ihren Wählern nicht verständigen können.

Der Streit mit Genossen Winter datirt seit Pfingsten. Den Anlaß gab der Widerspruch, den Genosse Legien in der österreichischen Generalkommission der Gewerkschaften gegen den Antrag erhoben hat, daß der Sekretär der Kommission deutsch und tschechisch verstehen müsse. Die polnische Presse hat sich der Sache bemächtigt und uns Schwereigkeiten bereitet. Wir erwiderten, daß sei nur die persönliche Ansicht eines einzelnen Genossen, nicht die der deutschen Sozialdemokratie. Winter ist nun nach Oberschlesien gegangen und hat in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ uns eine Marschroute geben wollen. Er hat die polnische Sprache nur als ein Mittel bezeichnet, die polnischen Genossen über den Sozialismus aufzuklären. In einem Briefe (den Redner Stellenweise verliest) hat er sich für die Germanisation Oberschlesiens erklärt, die durch wirtschaftliche Ursachen veranlaßt werde. Wir haben ihn darauf hin zu den Palastinen geworfen, aber für einen Spitzel haben wir ihn nicht erklärt. (Winter: Ja wohl!)

Es läßt ein von Zubeil und Genossen unterzeichnetes Amendement zur Resolution Bebel ein, das als Forderung an gegnerische Kandidaten verlangt, daß sie sich erklären „gegen jede Verweigerung des stehenden Heeres und der Marine.“

Lesche macht darauf aufmerksam, daß dieser Antrag sich mit dem Amendement Rosenstein decke und deshalb vielleicht zurückgezogen werden könne.

Mittag-Halle: Den Antrag 41 halte ich für überflüssig. Es muß doch jedem Wahlkreise überlassen werden, welchen Kandidaten er aufstellen will; wozu also erst den Parteitag damit befragen? Die Flugblätterfabrik in Berlin, von der aus bei den letzten Wahlen die Wahlkreise versorgt wurden, hat sich nicht recht bewährt, die Verhältnisse in den einzelnen Kreisen sind doch verschieden, nach einem Schema dürfen die Flugblätter also nicht angefertigt werden, sonst schaden sie mehr als sie nützen. Die Resolution Bebel muß notwendigerweise durch die Erklärung gegen jede weitere Heeres- und Marinebewilligungen ergänzt werden. Das ist um so notwendiger nach den gestrigen Ausführungen des Genossen Schippel. Wo unsere Parole ist: diesem System keinen Raum und keinen Groschen, da kommt der Genosse Schippel und ist sogar für Kanonen zu haben; so habe ich ihn wenigstens verstanden. Wir haben mit dem stehenden Heer gar nichts zu thun; was Schippel da gesagt hat, war nur ein Spiel mit Worten. Von Schippel hat mich seine gestrige Haltung ganz besonders gewundert, da ich ihn doch früher zu meiner Freude auf der linken Seite der Partei gefunden habe; er hatte einen frischen Zug in die Berliner Volks-Tribüne gebracht.

Peus: Auch ich halte die bevorstehenden Reichstagswahlen für wichtiger als alle, die wir hinter uns haben. Wir haben durch den Ausfall der Wahlen dafür zu sorgen, daß die Staatsfremde gelähmt ein für alle Mal vor dem Willen des Volkes gestehen und daß die soziale Reform angebahnt wird. Heute werden wir ganz mit recht so regiert, wie wir es verdienen, denn von 397 Abgeordneten sind erst 43 Sozialdemokraten. Sorgen wir, daß wir mehr werden und die Opposition überhaupt so ausfällt, daß die Regierung sich nicht mehr auf den Willen des Volkes berufen kann. —

Wenn der Standpunkt Schippel's, den er wohl etwas unüberlegt vorgetragen hat, richtig sein sollte, hätten wir dann ein Recht gehabt, gegen jenen 45 Millionen-Kredit für Kanonen zu stimmen? Das gegenwärtige System braucht den Krieg; wir sind prinzipiell gegen den Krieg. Wir wollen den vollen und ganzen Frieden. Wir müssen davon festhalten: fort mit dem Krieg! Fort mit allem, was die moderne wirtschaftliche Entwicklung behindert. Deshalb haben wir nicht dafür zu sorgen, die Soldaten mit Kanonen zu versorgen, damit sie nicht so gefährdet sind, sondern wir haben dafür zu sorgen, daß sie überhaupt nicht mehr dieser Gefahr ausgesetzt sind.

Bei der Agitation müssen wir mehr Gewicht legen auf die positiven Forderungen, die berufen sind, aus der gegenwärtigen Welt das Gebäude einer besseren zu errichten. Der Begriff der Revolution ist im Volke noch nicht mit der nöthigen Klarheit erfährt. Wir dürfen kein großes Gewicht legen auf Versammlungen, die in einem Kreise, in dem noch gar nicht agitiert war, im letzten Augenblick vor der Wahl abgehalten werden, dafür ist aber das wichtigste die Organisation.

Die Resolution Bebel bitte ich, so wie sie von ihm gestellt ist, ohne Zusätze anzunehmen. Den Antrag 90 erliche ich abzulehnen. Gewisse Orte müssen sich mit einer Doppelkandidatur behelfen, wenn sie nicht eine unwirksame Kandidatur aufstellen wollen.

Ein von Besing Bremen gestellter Schlussantrag wird von Freiwaldt-Nieder-Darmen bekämpft. Die Schippel'schen Ausführungen seien noch nicht erledigt. Es müsse von der Fraktion verlangt werden, sich zu erklären, wie sie zu Schippel's Anschauung stehe. (Lebhafter Beifall.)

Der Schlussantrag wird abgelehnt.

Frau Greisenberg: Unser Programm fordert das allgemeine Wahlrecht auch für die Frauen. Seit den letzten Wahlen ist die Agitation dafür aber sehr vernachlässigt worden. Man will dem Proletariat sein wichtiges Wahlrecht noch schmälern; legen wir dem gegenüber auf eine Erweiterung des Wahlrechts Gewicht und sorgen wir dafür, daß die Frauen das Wahlrecht bekommen. Sie wissen, welchen Einfluß die Frauen auf Männer haben. Es ist notwendig, den Frauen vor Augen zu führen, wie notwendig es ist, die männlichen Männer zur Wahlurne heranzuschleppen. Laßt die Frauen nicht mehr so zurück wie bisher.

Schade-Halle: Auf die Sprachenkunde muß man in den polnischen Bezirken das größte Gewicht legen. Die Hauptfolge bei den Wahlen werden durch die persönliche Agitation erzielt, und es ist geradezu unverantwortlich, Genossen in jene Kreise zu schicken, die des Polnischen nicht mächtig sind. Die Aufnahme der Forderung in die Resolution Bebel, gegen jede militärische Bewilligung zu

Rimmen, halte ich für nötig. Doppelkandidaturen müssen unbedingt unterlagert werden; es finden sich in jedem Kreis schon geeignete Kandidaten.

**Vors. Lesche:** Genosse Schippel läßt anfragen, ob der Parteitag damit einverstanden ist, daß ich ihn außer der Reihe zu einer kurzen Berichtigung des Wort ertheile. — Der Parteitag ist damit einverstanden.

**Schippel:** Man hat meine Worte von gestern ganz mißverstanden (Rufe: Aha! und Gelächter). Erlauben Sie mir, das ganz kurz zu begründen. Ich habe gestern ganz kurz hervorgehoben, daß die Fraktion einstimmig gegen die Militärkredite im Reichstag gestimmt hat. Ich selber bin nicht dafür eingetreten, sie zu bewilligen; ich habe auch nicht die Absicht gehabt, hier irgend welche Stimmung für nächste Bewilligungen zu machen. Ich habe es nur als meinen persönlichen Standpunkt hervorgehoben, daß ich es in einer so zweifelhaften Lage nicht für unwürdig gehalten habe, daß in der Fraktion und der Öffentlichkeit kein großes Aufhebens davon gemacht wurde. Ich habe einfach die Sachlage geschildert, wie sie liegt. Die Soldaten sind bewilligt, die Formationen und alles ist bewilligt; wir können das nicht ändern, wir haben es nicht in unseren Händen. Gewiß, die heutige Regierung lebt vom Kriege, wir müssen also mit der Möglichkeit eines Krieges rechnen. Da habe ich denn doch gesagt, daß ich das Gefühl habe, ist man in einer solchen Lage, kann man die Kriege nicht verhindern, da kann man doch nicht unseren Soldaten schlechte Plünnen, schlechte Kanonen geben (Gelächter und Unruhe). Weiter habe ich nichts gesagt, ich habe nur gesagt, daß unsere Situation nicht detart ist, daß es erforderlich wäre, diese Frage besonders zu betonen und großes Aufhebens davon zu machen. Der Parteitag kann man daraus keinen Vorwurf machen. Wenn das militärische System zu einem Kriege treibt, den wir nicht verhindern können, wenn wir eine Niederlage erleiden, und wenn dann das Blut unserer deutschen Arbeiterklasse doppelt geflossen ist, ich glaube, wir alle würden dann der Regierung den Vorwurf gemacht haben, daß sie nicht zur rechten Zeit eingegriffen hat. (Gelächter.) Ich bitte also streng zu unterscheiden: die Fraktion hat dagegen gestimmt, sie hat gegen die erste Rate gestimmt und wird gegen die künftigen Raten stimmen. Ich habe nur hervorgehoben, daß es richtig war, kein Aufheben in der Öffentlichkeit zu machen.

**Meyer-Berlin:** Wohl keiner verkennt die Wichtigkeit der kommenden Reichstagswahlen. Daher ist die Vorlegung von Mindestforderungen an die Kandidaten, die wir bei den Stichwahlen unterstützen sollen, überaus notwendig. Ich wünsche auch die Aufnahme der Verpflichtung, gegen Forderungen für Heer und Marine zu stimmen. Eine schriftliche Verpflichtung würde, wenn sie auch ebenso gebrochen werden kann wie eine mündliche, doch einen Werth insofern haben, als man sie jederzeit dem betreffenden unter die Augen halten könnte. Es ist hervorgehoben worden, daß die Gefahr vorliegt, daß uns das Wahlrecht genommen werden und wir genötigt sein könnten, es erst wieder durch die gewerkschaftliche Bewegung zu erkämpfen, daß also das Hauptgewicht auf die gewerkschaftliche Organisation gelegt werden müsse. Die gewerkschaftliche Bewegung ist doch nur dann von wirklichem Nutzen, wenn dafür gesorgt wird, daß die Erfolge der gewerkschaftlichen Kämpfe durch die Gesetzgebung festgelegt werden. Dazu ist aber der politische Kampf und die politische Organisation die Hauptaufgabe.

**Sindermann-Dresden:** Ich bitte Sie, den Antrag wegen der Doppelkandidaturen anzunehmen, sie müssen auf jeden Fall vermindert werden. Die Resolution Bebel reicht völlig aus. Die Parvus'schen Anträge sind vollkommen überflüssig. Der Parteitag ist nicht dazu da, nach dem Taktisch eines einzelnen Schulmeisters zu tanzen. Da geht der Ehrgiz so weit, daß man die ganze Partei leiten möchte. Aber in der Schreibstube nehmen sich die Dinge anders aus, als draußen bei der Agitation. Die Parvus'schen Anträge sind gar nicht neu. Schon seit 20 Jahren werden sie von unserer Fraktion gefordert. (Sehr richtig!)

Schippel hat sich mit seiner zweiten Ausdrucksform gewaltig hineingeritten. Wir können doch nicht deswegen neue Kanonen bewilligen, weil Soldaten existieren, sonst müßte die Fraktion regelmäßig, wenn neue Waffen erfinden werden, ihre Einführung in der deutschen Armee verlangen. Soweit treibt man es, wenn man eine derartige Taktik empfiehlt. Wir müssen dagegen protestieren (sehr richtig!), sonst können wir das Schimpfpiel erleben, daß die Klassenbewußte Arbeiterklasse kein Vertrauen mehr zur Sozialdemokratie hat, weil wir unseren ganzen revolutionären Charakter verlieren. (Lebhafter Beifall.)

**Auer:** Es ist vorhin das Wort gefallen, daß mit Schippel Abrechnung gehalten werden muß, und der letzte Redner hat sich in ähnlicher Sinne ausgedrückt. Da fühle ich mich verpflichtet, offen und frei zu erklären, daß wenn wegen der Neuherung, die Schippel gethan hat — ob er sich geschickt ausgedrückt hat, ist eine andere Frage —, wenn aber wegen dessen, was Schippel gemeint hat und nur meinen konnte, Abrechnung gehalten werden soll, daß dann nicht mit ihm allein, sondern mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen und zwar mit Parteigenossen wie Bebel und Liebknecht und auch mit meiner Person Abrechnung gehalten werden muß. (Hört! hört!) Ich glaube, Sie befinden sich in einem Mißverständnis, mag sein, weil Schippel nicht das richtige Wort gefunden hat. Der letzte Redner spricht davon, daß Schippel die Kanonen bewilligt hat und daß er die Schießprügel bewilligen will. Wo hat Schippel auch nur mit einem Wort das gesagt. Er hat ausdrücklich erklärt, auch wieder in seiner letzten Rede: Wir haben es abgelehnt, weil wir grundsätzliche Gegner des Systems sind, aber wir haben nicht geglaubt, daß diese Frage der Bewilligung, die sich in der wahnsinnigen Entwicklung, die der Militarismus unter den europäischen Kulturstaaten angenommen hat, notwendig macht seitens der Vertreter dieses Systems, zu denen wir nicht gehören — wir haben es nicht geglaubt, daß diese Angelegenheit eine solche sei, bei der eine besondere Agitation gegen die Kanonen — wohl verstanden, nicht gegen das System — angebracht sei. Man kann diese seitens des Militarismus für notwendig erachtete Ausgabe von hundert von Millionen für neue Kanonen gewiß zur Kennzeichnung des Wahnsinns dieses Systems benutzen, man kann den Militarismus an diesem Beispiel aufs neue verurteilen und kann sich doch vielleicht der Thatsache nicht entschlagen, daß diejenigen, die einmal für den Militarismus eintreten und unter den heutigen Verhältnissen die Verantwortung tragen, diese Summe bewilligen müssen. Wir sind dagegen, weil wir grundsätzliche Gegner des Militarismus sind. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß es angebracht war, um die Kanonen willen eine besondere Agitation zu entfalten. Das hat Schippel sagen wollen, das hat er nur sagen können. Und ist denn dieser Standpunkt so neu in der Partei? Ich habe vorhin Bebel und Liebknecht genannt. Erinnern Sie sich an die Verhandlungen des Parteitages in Halle, wo seitens des Führers der Unabhängigen unserem Genossen Bebel genau derselbe Vorwurf gemacht wurde; und was hat Bebel darauf geantwortet? Es ist notwendig, daß daran erinnert wird. Er sagte nach dem Protokoll:

„Wenn Ihr aber einmal diese stehenden Heere für notwendig haltet, dann trefft wenigstens Einrichtungen, daß der aus den ungeborenen Verbesserungen in der Technik der Kriegführung entspringenden Masseninschlachtung nach Möglichkeit gesteuert wird. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei der Anwendung des rauchlosen Pulvers und der gegen früher ungeheuren, gesteigerten Treffsicherheit der Gewehre, die jetzigen Apparaten mit ihren blühenden Metallköpfen und grellen Farben ein geradezu Verderben bringendes Zielobjekt für die Feinde seien. Müßten sich unsere Brüder, Söhne und Väter schon einmal auf das Schlachtfeld schleppen lassen, dann würde man sie wenigstens so, daß sie nicht geradezu das Auge des feindlichen Schützen herausfordern. Und nun frage ich Euch alle, die Ihr verpflichtet seid, gegen den auswärtigen Feind die Waffen zu tragen: als Linien Soldaten, Reservisten, Landwehrmänner oder Landsturm, wenn ich verbunden will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine bequeme Unterscheidung für die Feinde werdet, habe ich damit irgend etwas gethan, was vom Parteistandpunkt aus verwerflich wäre? (Rufe: nein!) Wenn ich aber weiter erklärte, ich bin bereit, die Mittel für weniger sichtbare Uniformstücke zu bewilligen, dann habe ich damit nichts weiter gethan, als meine

Bereitswilligkeit ausgedrückt, dafür zu sorgen, daß im nächsten Kriege nicht Zehntausende unserer eigenen Genossen durch die Ungeschicklichkeit unserer Militärverwaltung zwecks auf die Schlachtfelder geführt werden. Ich habe die Genehmigung gehabt, daß jetzt nach den Mandatieren in allen Zeitungen und Militärblättern diese Frage erörtert wird. Es wird da ausgeführt, daß es mit der bisherigen farbenschillernden Monstranz nicht mehr geht, wenn unsere Soldaten vor der massenhaften Hinrichtung bewahrt bleiben sollen. Nie in meinem Leben habe ich in einer Frage ein besseres Gewissen gehabt, wie in dieser.

Und diese Worte erklares sich des lebhaften Beifalls der Delegierten. Wenn Bebel sagt, er sei bereit, die Mittel zu bewilligen, um unsere Brüder davon zu schützen, daß sie den freundlichen Geschoßen als Zielobjekt schon durch ihre äußere Erscheinung dienen, ist das in der Sache nicht schließlich dasselbe? (Rufe: Nein! nein!) Selbstverständlich ist es für Sie nicht dasselbe. Das weiß ich, deshalb habe ich ja gerade diese Frage aufgeworfen. Wenn das für Sie nicht dasselbe ist, dann können Sie ja auch die Soldaten mit Stücken ausgerüstet im Feld schicken. (Widerpruch.) Wir sind prinzipielle Gegner des Krieges, wir können ihn aber nicht verhindern, wir müssen mit der Eventualität rechnen, daß es gegen unseren Willen zum Kriege kommt. Zum entscheidenden Punkt unseres Angriffs auf den Militarismus können wir diese Angelegenheit nicht machen, das ist nicht der Punkt, wo die Agitation einsetzen kann. Sollen wir uns in der nächsten Session, wo diese Frage zur Entscheidung kommt, etwa auch dagegen wehren, daß unsere Soldaten warmes Abendbrot bekommen, was ja mit einer Vermehrung des Militärbudgets verbunden ist?

Aber weiter, wir sind Gegner des Krieges, und doch haben unsere Führer auch mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet und öffentliche Erklärungen abgegeben. Es läßt sich allerdings eine Möglichkeit denken, in der wir auch für den Krieg eintreten und ihn für absolut notwendig halten. (Sehr richtig!) Ich erinnere mich an die Neuherungen von Bebel und Liebknecht im Reichstage über die Möglichkeit, daß es dazu kommen kann, gegen den Feind aus dem Osten, gegen die Barbaren, gegen den russischen Jarmus und seine Eroberungsgelüste in den Krieg einzutreten. Diese Erklärungen wurden abgegeben unter dem Beifallsturm der gesamten Fraktion. Wollen Sie denn, daß dieser Krieg eventuell geführt werden soll mit Kanonen, die von allen übrigen Staaten, Rußland mit eingeschlossen, längst überholt sind?

Eine ungemein interessante Erklärung bot in dieser Beziehung Liebknecht schon 1888 auf dem Nürnberger Arbeiterkongress. Er sagte da:

„Guter der Fortredner“ — es war der alte Labendorff — „hat für die allgemeine Entwaffnung gesprochen. Auch ich bin dafür. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Verletzung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Zertrümmerung Rußlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelpaar das noch Westen gelehrte Haupt abgeschlagen; haben wir an Polen die Verdächnen unserer Feinde, namentlich des treulosen und unheimlichen unter ihnen, Friedrichs des — Großen, wie die Geschichtsbücher ihn nennen, geführt, ist der Despotismus aus seinem letzten Schlaftrunkel vertrieben, dann, aber auch erst dann können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: „Jeder Bürger Soldat, jeder Soldat Bürger!“

Ja wohl, Parteigenossen, auch wir verlangen Waffen. Wird das Militärsystem eingeführt, so müssen wir doch auch Waffen haben. Ueberleben wir also die Dinge ruhig, verkehren wir nicht den Standpunkt und unterstützen wir Schippel nicht etwas, was er nicht gesagt hat. Schippel hat ausdrücklich den prinzipiellen Standpunkt festgehalten, daß wir als grundsätzliche Gegner des Militarismus und der heute herrschenden Staatsgewalt nichts bewilligen können. Wenn Sie diesen festhalten und sich die Sache richtig überlegen, so habe ich nicht die geringste Furcht, wie die in Aussicht gestellte Abrechnung ausfallen wird. (Beifall und lebhafter Widerspruch.)

Ulrich-Baum-Eberfeld verachtet auf Wort.

Färber-Stammschweig erklärt sich gegen die Annahme desjenigen Amendements von Bebel'schen Resolution, das von den Gegnern, die bei der Stichwahl auf die Stimmen der Sozialdemokraten rechnen, das Eintreten für die Arbeiterklasse-Gesetzgebung verlangt. Die nächsten Wahlen stehen unter dem Zeichen der Auseinandersetzung zwischen Konstitutionalismus und Absolutismus. Sollen wir bei einer eventuellen Stichwahl zwischen dem Manchestermann Richter und einem Reaktionsär durch Stimmenthaltung für die Wahl des letzteren unschuldig werden, weil Richter sich nicht verpflichtet würde, für die Arbeiterklasse-Gesetzgebung einzutreten?

Wenigheiser-Hamburg bittet, bei der Landagitation nicht durch unvorsichtige Neuherungen über Religion jahrelange Arbeit zu zerföhren und die Leute auf einander zu hetzen, wie es eine Hamburger Genossin in Schleswig-Holstein gethan hat.

Rabenstein-Watzen: Wo entscheidender Bedeutung für den Anfall der nächsten Wahlen wird das Verhalten unserer Reichstagsfraktion in der nächsten Session sein. Wir haben ja nun allerdings keinen Grund, irgendwie mit unserem Vertrauen zu der Fraktion zurückzuhalten. Ich möchte aber doch bitten, daß in den nächsten Monaten gerade die prinzipiellen Fragen, auch die uns von der bürgerlichen Opposition scheiden, in den Vordergrund zu stellen. Es wird das Schlagwort ausgegeben, es handele sich um eine Abrechnung zwischen Konstitutionalismus und Absolutismus. Es handelt sich um viel mehr. Wir wissen, daß die, die jetzt unzufrieden sind, im entscheidenden Augenblick doch für den Absolutismus und alle diese Dinge zu haben sein werden. Darum dürfen wir uns um sie nicht kümmern. Wir haben es ja erlebt: unsere österreichischen Genossen, eine kleine Fraktion, hat in der Frage des Wahlrechts sehr bald die Führung übernommen. In einer Frage von so entscheidender Wichtigkeit, wie der des Vereinsgesetzes, haben wir es dagegen erlebt, daß wir hinter der Front zurückgeblieben sind, daß die führende Stellung zweifellos Eugen Richter, Liebknecht, Bebel, Volmar, Auer haben sich zurückgehalten, und Singer, der hat die Sache vertreten, wie man es in einer gewöhnlichen Versammlung thut, mit einer guten Versammlungsrede will ich sagen, mit der Routine eines geübten Parlamentariers, nicht aber von großen Gesichtspunkten aus, wie sie der Sozialdemokratie würdig sind. Diese großen Gesichtspunkte möchte ich Ihnen empfehlen. Und für die Frage der Wahlagitation möchte ich auf die Wichtigkeit hinweisen, den Angriff gegen das System zu richten. Es wird von dem Versprechen Hohenlohe's gesprochen.

Vorsitzender Lesche: Punkt 2 der Tagesordnung steht nicht mehr zur Berathung. Wir sind bei den Reichstagswahlen.

Rabenstein: Es muß bei der Wahlagitation betont werden, daß es sich nicht bloß um ein Versprechen des Reichskanzlers handelt, sondern um das Versprechen der Fürsten. Ich finde es auch nicht richtig, daß Bebel in seiner Rede über den Majestätsbeleidigungsparagraphen, als ihn der Präsident unterdrückte, erklärte, er hätte ja keinen Namen genannt. Eugen Richter hätte das nicht gethan. Und was den Staatsstreich betrifft, so ist unsere Stellung, daß, wer die Gewehre verlegt, außerhalb des Gesetzes steht, daß, wer den Staatsstreich will, vogelfrei ist. Dieser Standpunkt muß festgehalten werden.

Die Annahme meines Antrages zur Resolution Bebel ist notwendig; wie er hineingesetzt wird, will ich gern Bebel überlassen. Die Resolution scheint mir auf die Herren von Preßburg zugehört zu sein. Die sind aber nicht nur wackere Manchestermänner, sie sind außerdem sehr auf unsere Unterstützung angewiesen. In der Frage der Herabsetzung der Steuern müssen wir die Kandidaten der bürgerlichen Oppositionsparteien und ich möchte fast auch sagen, unsere Abgeordneten (Heiterkeit) festlegen. Die Auffassung Auer's führt in ihrer Konsequenz nicht dazu, daß wir ablehnen, sondern daß wir bewilligen. (Sehr wahr!) Wenn Auer einen Ausspruch von Liebknecht von vor 20 Jahren zitiert hat, so wird Liebknecht, den ich verehere,

es mir nicht veräbeln, wenn ich sage, daß was etwas revolutionäre Romantik von 48; da glaubte man noch an eine derartige Kriegsführung. Wenn wir erst das Militärsystem haben, dann können wir das machen; jetzt stehen andere Forderungen im Vordergrund. Wir haben mit dem heutigen Militärsystem nichts zu thun. (Lebhafter Beifall.) Der Krieg, ob er gegen Frankreich, ob er gegen Rußland geführt wird, er richtet sich in letzter Linie gegen das arbeitende Volk (lebhafter Beifall), und dem müssen wir entgegenzutreten. Wer die Aktionsfähigkeit der Armee stärkt, stärkt den Kampf gegen das Proletariat, und das müssen wir ablehnen.

Nun die Polendebatte. Da sage ich: Wir wollen keinen national-polnischen Sozialismus, aber auch keinen national-deutschen Sozialismus, wie ihn Piannuch vertreten hat. (Beifall.)

Wir müssen unsere Kraft das nächste Mal zusammenschließen wie noch nie. Wir müssen die bürgerliche Opposition schärfen, sie ins Feuer nehmen wie noch nie. Die Majorität werden wir ja nicht bekommen, auch nicht mit der bürgerlichen Opposition. Aber worauf es ankommt, ist, daß wir feststehen wie die Mauern; dann werden wir der Sturm sein, der die Herren hinwegbläst. (Lebhafter Beifall.)

Hoffmann-Berlin: Ich habe, obwohl niemand über meine Stellung zur Religion im Zweifel ist, in einem Vorbeigange große Erfolge gehabt. Es kommt eben auf die Geschicklichkeit an. Antrag 90 bitte ich anzunehmen. Wir haben nicht zu wenig, sondern zu viel Kandidaten, daher die vielen Streitsigkeiten. Ein Kreis bleibt so lange ausfallslos, als nur ein Kandidat aufgestellt wird. Haben dann die einfachen Genossen gearbeitet und den Kreis so weit gebracht, daß ein sozialdemokratischer Kandidat Ausschick hat, dann kommen die Herren Doktoren und Akademiker und übernehmen die Kandidatur. (Heiterkeit.) Ich habe nichts gegen sie, ich heiße sie herzlich willkommen, aber es sollen ihnen Kreise übergeben werden, die sie selber erst erobern sollen, nicht daß wir ihnen ein fertig gemachtes Blatt übergeben und zu ihnen sagen: Nun sei so gut und leg Dich hinein. (Große Heiterkeit.) Glauben Sie mir, ich spreche im Sinne der großen Masse, wenn ich das fordere. Auer hat meine Worte über die Abrechnung mit Schippel sehr trübselig genommen. Mit einem Standpunkte, wie den des Genossen Schippel, werden Sie wenig Anhänger finden. (Sehr richtig!) Auer hat mit anderen Worten, bloß geschickter, dasselbe wie Schippel gesagt. Auer — der war schlauer (Heiterkeit), aber im Grunde sagt er dasselbe. Wir können vom Standpunkte Schippel's aus auch den akerischen Plottenplänen nicht widersprechen, denn es sind ja auch Marinesoldaten da, die auf neuen Schiffen besser geschützt sind, als auf alten. So läßt sich eben alles motivieren! (Sehr richtig!) Da kann man auch sagen: die Fraktion muß für das Budget stimmen (Widerpruch), denn der Staat hat ja eine Menge Beamten, und die dürfen wir doch nicht hungern lassen. Dazu kommt noch eins: Schippel hat sich unter Umständen auch für die Erhaltung der Schutzzölle gegen ein anderes Schutzzollland ausgesprochen. Auf dieser schiefen Ebene rutschen wir immer mehr hinab. Durch solche Dinge erhalten nur die Elemente neue Nahrung, die die Massen von der Auslosigkeit des Parlamentarismus überzeugen wollen. Vergewaltigen Sie sich, wie Genosse Schippel früher war und wie er heute da sieht. Als er in die Fraktion kam, da dachten die Genossen, daß er Kugel unter den Schuhen und Eisen unter den Nägeln haben würde. (Heiterkeit.) Jetzt aber geht er in Lederschuhen herum (Große Heiterkeit), während andere, wenn sie auch nicht radikal sind, doch wenigstens noch in guten Kals- und Kniesleder-Stiefeln auftreten. (Heiterkeit.) Schippel, der früher so radikal war, daß er vor der Gefahr stand, zu den Unabhängigen gerechnet zu werden, hat sich in einer Weise entwickelt, daß ich wohl im Sinne der meisten Berliner sagen kann: Mag, mir graut vor Dir! (Große Heiterkeit und Beifall.)

Stücklen-Hof: Unsere Führer, die im Parlament sitzen, sollen bei ihren Reden etwas vorsichtiger sein. Bei jeder Wahl wird uns der von Bebel zitierte Vers vorgehalten: „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spahen“. Das schadet uns namentlich bei den Bauern. Wenn wir dann noch wenigstens hinzusetzen: „bis daß die Schoten plagen“, und ihnen sagen, daß nur des Heimes wegen das Wort „Spahen“ gewählt ist, so geht es noch an. (Heiterkeit.) Für die Agitation auf dem Lande sind nur solche Genossen geeignet, die mit dem Bauer selbst leben und mit ihm denken und fühlen. Der Antrag betr. die Doppelkandidaturen geht nicht an, Sie haben ja gefahren gehört, daß Bebel in Wehlar aufgestellt ist, er hat also schon eine Doppelkandidatur. Die Genossen in Wehlar würden ja auch einen anderen Kandidaten finden, aber sie sagen sich, Bebel erhält mehr Stimmen als ein unbekannter Mensch. Allerdings in Wahlkreisen, die sicher sind, sollten wir von Doppelkandidaturen absehen, um eine Nachwahl zu vermeiden. Es heißt, wir haben genug Kandidaten für alle Kreise. Das haben die Berliner gesagt, die würden uns schon Kandidaten für ganz Deutschland schicken, aber die Berliner Kandidaten sind auch danach. (Heiterkeit.) Wir in Bayern würden uns schon bedanken, wenn man uns einen Berliner anholonieren wollte. Zubeil ist der erste Berliner, der beschiden aufgetreten ist; den sollte man eigentlich ins Panoptikum schicken. (Heiterkeit.) Für die überzeugten Genossen bleibt es sich gleich, wer aufgestellt ist, sie geben dem Sozialdemokraten ihre Stimme. Aber wir dürfen nicht allein auf die Stimmen der Genossen rechnen, sondern auch auf die der Massen. Die Ausführungen Auer's in bezug auf die Taktik kann ich ganz unterschreiben, und der größte Theil der Genossen Deutschlands ist wohl damit einverstanden. (Widerpruch.) Von den vorliegenden Anträgen bitte ich den die Doppelkandidaturen betreffenden abzulehnen, den, der die Herabgabe einer Agitationsbroschüre für die Reichstagswahlen beabichtigt, bitte ich anzunehmen. (Beifall.)

Lesche fragt den Parteitag, ob jetzt die Debatte geschlossen und dem Referenten das Schlusswort ertheilt werden soll, damit dieser Punkt der Tagesordnung noch vor der Mittagspause erledigt werden kann.

Die Abstimmung über diesen Vorschlag bleibt zweifelhaft, es wird also in der Diskussion fortgefahren.

Hengsbach-Rain: Ich kann mich unter keinen Umständen auf den Standpunkt Auer's und Schippel's stellen. Diese geistige Manierung bilige ich nicht, und ich hoffe, daß das Gros der Genossen sich dem anschließt. (Sehr richtig!) Der Vergleich mit der Bebel'schen Rede in Halle trifft nicht zu, denn dort hat sich Bebel für einen Antrag ausgesprochen, der die Militäraufgaben vermindert, hier aber handelt es sich um eine Vermehrung der Ausgaben. (Sehr richtig!) Diesem System keinen Mann und keinen Groschen! Wenn wir diesen verbesserten Mordwaffen das Wort reden, so erkennen wir damit ihre Berechtigung an und vergessen, daß sich die Waffen auch gegen unsere Brüder im französischen Waffenrock richten können. Wo bleibt da die internationale Arbeiterpartei? Das warme Abendbrot für die Soldaten ist doch etwas ganz anderes, das können wir bewilligen, aber nicht die Kanonen. Von den vorliegenden Amendements stimme ich dem Rabenstein'schen zu. Besonders vorsichtig brauchen wir in unseren Redereien bei der Agitation nicht zu sein, wir sollen uns einfach an das Programm halten und das, was wir fordern, klar und offen vertreten, auch in bezug auf die Religion.

Dr. Winter-Rönigsbütte erklärt sich gegen den Antrag betr. die politische Kandidaturfrage. Kubin in Langenbielau wollte einen Bergarbeiter nach Oberschlesien geschickt wissen, weil die Polen zu sehr nationalpolnische Tendenzen verfolgten. Ich wollte Oberschlesien selbst entscheiden lassen. Das Sachse in zwei Kreisen aufgestellt war, war ein Fehler, die Polen wurden dadurch erbittert. Die Angelegenheit wurde in Berlin beigelegt, dann aber neu aufgeführt. Nicht allgemeine politische Gesichtspunkte, wie Liebknecht es will, haben zu entscheiden, sondern die Verhältnisse Oberschlesiens. Es liegt keine Nothwendigkeit vor, politisch bei der Agitation zu reden, da die Polen deutsch verstehen. Die wirtschaftliche Germanisierung ist thätlich etwas Gutes, alle Deutschen, die als thätigere Arbeiter hinkommen und auch die Polen, die weiter kommen wollen, stehen thätlich auf unserem Standpunkte: Zu

dieser Beziehung hat auch Rosa Luxemburg in der „Neuen Zeit“ völlig recht; wir wären für einen polnischen Kandidaten, wenn wir eine geeignete Person hätten.

Folgende Resolution läuft ein:  
Resolution der Genossen Sindermann, Dresden, Reichelt, Dresden, F. Stelzner, Dresden, A. Dreyer, Dresden-Altstadt, Ernst Nischke, Großenhain, H. Baerer, B. Wilm, H. Müller, E. Beschling, Eisinger, J. Heine, F. Abel, G. Krüger, H. Steinbach, Lohmann, Sohn, G. Weber, W. Ammes, F. Harber, P. Jäger, A. Eichhorn:  
Der im Oktober 1897 in Hamburg tagende Sozialdemokratische Parteitag protestiert gegen die, anlässlich der Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion, von dem Genossen Schippel ausgesprochene Auffassung, daß sozialdemokratische Abgeordnete im deutschen Reichstage aus irgend welchen Gründen, entgegen aller bisher von der Fraktion befolgten Taktik für Bewilligung von Geldern zu militärischen Zwecken ihre Stimme abgeben dürften.

In anbetragt, daß die Regierung jede Mehrforderung stich und ständig mit dem Argument „des notwendigen Schutzes der nationalen Wehrkraft“ motiviert, legt der Parteitag entschieden Verwahrung dagegen ein, daß sich die Fraktion von der bedingungslosen Ablehnung des Militäretats abdrängen lassen könnte.

Die Ehre der Partei erfordert es, daß der Parteitag klar und bündig sein Veto einlegt gegen eine von diesem bisher in Wort und Schrift durch die Gesamtpartei vertretenen prinzipiellen Standpunkt abweichende Auffassung des Genossen Schippel.

Liebkecht: Zunächst möchte ich zu dem polnischen Antrag noch einige Worte sagen. Stets hat die Partei die Gleichberechtigung der Polen anerkannt; wo es ging, sind immer in solchen Bezirken Kandidaten aufgestellt worden, die beide Sprachen beherrschen. Ich möchte die polnischen Genossen bitten, angesichts der Stimmung, die sie hier gefunden haben, ihre an sich ja selbstverständliche Forderung zurückzugeben. Wenn wir privatim mitgeteilt ist, von einigen meine Stellung zu den Polen so verstanden ist, als sei da eine prinzipielle Differenz zwischen mir und Mitgliedern des Vorstandes oder der Partei, so habe ich dem mit der größten Schärfe zu widersprechen. Es handelt sich hier um einen konkreten Fall, über ihn ist es zu Differenzen gekommen. Die polnischen Genossen dürfen glauben, daß es kein Mitglied in der Fraktion gibt, das die polnische Nationalität als eine Nationalität zweiter Klasse und die polnischen Genossen als Genossen zweiter Klasse betrachtet. Auch ein Wort von Pfannkuch hat ein Mißverständnis hervorgerufen; auch dieses Wort hatte seine Anwendung auf einen bestimmten Fall und war jedenfalls nicht so zu verstehen, als wolle er die polnischen Genossen als Genossen untergeordneter Art hinstellen. Pfannkuch hat den Ausdruck im Bericht nachher selbst gemildert. Ich wiederhole meine Bitte, den Antrag zurückzugeben.

Und nun zu der Hauptsache. Zu dieser Frage sind wir in eine Debatte über die Taktik gekommen. Ich gebe zu, daß Schippel sich nicht glücklich ausgedrückt hat. Es scheint ja wirklich oder hier eine Stimmung unter vielen Genossen zu sein, als ob sich Schippel für die Bewilligung der Kanonen ausgesprochen hätte, als hätte er gesagt, daß die Fraktion dafür zu stimmen bereit gewesen sei. Das ist nicht der Fall. Die Stellung der Fraktion in bezug auf diese Frage ist ganz genau dieselbe gewesen wie in allen Militärfragen von Anfang an: Absolute Negation, keinen Mann und keinen Groschen! Die Differenz ist dadurch entstanden, daß durch Richter und andere bekannt wurde, daß innerhalb der Budgetkommission vorher bereits Mitteilungen gemacht waren, aber unter dem Siegel der Verschwiegenheit, unter der ehrenrührlichen Verpflichtung, nicht darüber zu sprechen. Ich denke doch, das ist gestern von Bebel so klar gemacht worden, daß kein Mensch erwarten kann, wir hätten unter Bruch des Ehrenworts die Sache an die große Glocke hängen sollen. Aber auf unsere Stellung zum Militarismus hat das gar keinen Einfluß ausgeübt. Wir haben dagegen gestimmt, werden gegen alle Forderungen stimmen und werden gerade in dieser Neubewertung der Artillerie, wie das ja unsere Presse bereits getan hat, eine neue Waffe finden gegen den Militarismus. Wer A sagt, das haben wir hundert Mal im Reichstag gesagt, der muß auch B sagen. Von dem Moment an, wo wir auf dem Boden des lebenden Heeres stehen, müssen Verbesserungen und behändige Vermehrungen stattfinden; und gerade die wirksamste Waffe, die die Sozialdemokratie gegen den Militarismus und die Militärforderungen hat, ist, daß sie immer weiter führen. Wir haben damals im Reichstag ausgesprochen: Schon eher diese Forderung Gesetz geworden ist, haben die Franzosen uns überflügelt. Jetzt hat man neue Kanonen erlunden; eher sie vollständig im deutschen Heere eingeführt sind, hat man wieder neue erlunden. Ebenso ist es mit den Gewehren. Der Scharfsmann vieler Leute richtet sich heute auf die lobenden Erfindungen für das Militär; das liegt im Wesen der Zeit, das können wir nicht ändern. Aber hat denn jemals die Sozialdemokratie derartige Dinge gerechtfertigt? Wir haben stets erklärt, daß ist die Logik des Militarismus, aber diese Logik läßt den Militarismus eben um so viel verdammender erscheinen, je mehr wir uns so energischer, ihn zu bekämpfen. Was hat denn Schippel weiter gesagt? Hat er den Militarismus verheißt? Da muß ich mich mit ihm durchaus solidarisch erklären in bezug auf die ganze damalige Haltung der Fraktion. Wegen eines ungeschickten Ausdrucks soll man ihn doch nicht verdammern. Ich bitte deshalb, die Resolution, die gegen Schippel eingebracht ist, zu verwerfen.

Es ist nun hier über unsere Tätigkeit im Reichstage gesagt worden, daß wir da unter Umständen nicht ganz so kräftig reden wie in Volksversammlungen. Ja, da hat mein Freund Kagenstein vollständig recht, und wenn er in den Reichstag käme und säße dort eine halbe Stunde und hätte sich die Geschäftsordnung angesehen, würde er es ganz genau so machen wie die anderen. Es ist mir ja schon manchmal vorgekommen, daß Genossen, die die Verhältnisse nicht kennen, sagten: a. b., was sind die im Reichstage jahra! Ich erinnere mich da an Rosa, den größten Umstürzler. Die erste Rede, die er hielt, war um eine Wadewanne, darin mußte er seine ganze Geschichte einpacken; niemals hat ein Abgeordneter sich im Reichstag lächerlicher gemacht, als gerade er. Es müssen da eben gewisse Formen beobachtet werden.

Genossen, ich bitte Sie nun, diese ganze Angelegenheit doch fallen zu lassen, hier nicht Worte auf die Goldwaage zu legen, sondern die Thatsachen zu betrachten, und die Thatsache ist, daß Schippel nicht anders gehandelt hat, als die ganze Fraktion, wie sie von Anfang an gehandelt hat und wie sie, so lange wir im Reichstage sind, wird handeln müssen. Man sagt, darin liegt ein Pattieren mit den gegenwärtigen Verhältnissen. Ja, Genossen, warum hat man uns denn in den Reichstag geschickt? Es wäre ganz gut, wenn auf dem nächsten Parteitage die Frage der Taktik, die ich längst erledigt glaubte, wieder ansteht. Im Anfang, als wir noch wenige Anhänger hatten, gingen wir in den Reichstag, die Tribune zur Propagierung zu benutzen. Ja, sehr bald wurden wir auf dem Boden der Praxis gestellt. Wir haben gesehen, daß das Unrecht in der heutigen Gesellschaftsordnung doch etwas mehr ist, als eine Gelegenheit, schöne Reden zu halten. Wir haben gefunden, daß die Hauptsache ist, daß auf dem Boden der Praxis etwas getan wird. Aus den Arbeiterkreisen selbst sind wir aufgefordert worden, bei allen Gelegenheiten durch Amendements, durch eigene Anträge für Verbesserung der augenblicklichen Zustände, der Gesetze einzutreten. Ein solcher Antrag, das Pattieren mit den gegebenen Verhältnissen, ist das Verrath? Ja, was ist denn überhaupt die ganze Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion? Wer verlangt, daß wir uns anders verhalten, der will, daß wir zurückkehren gewissermaßen in die Gierhale, aus der wir vor langer, langer Zeit einmal herausgetreten sind. (Beifall.) Wer nicht will, daß wir eine Partei sind, die in Wollenwäckerheim wohnt und oben vom Mond auf die Dinge der Erde herniedersehend, wer will, daß wir praktisch sind, der muß anerkennen, wir sind keine Partei, die

in der Luft wandelt, wir kämpfen auf der Erde, wir kämpfen mit den Waffen, die wir haben; wir kämpfen nicht mit Phrasen, mit Theorien, sondern mit Argumenten, die wir aus den Verhältnissen schöpfen. Das ist die notwendige Taktik der Partei und unendlich viel revolutionärer als die Taktik der Phrasen. (Beifall.) (Beifall und Unruhe.) Ja, Genossen, wer gar nichts thut, das habe ich schon auf einem früheren Parteitag gesagt, als revolutionäre Phrasen im Mund zu führen, wie der Holländer Nieuwenhuis, der soll uns verdammen; aber wer etwas thut — er mag einen Fehler machen, er mag einen Dieb nicht richtig pariren; aber der Mann steht im Kampf, und das ist etwas mehr, als wenn er schöne Phrasen macht. (Beifall.) Und deshalb bitte ich Sie, unserer Taktik nicht zu widersprechen. Ein Wort Schippel's bringt Sie in Gefahr, seine ganze Tätigkeit liegt vor Ihnen. Lassen Sie diesen Punkt aus der Debatte fallen und verlassen Sie das Gebiet eines Angriffs, der tatsächlich persönlich wird. Denn wenn auch in ungeschickter Form, hat Schippel nur die Taktik nicht nur der sozialdemokratischen Fraktion, sondern der sozialdemokratischen Partei, seit sie als Partei besteht, bestritten. (Beifall und Handklatschen.)

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.  
Zubeil: Süddein hat in seiner unwürdigen bayerischen Art sich so über die Berliner ausgesprochen, daß man sagen muß, er nähert sich seinem berüchtigten, um nicht zu sagen berüchtigten Landmann Sigl immer mehr. (Heiterkeit.)

Pfannkuch: Morawski hat behauptet, der Vorstand hätte den polnischen Genossen die Pistole auf die Brust gelegt und die Verhandlungen seien wie zwischen Wolf und Schaf gewesen. In der Parteileitung hat nie ein Genosse mit Raubthierinstinkten gefessen. (Heiterkeit.) Wir haben zusammengeessen und durchaus kollegial verhandelt und kollegiale Beschlüsse gefaßt.

Frau Steinbach: Ich war nicht anwesend, als Weinheber von der Genossin sprach, die in Schleswig-Polstein durch ihre Angriffe auf die Religion in den Landkreisen mehr verdorben als genützt hätte. Agitation gegen die Religion entspricht durchaus nicht meiner allgemeinen Taktik in Versammlungen. Ich muß also um Beweise bitten.

Weinheber: Die Genossen Bartels und Dienau sind ja hier. Sie sagten mir, die sächsischen Delegierten hätten auf der Provinzialkonferenz einstimmig erklärt, Frau Steinbach solle nicht mehr nach Schleswig-Polstein kommen.

Morawski: Ich habe nur erwähnt, welche Worte in der Zusammenkunft gefallen sind.

Damit enden die persönlichen Bemerkungen.  
Auf Antrag Singer wird die Solinger Angelegenheit vor der Mittagspause noch erledigt.

Namens der Siebener-Kommission erhält Bericht.

Dr. Kronz: Der Siebener-Kommission ist es glücklicherweise leicht geworden, mit der Solinger Angelegenheit fertig zu werden, dank dem Entgegenkommen der Solinger Genossen von beiden Seiten. Ich bitte dies Entgegenkommen nicht gering anzuschlagen, denn die Solinger Genossen waren sich wohl bewußt, daß sie mit der Vertretung derjenigen Resolution, der sie zugestimmt haben, einen schweren Standpunkt zu Hause haben würden. Die Siebener-Kommission beantragt folgende Resolution:

Der Parteitag möge folgendes beschließen: Da der Genosse Schumacher erklärt hat, daß er die Wiedererstattung seiner Kandidatur für die Reichstagswahl ablehnt, beschließt der Parteitag, die Parteileitung zu beauftragen, einen den Solinger Streitigkeiten fernstehenden Kandidaten anzuführen.

Der Parteitag beauftragt die neue Parteileitung, die Verschmelzung der „Bergischen Arbeiterstimme“ und der „Solinger Freien Presse“ sowie die Ueberführung in das Eigentum der Gesamtpartei baldmöglichst in die Wege zu leiten.

Die Anträge 39, 40 und 64 sind hiermit erledigt.

Die Genossen Jäger und Schaal einerseits, Schumacher und Langenberg andererseits erklären, daß sie diesen Beschluß vor ihren Genossen vertreten wollen.

Noch einige kurze Bemerkungen zu der Resolution: Die meisten Genossen werden wissen, daß sich die Parteileitung nur höchst ungern mit der Aufstellung der Kandidaten befaßt. Das ist im allgemeinen Sache der Wahlkreise. Anders liegen die Dinge in Solingen. Hier bedarf es, wenn man ein Wort anwenden darf, das in der Kommission geflossen ist, für den Augenblick der Besorndung, Selbstverständlich soll der Kandidat nicht oktroyiert werden. Es werden Besprechungen mit der einen und der anderen Seite erfolgen, aber das letzte Wort soll die Parteileitung sprechen.

Sie wissen, wie sehr die Parteileitung dagegen eingenommen ist, ein Unternehmen in den Betrieb der Gesamtpartei zu nehmen. Die Siebener-Kommission ist auch erst dazu gekommen, die „Verstaatlichung“ der beiden Solinger Blätter zu empfehlen, als Genossin mitgeteilt hatte, daß der Vorstand einstimmig erklärt habe, nur diese Art des Vorgehens sei möglich. Wir werden also in den sauren Apfel beißen müssen.

Die Schlussklärung ist auf Wunsch der Solinger Genossen hier hingeworfen worden. Es soll dadurch vermieden werden, daß die Solinger Delegierten in der Angelegenheit hier das Wort ergreifen. Es könnten dabei Ausdrücke fallen, die das Friedenswert stören.

Bei dieser Sachlage darf ich wohl bitten, von einer Diskussion überhaupt abzusehen und unseren Antrag möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Genossin giebt die Erklärung ab, daß Genossin Schumacher an der Solinger „Freien Presse“ nicht mehr engagiert sei, als die andere und auch nicht besondere Verbindlichkeiten habe. Die Verbindlichkeiten des Blattes selbst, die bei der späteren Uebernahme in Betracht kommen, sind außerordentlich geringfügiger Natur.

Vorsitzender Lesche: Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. (Beifall.) Die Resolution der Siebener-Kommission wird hierauf einstimmig angenommen. (Braus.)

Lesche: Dem Parteitag ist ein Schreiben des Genossen Halle in Erlau zugegangen, das Beschweden über den Parteivorstand enthält. Nach den Erfindungen, die ich eingelesen habe, hat die Beschweder den Kontrollreuen noch nicht vorgelesen. Der Parteitag hat sich daher mit der Beschweder nicht eher zu befassen, als bis die Kontrollreue entschieden haben.

Der Parteitag stimmt dieser Auffassung zu.

Polener Genossen theilen telegraphisch mit, daß sie mit den Neuierungen Winter's gegen Morawski durchaus einverstanden seien.

Weitere Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.  
Die Mittagspause tritt ein.

### Nachmittags-Sitzung.

3 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Lesche.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet und erhält Frau Steinbach-Hamburg die Erlaubnis, einige Bemerkungen mit bezug auf die Ausführungen von Weinheber in der Vormittags-Sitzung zu machen. Weinheber äußerte aus: Die unqualifizierbaren Angriffe auf meine Agitationsart sind wohl geeignet, in den Augen derjenigen, die mich nicht haben reden hören, den Schein zu erwecken, als ob das Dumme vom Dummen gerade gut genug für mich wäre, oder als ob ich gerade dumm genug wäre. (Heiterkeit.) Dagegen verwehre ich mich aber. Genosse Bartels, auf den sich Weinheber berufen hat, hat mir nun gesagt, es hätten einmal 1893 einige Leute an meinen Ausführungen über die Religion Anstoß genommen. Ich rufe alle die, die mich jemals haben reden hören, als Zeugen dafür an, daß ich über die Religion nicht nur wenige Worte sagte, etwa in dem Sinne: Die Religion ist ein mit der Muttermilch eingegebenes heiliges Gefühl; dies Gefühl denjenigen zu nehmen, denen wir noch keine neue Religion geben können, empfinden wir als eine Noth. Wir sind eine wirtschaftliche und politische Kampfpartei, und deshalb erklären wir die Religion als Privatangelegenheit. Die Leute, die mich kennen, wissen sehr wohl, daß ich nicht so dumm bin, etwas Prinzipienwidriges zu sagen!

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung.

Das Schlußwort zum Punkt „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ hat

Bebel: Parteigenossen! Die Debatte über den dritten Punkt unserer Tagesordnung, die uns bisher beschäftigt hat, hat einen ganz ungewöhnlichen Umfang angenommen. Ich wenigstens kann mich nicht entsinnen, solange ich auf Parteitage bin, eine so weitläufige Erörterung über die Taktik bei den Reichstagswahlen erlebt zu haben. Aber weit entfernt das zu tadeln, freue ich mich darüber. Gerade diese Art der Debatte, wo die Gegensätze auf einander plagen, zeigt, daß wir mit einer herrschenden Offenheit, die bis zu einer gewissen Rücksichtslosigkeit sich äußert, unsere Ansichten vertreten; und das ist kein Fehler. Denn keine bürgerliche Partei wird es wagen, in solcher Weise Meinungsverschiedenheiten in der Partei vor dem Forum der ganzen Welt zum Ausdruck zu bringen, wie wir es gestern und heute gethan haben. (Beifall.) Gerade diese Debatte ist der beste Beweis, daß die Behauptung, die auch diesmal in der gegenwärtigen Presse gethan wurde, daß die große Masse der Delegierten eigentlich nur am Gängelbande geführtes Stimmvieh sei, eine der größten Unwahrheiten ist, die man sich denken kann. Wenn eine Partei überhaupt für sich in Anspruch nimmt, daß sie die Denkfähigkeit und Selbstständigkeit ihrer einzelnen Glieder fordert, so ist es die unsere, und das beweist gerade diese Debatte.

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß nicht bei solchen Gelegenheiten verschiedentlich über die Schnur gehauen ist, und das ist auch heute geschehen. In erster Linie möchte ich hier aussprechen: ich bedauere, daß Stücken in dieser Weise, wie es geschehen ist, einmal wieder gegen die Berliner ausgetreten ist. Die Berliner haben zu einem derartigen Auftreten nicht die geringste Veranlassung gegeben (Aufe: Sehr wahr! Na na!) — nicht die geringste Veranlassung! Und ich muß sagen, daß, wenn in dieser Weise bei uns ein Ton einreisen sollte, der an den größten Partikularismus erinnert, so wäre das das schlimmste, was uns passieren könnte. (Sehr wahr!) Ich möchte also bitten, sowohl im Interesse des guten Geschmacks, wie der Partei-Einheit, derartige ganz unmotivierte Angriffe zu unterlassen und bösen Beispiele, die etwa von einer Seite gegeben sein sollten, nicht zu folgen. (Beifall.)

Ich bin nun genötigt, auf eine Reihe von Ausführungen einzugehen, die im Anschluß an mein Referat von verschiedenen Delegierten gemacht sind. Schoenlank, der ja im einzelnen mit meinen Ausführungen einverstanden ist, hat mich in einem Punkte mißverstanden. Den Optimismus, daß wir bei den kommenden Wahlen 80 Mandate neu gewinnen werden, theile ich ebenso wenig wie er. Ich habe einfach erklärt, daß, wie immer der Ausfall der nächsten Wahlen sein könne, eine wesentliche Verschiebung der gegenwärtigen Parteiverhältnisse nicht eintreten dürfte, selbst auch dann nicht, wenn wir 15 oder 20, ja selbst wenn wir 30 Mandate erobern würden. Sie werden zusehen, daß das nicht bedeutet: wir werden 80 Mandate erobern; ich gesehe Ihnen aber ganz offen, ich würde mich außerordentlich freuen, wenn das geschehen sollte. (Heiterkeit.)

Weiter habe ich zu konstatieren, daß der Tadel, den ich gegen die Essener Genossen ausgesprochen haben wegen ihres Verhaltens bei der letzten Wahl, vollberechtigt war. Der Vertreter von Essen hat ihr Verhalten damit zu rechtfertigen versucht, daß er erklärte, sie hätten den Krupp im Reichstag haben wollen, damit man ihn dort einmal gehörig vornehmen könne. (Heiterkeit.) Ja, wenn eine solche Taktik maßgebend würde, dann läme eine schöne Gesellschaft in den Reichstag hinein (Heiterkeit) und wir würden uns ins eigene Fleisch schneiden. Also ich bitte dringend, diesen schönen Grundfah in Zukunft nicht wieder zu befolgen. Weiter aber hat er erklärt, daß das Verhalten der Centrumspartei seinen Genossen gegenüber diese und ihn speziell besonders gereizt habe, daß man sie herausgeschmissen habe u. s. w.

Es freut mich, daß dieser Punkt mir Veranlassung giebt, auf eine Sache zu sprechen zu kommen, die auch bei der nächsten Wahl wieder eine Rolle spielen wird. Wenn eine gegnerische Partei aus gewissen Gründen der Ansicht ist, es abzulehnen zu müssen, Mitglieder anderer Parteien in ihre Versammlungen zu lassen, wenn sie ausdrücklich mit den Worten einladen: „Die Wähler der Zentrumspartei“, dann haben wir die einfachste Instandspflicht (Sehr wahr!), daß derjenige, der zu den Eingeladenen nicht gehört, auch nicht in die Versammlung geht. (Beifall.) Wenn wir auf der einen Seite in unserem Programm die volle Freiheit des Vereins- und Versammlungsbereichs verlangen, dann verlangt es das einfachste Gebot der Gerechtigkeit, auch jedem anderen das gleiche Recht zuzugestehen. Wenn eine andere Partei uns nicht wünscht, dann bleiben wir eben fort, und wenn wir geschickte Leute sind, dann schlagen wir darauf Kapital und kennzeichnen die Freiheit der Leute und sagen, das beweist, daß sie uns nicht antworten können. Wir haben darin eine ausgezeichnete Waffe, möge das Selbstgefäßt, aus dem die Essener Genossen diesmal die Kandidatur des Justizjägers Schröder aufgestellt haben, auch bei einem größeren Theil der Arbeiter, die bisher für Krupp oder das Centrum gestimmt haben, sich zeigen, und wir damit eine größere Zahl von Stimmen und damit den Sieg erringen.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

### Lokales.

Zur Lokalliste. Das Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz ist jetzt in den Besitz der Kaiserbrauerei zu Charlottenburg übergegangen. Der Oekonom Herr Wäbeland erklärte der Lokalkommission auf die Anfrage, ob er geneigt sei, seine Räumlichkeiten der Arbeiterschaft unentgeltlich zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen, daß er dieses nur gegen ein bestimmtes Entgelt oder gegen die Verpflichtung, ein bestimmtes Quantum Bier zu verzehren, thun könne. Da die Lokalkommission auf derartige Forderungen nicht eingehen konnte, waren weitere Verhandlungen über diesen Punkt unnötig und somit bleib das Lokal nach wie vor für die Arbeiterschaft gesperrt. Die Arbeiter werden auf alle Fälle wissen, wie sie nun zu handeln haben. Die Lokalkommission. J. A.: Oskar Rabe.

In Rixdorf sind die Viktoriasäle als gepferrt zu betrachten. Der neue Oekonom des Lokals, Herr Rüstbierle Schwarz, stellt an die Arbeiterschaft die Bannthung, bei Veranstaltung von Vergnügungen entweder seine Kaput zu nehmen oder ihm für den Saal 45 M. Entschädigung zu zahlen. Die Lokalkommission von Rixdorf. J. A.: Dormann, Bienenstr. 61.

Freie Volkshöhne. Die Aufführungen von Arthur Hilger's Trauerspiel „Die Derge“ finden statt für die erste Abtheilung am Sonntag, den 10. Oktober, für die zweite Abtheilung am 17. Oktober und für die dritte Abtheilung am 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr. Sämmtliche Aufführungen dieses Stückes im Vesting-Theater. Die Mitglieder werden gebeten, den Oktober-Beitrag bis drei Tage vor der Vorstellung zu begleichen. Die erste Abtheilung ist geschlossen. Zur zweiten und dritten Abtheilung können nur noch wenige Mitglieder aufgenommen werden. Für eine vierte Abtheilung kann erst dann eine Vorstellung arrangirt werden, wenn dieselbe mindestens 2/3 besetzt ist. Da am 12. Oktober der Termin abläuft, bis zu welchem für eine IV. Abtheilung im Vesting-Theater Vorstellungen bestellt werden können, liegt es im Interesse des Vereins und aller Mitglieder, für die schleunigste Einrichtung der IV. Abtheilung zu sorgen. Zu diesem Zweck liegen Ausnahme-Scheine in den Adresslisten aus, in welchen sich diejenigen Freunde der Volkshöhne, welche Mitglieder werden wollen mit ihren Familien, gegen vorläufige Hinterlegung des Eintrittsgeldes von 60 Pf. einzeichnen können. Am Montag, den 25. Oktober, findet die Generalversammlung, am 27. November das Winterfest des Vereins mit künstlerischem Programm in der Brauerei Friedrichshain statt. Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Die Mehrheit der Berliner Geschäftsinhaber hat gegen den Rath der Badenschlus nicht einzutreten. Dies ist das

erfennliche Resultat einer Umfrage, welche von nichtsozial- demokratischer Seite wegen dieser notwendigen, von der arbeitereindlichen Presse aber natürlich heftig bescholtenen Rennerung vor kurzem gehalten worden ist. In Verbindung mit 88 Berliner Firmen hat nämlich der kaufmännische und gewerbliche Hilfsverein für weibliche Angestellte an 16500 Ladeninhaber Briefschreiben versandt mit der Anfrage, 1. ob sie sich für den einseitigen Achtuhr-Arbeitschluss oder 2. dagegen und 3. aus welchen Gründen erklären. Bis zum 20. September waren im ganzen 1845 brauchbare Antworten eingegangen, wovon sich 1285 für und 560 gegen den Achtuhr-Arbeitschluss erklärten. Der Verein nimmt mit Recht an, daß ein gleiches Verhältnis auch für die übrigen Ladeninhaber vorausgesetzt werden könne, d. h. daß in Berlin eine überwältigende Mehrheit für den Achtuhr-Arbeitschluss zu haben sei. Interessant sind einige zustimmende Begründungen z. B. bei einer Schuhwaaren-Handlung mit mehreren Filialen: „Ich bin für den Achtuhr-Arbeitschluss, weil die Arbeitszeit von 7-8 Uhr abends zur genüge ausreicht und das Publikum sich sehr schnell daran gewöhnen wird“; ein Nähmaschinen-Fabrikant erklärt sich für den Achtuhr-Arbeitschluss, weil nach 8 Uhr das Gas nicht verdient werde, und der Inhaber eines großen Kolonialwaaren-Geschäfts sagt kurz und bündig: „Gegen den Achtuhr-Arbeitschluss giebt es überhaupt keine Gründe“.

Wird die Regierung trotz der heftigen Stimmen nun den Muth haben, diese Rennerung baldigst einzuführen?

Die „Deutsche Warte“, ein hier erscheinendes „unparteiliches“ Blatt ist bekanntlich von uns vor einiger Zeit des Diebstahls an geistigem Eigentum überführt worden. Sie hatte, wie ihre Geschäftsleitung selber zugeben mußte, schlankwegs eine Londoner Korrespondenz, die in einem Züricher Blatt erschienen war, aus diesen Blatte ausgeschnitten und sie dann ihren gutgläubigen Lesern als „Vericht“ unseres Londoner Korrespondenten“ vorgelesen. Die „Deutsche Warte“ mag vielleicht guten Grund gehabt haben, zu fehlen. Wenigstens zeigt eine Korrespondenz aus Alaska (1), die sie gestern veröffentlichte, daß es mit der Nichtigkeit ihrer angeblichen Berichterstattung nicht ganz so gut bestellt ist, wie mit ihrer damaligen Frivolität im Verwechseln von Originalkorrespondenz und dem geistigen Erzeugnis anderer. Nach dem Originalbericht des Korrespondenten im neuen Goldlande zeigen nämlich die Klüften von Alaska wilde Gebirgsformationen bis zu 18000, ja selbst bis über 20000 Meter Höhe.

Was das zu bedeuten hat, wird man ermeslen können, wenn man ermägt, daß die höchsten Gebirge der Erde, wenigstens nach der Wissenschaft der A.S.T.-Schüler vor der in der „Deutschen Warte“ niedergelegten Entdeckung, nur etwa 8000 Meter hoch waren. Das Blatt sollte seinem Originalkorrespondenten, selbst wenn er sich in Alaska befindet, doch empfehlen, ein bißchen mehr bei der Wahrheit zu bleiben und ihm gleichzeitig androhen, daß man bei Nichtbefolgung dieses Rathschlages wieder zu der „Londoner“ Methode des Korrespondenz zurückkehren müsse.

Mit den Vorarbeiten für den neuen Botanischen Garten bei Dahlem wird jetzt in den nächsten Tagen, sobald auf dem bisher als Ackerland verpachteten Terrain die Kartoffelernte ganz beendet sein wird, begonnen werden. Es soll dann sofort an die Bearbeitung des Bodens gegangen werden, die mit Dampfpflügen geschehen soll. Die Bohrversuche haben ergeben, daß überall auf dem großen Gelände die Bodenverhältnisse für den geplanten Zweck außerordentlich günstige sind. Das Erdreich besteht größtentheils aus durchlässigem Schutthoden abwechselnd mit natürlichen Bodenbewegungen, welche je nach Höhe und Lage auch andere Erbschichten in sich bergen. Mit dem Umzuge von dem alten Garten nach dem neuen wird voraussichtlich noch in diesem Herbst der Anfang gemacht und dann zu Beginn des kommenden Jahres energisch fortgesetzt werden. Der gesammte Umzug des Gartens einschließlich seiner vollständigen Instandsetzung wird fünf Jahre in Anspruch nehmen. Erst im weiteren dreißig Jahren aber wird der neue Garten so weit entwickelt sein, daß er einen vollständigen, parkartigen Charakter tragen wird. Auch im alten Garten werden schon seit einiger Zeit die erforderlichen Vorbereitungen für den Umzug getroffen. Um eine ganze Anzahl von Bäumen ist bereits an den Wurzelballen ein kreisförmiger Leier Graben aufgedigelt worden. Und in diesen Graben hat man eine Blechhülle gesetzt, welche die Ausbreitung der Wurzeln verhindern und die Bildung neuer feiner Wurzelfasern innerhalb der Blechhülle befördern soll. Die Bäume sollen dann im Winter, wenn die Erde gefroren ist, herausgenommen und nach ihrem Bestimmungsorte übergeführt werden.

Das Projekt für den Neubau des märkischen Provinzialmuseums nach den Plänen des Baurats Hoffmann verpricht dem „Berliner Tageblatt“ zufolge in seiner Eigenartigkeit nicht bloß ein ganz neuerartiges Museum für Berlin, sondern überhaupt ein Bauwerk, wie es ähnlich unsere Reichshauptstadt noch nicht besitzt, zu werden. Die Grundidee ist eine doppelte, es soll einmal den Bedürfnissen der naturgeschichtlichen und kulturgeschichtlichen Sammlungen in bezug auf Raum, Uebersichtlichkeit und gute Beleuchtung genügt und außerdem in dem Gebäude selbst ein bedeutendes und lehrhaftes Ausstellungsobjekt dargeboten werden. Mit anderen Worten, es sollen die Bausteine selbst die Geschichte der Baukunst und der Kunst in der Provinz Brandenburg vom Ende des 12. bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts darstellen, also vom Ende des romanischen Stils bis zur Periode Andreas Schinkels.

Stadtkommunikation. Im Männer-Klub des Berliner Athletenvereins für Beobachtungs nachstehend im Monat September 2017 Personen, im Frauen-Klub 2917 Personen. Arbeitsnachweis ertheilt der Verein für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Jägerstr. 5.

Die Weidenbammer Brücke ist noch immer nicht fertig. Zwar ist die Brücke endlich in ihrer ganzen Breite dem Verkehr übergeben, allein auf der nördlichen wie auf der südlichen Anrampfung werden z. B. Pflasterarbeiten ausgeführt. Die Arbeiten scheinen auch in diesem Jahre nicht zum Abschluß zu kommen, so daß die bekannte Inschrift „Erbaut 1895-96“ wohl um wenigstens zwei Jahre der Wahrheit vorausgerückt sein wird.

Gewarnt wird vom „Reichs-Anzeiger“ vor einer Geschäfts-Verbindung mit einem gewissen Jules H. Adler in Weisfel, der Anzeigen für ein von der Societe de Globe herausgegebenes Welt-Korrespondenz sammelt. Die genannte Gesellschaft bestche seit Jahren nicht mehr; Julius Hermann Adler wurde in Hamburg, Würzburg und Stuttgart wegen Betruges gerichtlich verfolgt.

Unter dem Verdachte der Kindesentführung ist das 19 Jahre alte Dienstmädchen Bertha W. festgenommen worden. Das Mädchen war bei dem Kaufmann W. in der Prenzlauer Allee 34 seit acht Wochen in Stellung und hatte seinen Zustand zu verbergen gewußt, bis es in der Nacht zum Dienstag im Badegewässer ein Kind gebar, das nach der Behauptung der jungen Mutter nicht gelebt haben soll. Die Leiche hatte die Mutter in eine Schürze gewickelt und dann in einer Pappschachtel mitgenommen, um bei einer Tante in der Pappel-Allee Unterkommen zu suchen.

Kleine Mittheilungen. Am Dienstag Vormittag erschloß sich der Handelsmann Karl W. in seiner Kellerwohnung in der Neuen Hofstraße. — Gegen Abend fuhr der Drofakentauscher Friedrich Richter gegen eine vor dem Hause Nr. 124 stehende Strahlenlaterne, wurde durch den Ausritt vom Bock geschleudert und am Kopf schwer verletzt. Er wurde in die Charite gebracht. — In einem Anfall von Säuerwahn stürzte sich abends der Zimmermann Julius N. aus einem Fenster im vierten Stock eines Hauses in der Wienerstraße, in dem er als Fächler beschäftigt war, und fiel auf der Stelle infolge eines Schädelbruchs. — Vor dem Hause Reichenbergerstraße 57 wurde abends die unverheiratete Wilhelmine Theuerich von einem Hauswagen überfahren und am rechten Unterschenkel schwer verletzt. Sie fand im Krankenhaus Am Urban Aufnahme.

Im Thiergarten hat sich vorgestern Abend gegen 8 Uhr das aus Sampohl im Kreise Schlohan stammende 23 Jahre alte Dienstmädchen Martha Krause, das ohne Stellung und Obdach war, ver-

giftet. Der Schuhmann Schneider vom 88. Revier fand das Mädchen hilflos auf einer Bank am Kleinen Stern liegen. Es hatte aus einer weißen Dose Kiesel genommen und den Rest des Giftes über die Bank und die Erde verstreut. Die Vergiftete, die von dem Schuhmann in ein Krankenhaus gebracht wurde, scheint mit dem Leben davonzukommen.

Durch einen Sturz vom Bock ist am Dienstag Abend der 61 Jahre alte Drofakentauscher Friedrich Richter schwer verunglückt. Richter fuhr in der Nähe des Reifens-Panoramas gegen einen Laternenpfahl und flog vom Bock herab. Ein reitender Schuhmann fand ihn bewusstlos daliegen und brachte ihn mit einer Drofche in ein Krankenhaus, wo er an einer Kopfverletzung schwer darnieder liegt. Das Pferd blieb unverletzt, die Drofche wurde nur leicht beschädigt.

Verdorbene, gestorben. Der 27 Jahre alte Handlungsreisende Bruno Schiffenbauer, der Sohn eines ehemaligen Hotelbesizers, jetzt Outbessizers in Sachsen, kam vor einem Jahre nach Berlin und wohnte bei der Plätterin Schmidtsdorf in der Alexanderstraße. Er reiste hier für ein Wollenwaarengeschäft und hatte eine gute Stelle. Vor einem halben Jahre lernte der junge Mann Mädchen von zweifelhaftem Ruf kennen und nun ging es sehr bald mit ihm bergab. Wiederholt erhielt er von den Eltern größere Geldsummen zugesandt, die jedesmal in wenigen Tagen verjubelt waren. Vor einem Vierteljahre aus dem Geschäft entlassen, machte Schiffenbauer noch in derselben Nacht einen Selbstmordversuch, schloß aber vorbei. Da der junge Mann schließlich keine Mielche mehr bezahlte, so setzte ihn seine Wirtin vor 2 Monaten vor die Thür. Gestern landete man ihn als Leiche aus der Spree.

Vermisst wird seit Sonnabend Abend der 60 Jahre alte Tischler August Zeh, der seit einem Jahre mit seiner Frau und zwei Töchtern in der Bäwalderstr. 14 wohnte. Zeh, der als ein ruhiger und solider Mann bekannt ist, ging am Sonnabend Abend von seiner Arbeitsstätte aus mit zwei erwachsenen Söhnen, die in Berlin verberathet sind, in die Großdieselfabrik von Theurer in der Prinzessstr. 111. Um 9 1/2 Uhr verabschiedeten sich hier seine Söhne von ihm. Wie lange er noch geblieben ist, weiß man nicht. Um 10 1/2 Uhr sah ihn der Zigarrenhändler Richter in der Nähe der Bäwalderbrücke an seinem Laden vorübergehen. Seitdem ist er spurlos verschwunden.

Feuerbericht. Dienstag Abend 6 Uhr mußte Gohlowskystr. 77 ein Zimmerbrand abgelöscht werden, der nicht unerheblichen Schaden verursachte. Kurz vorher hatte Auguststr. 47a auf der Kochmaschine lagerndes Holz Feuer gefangen, das aber leicht beseitigt wurde. Abends 9 Uhr wurde die Wehr nach Schillingstr. 12 gerufen, wo Lumpen in Brand gerathen waren. Bald darauf mußte die Wehr einen Gardinenbrand im Schlesischen Bahnhof 2 löschen. Im Park der „Neuen Welt“, Hasenhaide 108/114, hatte um 10 Uhr ein Rohr längere Zeit Wasser zu geben, um eine in Brand gerathene Verkaufsbude abzulöschen, die jedoch total abbrannte. Mittwoch früh 6 1/2 Uhr entstand Karlsruhstr. 31 in einem chemischen Laboratorium ein Schadesener, das leicht einen verhängnisvollen Umfang hätte annehmen können, wenn es nicht gelungen wäre, dasselbe noch im Keime zu ersticken. Fennstr. 28 hatten 11 1/2 Uhr vormittags in Hause Brennmaterialien Feuer gefangen, das jedoch bei Ankunft der Wehr bereits gedämpft war. Bald darauf wurde sie infolge blinden Lärmes nach Urbanstr. 67 gerufen, wo überglotchter Theer brannte.

Die Urania veranstaltet wie in früheren Jahren, so auch jetzt wieder Vortragsserien, die sich über die verschiedenen naturwissenschaftlichen Gebiete erstrecken sollen. So beginnt am heutigen Tage ein Zyklus von zehn Vorträgen über Elektrotechnik, welche Herr Dr. Spies allwöchentlich Donnerstags in der Urania, Abtheilung Javalidenstraße, halten wird. Diese Vorträge bezwecken durch Vorführung und Erläuterung zahlreicher Experimente, dem Laien Anschluß über die Hauptgesetze des elektrischen Stromes und seine wichtigsten Anwendungen zu geben. Ebenso hat Herr Professor Dr. Karl Müller am Dienstag einen Kursus von gleicher Ausdehnung begonnen, der sich mit der Wissenschaft der Biologie befassen soll. Der erste Vortrag, dem wir beiwohnten, wurde mit einer Kritik des Vergleichs eingeleitet, durch welchen die Materialisten gewöhnlichen Schlags die lebenden Wesen als Maschinen hinstellen. Nachdem der Vortragende auf die engen Grenzen hingewiesen, welche bis jetzt dem Wissen vom Leben gesteckt sind, legte er dar, daß alle in betracht kommende Kenntnisse dieses Gebietes auf das Studium der Zelle zurückzuführen ist. In zahlreichen Lichtbildern wurde dann der Bau der Zelle und der niedersten Lebewesen erläutert und betont, daß das Studium der einfachsten Thierformen deshalb von außerordentlicher Wichtigkeit ist, weil sie die Grundlage bieten für die Erforschung der Gesetze, nach denen unser eigener Körper funktioniert.

Es sei bemerkt, daß der Besuch des ganzen Kursus 7 Mark kostet, für einzelne Vorträge ist ein Eintrittspreis von 1 Mark zu entrichten.

Theater. Das Louisen-Theater hat sich auf klassischem Boden einen Schritt weiter gewagt und bringt jetzt Schillers „Wilhelm Tell“ zur Aufführung. Wer noch Zweifel hegte an dem Muth und der Leistungsfähigkeit des Louisen-Theaters, wurde durch die Darstellung dieses Werkes befestigt. Die Regie des Herrn Julius Tüt mußte mit den gewiß nicht allzureichlichen Mitteln, die ihr zur Verfügung standen, wichtiges ausrichten und die Darsteller waren sämmtlich mit Freueit bei ihrer Aufgabe. Herr Almbach gab einen kernigen Tell, der sich frei von hohen Brauaden hielt, und der Melchior des Herrn Tüt konnte sich in seiner erregenden Wahrhaftigkeit getroßt vor selbsteigenen sehen lassen. Nicht bray spielte auch Herr Kullig den Gessler, und die beiden weiblichen Rollen des Schauspiel waren bei den Damen Bauer und Reuter gut aufgehoben. Das recht zahlreich erschienene Publikum nahm lebhaften und verständnißvollen Antheil an der Darstellung des Stückes. — „Der große Mohitäter“, von Heinrich Witten, gelangt am Sonnabend im Luisen-Theater zur ersten Aufführung. Die Hauptrollen befinden sich in den Händen von Fr. Gertha Ender, Maria Melchner, Wilhelm Ruff, Arthur Winkler, Ernst Kettner und Ludwig Kreis.

### Aus den Nachbarorten.

Die ersten Schöneberger Stadtverordneten-Wahlen werden nach einem soden eingegangenen Bescheide des Regierungs-Präsidenten zu Potsdam bereits in allernächster Zeit vorgenommen werden. Es war nämlich wegen der seitens des Gemeindevorstandes erfolgten Eintheilung der dritten Wählerklasse in 18 Bezirke von dem Ausschuss zur Vorbereitung der Wahlen unabhängiger Stadtverordneten“ bei dem Regierungs-Präsidenten Beschwerde erhoben und gebeten worden, auch für die dritte Wählerklasse, ebenso wie für die zweite, die Eintheilung in acht Bezirke anzuordnen. Hieraus ist nun vom Regierungs-Präsidenten folgender Bescheid ertheilt: „Die von dem Gemeindevorstand dableibt beschlossene, von mir genehmigte Eintheilung der Wähler der 2. Abtheilung in 8, der der 3. Abtheilung in 16 Wahlbezirke steht mit den Bestimmungen der Städte-Ordnung im Einklang und muß auch für die Verhältnisse der dortigen in schnellem Wachsthum befindlichen Gemeinde als durchaus zweckentsprechend angesehen werden. Die Zahl der Wähler der 2. Abtheilung beträgt in Schöneberg über 9000. Während bei der jetzigen Eintheilung die Wähler der 2. Abtheilung durchschnittlich je 102, die der 3. Abtheilung je 612 Wähler umfassen und so in richtigem Verhältnisse zu einander stehen, wurde sich infolge der beantragten Eintheilung der 3. Abtheilung in nur 8 Wahlbezirke die Zahl der Wähler in diesen Bezirken auf über 1200 erhöhen. Außerdem aber würde die beantragte Abänderung der Wahlbezirke die Umschreibung und nochmalige Auslegung der Wählerlisten notwendig machen. Dadurch würden die Stadtverordneten-Wahlen, deren alsbaldige Vornahme in anbeacht der von der Stadtverordneten-Versammlung bis zum 1. April 1898, dem Tage des Inkrafttretens der Städteordnung, zu erledigenden umfangreichen Aufgaben dringend geboten ist, eine unerwünschte Verzögerung er-

leiden.“ Aus diesem Bescheide geht hervor, daß alsbald nach Erledigung der Stadtverordneten-Wahlen jedenfalls auch die Einsetzung des Magistrats erfolgen und die städtischen Körperschaften dann sofort in Thätigkeit treten dürften, mithin auch die Verwaltung der Landgemeinde bis zu dem Moment des offiziellen Eintritts Schönebergs in die Reihe der Städte durch den Magistrat und die Stadtverordneten erfolgen müßte. Denn insbesondere wird die neue Stadtverordneten-Versammlung bereits den 1. Okt. für die Stadt Schöneberg zu berathen haben, da die städtische Verwaltung nicht nach einem Etat arbeiten könnte, den die Landgemeinde-Versammlung festgesetzt hat. Unsere Parteigenossen werden mit Eifer ihre Pflicht genügen.

Eine Bahnverbindung mit Berlin wird sich unser Nachbarstädtchen All-Landsberg zulegen. Die Linie soll sich an die Station Hoppegarten anschließen. Die Stadt hat bereits 65 000 M. bewilligt und hat noch außerdem gegen 35 000 M. für Gebäuderverwerb aufzubringen.

### Gerichts-Beilage.

Ein Betrag gegen die Orts-Krankenkasse führte gestern den Keller Wilhelm Siffke vor die 129. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Angeklagte hatte einen kranken Vetter, welcher irgend einer Klasse nicht angehört. Siffke übergab denselben seine sämmtlichen Ausweispapiere und der kranke Vetter erhielt darauf als der angebliche Siffke nicht nur freie ärztliche Behandlung und Arznei, sondern er bezog auch 78 Mark Unterstützungs-gelder, die er mit dem kranken Vetter theilte. Als der Schöffe erfuhr, daß der Vetter vor, das Weite zu suchen, sodas nur der richtige Siffke zur Verantwortung gezogen werden konnte. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß gegen einen derartigen gemeingefährlichen Betrag energisch eingeschritten werden müsse und der Angeklagte wurde deshalb mit einem Monat Gefängnis bestraft.

Der Streik der Arbeiter bei der Woldenberger Wiesensmellationsgenossenschaft erlebte ein gerichtliches Nachspiel vor der Strafkammer in Landsberg a. W. Es war nämlich gegen acht Arbeiter, Wilhelm Speck, Karl Speck, Karl Siegert, Albert Zumbach, Karl Gsch, Theodor Körner, Friedrich Kraut und Wilhelm Hannemann Klage wegen gemeinschaftlicher Mithigung erhoben worden. Wie die Anklagebehörde behauptete, sollen die Angeklagten die anderen Mitarbeiter, welche die Arbeit nicht, wie sie, niederzulegen gewillt gewesen seien, durch die Drohung, sie mit Steinen anzuweihen, veranlaßt haben, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Die Ursache des Streiks, welcher am 19. Mai d. J. zum Ausbruch kam, lag in den elenden Arbeitsverhältnissen. Die Arbeiter verdienten pro Tag 1,75 Mark und mußten bei Ausübung ihrer Thätigkeit stundenlang im kalten Wasser stehen, meistens bis an die Knie, oft aber auch bis an den Leib, was sie nicht aushalten vermochten. Sie forderten daher entweder eine Erhöhung des Lohnes oder aber den Wegfall der Wasserarbeit, in welchem letzteren Falle sie sich sogar erbieten, zu den alten Öfen weiter zu arbeiten. Die Beweisführung ergab die Haltlosigkeit der erhobenen Anklage auf gemeinsame Mithigung und es wurden nur die beiden Brüder Speck und Hannemann derselben für schuldig befunden. Das Gericht verurtheilte die ersteren zu je 1 Woche Gefängnis, den letzteren zu 30 M. Geldstrafe resp. 6 Tagen Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Der Fortbildungunterricht ist in Schöneberg durch Octoberrat geregelt. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, Lehrlinge und jugendliche Arbeiter binnen sechs Tagen bei der Fortbildungsschule anzumelden und darauf zu achten, daß die jungen Leute den Unterricht besuchen. Der Kaufmann Krause, der die Anmeldung seines Lehrlings unterlassen hatte, wurde wegen Vergehens gegen das Ortsstatut in der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe verurtheilt. Er legte Revision ein und berief sich darauf, daß nach verschiedenen Gerichtskenntnissen der Stundenplan nicht ordnungsmäßig zu stande gekommen sei. Das Kammergericht erkannte diese Behauptung als richtig an, wies aber die Revision dennoch als unbegründet zurück. Die Ungültigkeit des Stundenplanes entbinde den Lehrherrn noch lange nicht von der vorgeschriebenen Anmeldung seines Lehrlings bei der Fortbildungsschule.

### Versammlungen.

Der Berliner Arbeiterbetrücker-Verein hielt am Dienstag Abend seine Monatsversammlung bei Basko ab. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der Ueberlastung der Weisiger in den Schiedsgerichten. Der Vorsitzende Simonowski führte aus, daß häufig zu einer Schiedsgerichts-Sitzung bis 30 Sachen angelegt werden, in einzelnen Fällen sind sogar 80-90 Sachen verhandelt worden. Früher seien nie mehr als 10 oder 12 Sachen angelegt worden. So könne es nicht weiter gehen. Wenn das Verfahren so abgeht, bekönnen die Weisiger kein klares Bild von der Sache und können infolge dessen nicht sachgemäß urtheilen. Es kommen auf eine Sache bei solcher Geschäftsführung kaum 7 Minuten. Die Schiedsgerichts-Beisitzer müßten dagegen etwas thun. Das liege im Interesse der kente beanspruchenden Arbeiter, wie auch der Weisiger selbst, die überlastet werden.

In der Besprechung theilt Gütche ähnliche Fälle aus seiner Praxis mit. Er meint, daß auch die juristischen Vorstehenden eine solche Menge von Sachen nicht gründlich und ordnungsgemäß erledigen können. Für die geladenen Parteien sei es auch sehr unbedeuten, Stundenlang auf die Erledigung ihres Termins warten zu müssen. Dähne hält die selbige Praxis für unhaltbar. Die Weisiger müßten die Klagen selbst, nicht nur das Neunmies des Vorstehenden kennen lernen. In 7 Minuten lasse sich ein Fall schlechterdings nicht behandeln. Die Urtheile werden infolge der Ueberlastung auch der Vorstehenden nicht mehr von den Vorstehenden verfaßt, sondern nach Randbemerkungen des Vorstehenden von Sekretären, die gar nicht bei der Sitzung zugegen waren. Die Arbeitnehmer-Beisitzer können zwar nicht erklären: „wir sitzen nicht bis zu Ende“; aber sie können darauf bestehen, daß ihnen in den Sitzungen das ganze Material vorgelesen wird. Damit werde man Erfolge haben. Auch Buchholz erklärt, wenn die Beisitzer verlangen, daß ihnen die Verurteilungsschriften, die ärztlichen Gutachten u. v. m. vollständig vorgelesen werden, dann müssen die Vorstehenden dem entsprechen. Die Kente gewöhnen sich ebenfalls an diese laze Handhabung, sonst würden sie ihre Gutachten oft besser begründen. Simonowski erklärt, daß diese Häufung der Termine zu einer Sitzung hauptsächlich in der Bau-, der Holz-, und der Eisen- und Stahl-Versicherungsgenossenschaft vorkomme. — Hoffmann beantragt, abzuwarten, ob eine von dem Regierungs-Rath v. Gortkowski, dem Vorsitzenden der sämmtlichen Arbeiter-Versicherungs-Schiedsgerichte Berlin, anberaumte Konferenz mit den einzelnen Vorstehenden in dieser Sache Erfolge haben werde. Sollte das nicht der Fall sein, dann müsse man eine Kollektivbeschwerde an das Reichs-Versicherungsamt richten. Dähne fügt dem Antrage noch hinzu, daß man die Beisitzer verpflichten müsse, sich in Zukunft alle Sachen ausführlich vorlegen zu lassen. — Die Versammlung hat diese Anträge zum Beschluß erhoben, und es wird nun abzuwarten sein, ob es nicht der vereinten Anstrengung der Arbeitnehmer-Beisitzer gelingen wird, diese ständlichen Zustände bei den durch die Arbeiter-Versicherungsgesetze geschaffenen Schiedsgerichten zu beenden.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Sonnabend Nacht von 6 bis 7 1/2 Uhr, sondern von 7 1/2 bis 9 Uhr abends statt.

W. S. Im Briefkasten lassen sich solche Fragen nicht beantworten, sobald wir mehr Raum haben, soll eine Notiz über das Thema erscheinen. Bitte nur: Sie treten, wenn Sie annehmen, das Deutsche Reich warficht in der Volkserziehung an der Spitze.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 7. Oktober 1897. Kahl, theils heiter, theils wolig bei mäßigen nordöstlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beilage.

Der letzte Mauerstreik hatte auch für den Mauer Rier die Folge, daß er sich gestern wegen Mißhandlung und Beleidigung vor der 133. Abteilung des Amtsgerichts I zu verantworten hatte. Auf dem Neubau, auf welchem der Angeklagte in Gemeinschaft mit dem Maurer Moos arbeitete, war im August d. J. der Streik ausgebrochen. Der Angeklagte erklärte sich mit den Ausständigen solidarisch und legte die Arbeiter nieder, während Moos sich den Streikenden nicht anschloß; alle Versuche, ihn zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen, blieben erfolglos. Natürlich sammelte sich in den Tagen der Kollegen, die nur durch Einigkeit ihr Ziel erreichen konnten, ein berechtigter Groll an. Am 30. August dieses Jahres kam Moos in das Ewald'sche Lokal, in welchem sich eine Anzahl der Streikenden eingefunden hatten; unter ihnen befand sich auch der Angeklagte. Infolge der Erörterungen, welche hier zwischen den Streikenden und Moos stattfanden, kam es zu einer turbulenten Szene, in welcher Moos von den Streikenden verprügelt wurde; der Angeklagte nannte ihn außerdem einen „Streikbrecher“. Wie von vornherein, so bekräftigt der Angeklagte auch in der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht, sich der ihm zur Last gelegten Straftaten schuldig gemacht zu haben; er hatte auch einen Entlassungsbeleg erhalten, welcher bekundete, er hätte nicht gesehen, daß der Angeklagte geschlagen habe. Die Befundungen des Moos lauteten jedoch so bestimmt und sicher, daß der Gerichtshof einen Zweifel an der Schuld des Angeklagten nicht hatte. Staatsanwalt Kausow führte in der oft gehörten Weise aus, daß hier wieder einer jener Terrorisirungsversuche der Masse gegen Einzelne vorliege, gegen die der Staat ganz energisch einschreiten müsse. Der Staat dürfe nicht erlauben, daß in ihm von dem einen gegen den anderen Gewalt angewendet werde. Das müsse auf jeden Fall vermieden werden, deshalb müßte gegen derartige Terrorisirungsversuche zur Abschreckung energisch vorgegangen werden. Der Staatsanwalt beantragte schließlich, trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten, von einer Geldstrafe abzugeben und auf zusammen vier Wochen Gefängnis zu erkennen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, bat den Gerichtshof, sich doch zur Beurteilung des Falles in die Gemüthsstimmung der Streikenden hineinzuversetzen, welche für ihre Existenz kämpfen. Es handle sich hier doch nicht um jenes Vergehen, welches der Gesetzgeber nur mit Freiheitsstrafe bedroht, sondern um einfache Beleidigung und Körperverletzung. Der Gerichtshof sollte nicht weiser sein, als der Gesetzgeber, und deshalb auf eine geringe Geldstrafe erkennen. Der Gerichtshof schloß sich jedoch den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte auf 14 Tage Gefängnis.

Das Breuenthum gegen die Muttersprache der Polen. Die Auflösung einer Arbeiterversammlung in Wiszowa, die am 8. und 9. Januar d. J. zu betriebl. Debatten im Abgeordnetenhaus führte, hat jetzt das Ober-Verwaltungsgericht beschäftigt. Bei der Anmeldung jener Versammlung, die Arbeiterangelegenheiten erörtern sollte, war dem Einberufer Dombrowski vom Amtsvorsteher bedeutet worden, daß die Versammlung aufgelöst werden würde, wenn in einer anderen Sprache als der deutschen geredet und der Polizei dadurch die Ausübung ihres Ueberwachungsrechtes unmöglich gemacht werde. Als D. trotzdem die Versammlung in polnischer Sprache eröffnete, erfolgte sofort ihre Auflösung. Die Beschwerden des Einberufers blieben erfolglos. Er erhob dann gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten in Oppeln die Klage beim Ober-Verwaltungsgericht, vor dessen erstem Senat am 5. Oktober in der Sache Termin stattfand. Die Parteien waren nicht vertreten, indessen war ein Staatskommissar in der Person des Regierungsrathes Diterici erschienen. Er gab namens der Regierung folgende Erklärung ab:

Die Staatsregierung halte an der Auffassung fest, daß das Versammlungsrecht im polizeilichen Interesse Beschränkungen unterworfen werden könne, daß es kein absolutes Recht sei. Es werde durch das polizeiliche Ueberwachungsrecht modifizirt, zum Beispiel da und dann, wo

es sich um die öffentliche Sicherheit und Wohlfahrt handle. Wenn das Ober-Verwaltungsgericht im Jahre 1876 im Gebrauch der polnischen Sprache keinen Grund zum Einschreiten gesehen habe, dann sei es noch nicht gezwungen, daran festzuhalten, denn seitdem sei die Polenbewegung in jeder Beziehung eine andere geworden. Unzweifelhaft bestehe jetzt eine polnische Aktionspartei, die bei aller Unklarheit ihrer Ziele doch unverkennbar bezwecke, die betreffenden Landesheile, wenn auch nicht loszureißen vom Staat, so doch in ihren Verfassungszuständen zu ändern. Es werde versucht, die polnische Bevölkerung in einen bewußten Gegensatz zu den jetzigen Verhältnissen zu bringen. Die Bewegung dehne sich auch schon auf die polnischen Bewohner anderer Provinzen aus. Sie werde durch die Presse angefaßt und durch eine rege Versammlungsthatigkeit und Agitation in polnischer Sprache gefördert. Unter diesen Umständen sei die Behörde nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, von ihrem Ueberwachungsrecht strengsten Gebrauch zu machen, namentlich aber im Regierungsbezirk Oppeln. Nun sei der in betracht kommende Amtsvorsteher der polnischen Sprache nicht mächtig und er habe auch keine deutsche Vertrauensperson zur Hand gehabt, die ihn in dieser Beziehung hätte vertreten können. Im übrigen seien die Behörden in den polnischen Bezirken wiederholt angewiesen worden, sich zur Ueberwachung von Versammlungen solcher Personen zu vergewissern, die polnisch verhielten. Im vorliegenden Falle habe sich nun aber der Amtsvorsteher die Ausübung des Ueberwachungsrechtes nur dadurch sichern können, daß er den Gebrauch der polnischen Sprache untersagte. Dazu sei er unsofern berechtigt gewesen, als die polnischen Bewohner jener Gegend soviel deutsch verstehen, um deutschen Verhandlungen folgen zu können. Da der auch deutsch redende Einberufer vorher verwahrt worden sei, so sei anzunehmen, daß er doloslos Weise die Ueberwachung unmöglich machen wollte. Nach langer Beratung verkündete Präsident Persius, daß das Gericht von einer Urtheilspublikation absehe; das mit Gründen versehene Erkenntnis werde es den Parteien schriftlich zugehen lassen.

Versammlungen.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis, der am Dienstag bei Bernau, Schwebelstraße, tagte, hielt Herr Schütte einen interessanten Vortrag über: Robespierre. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der Diskussion schilderte Genosse Kiesel die Ursachen der französischen Revolution mit ihren Begleiterscheinungen, wobei er verschiedene Einwendungen gegen die Anschuldigungen des Robespierre, bezügl. der Charakterisierung der zur Zeit im Vordergrund stehenden Männer machte. Unter Vereinsangelegenheiten machte der Vorsitzende auf die vom Verein arrangirte Urnauvorstellung und auf die am 14. Oktober stattfindende Generalversammlung aufmerksam. Nachdem noch ein Genosse auf die guten Bestrebungen der Arbeiter-Vorbereitungsschule hingewiesen und zur regen Theilnahme an dieser Institution eingeladen hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die streikenden Formere hielten gestern Vormittag eine zahlreich besuchte Versammlung im Kolberger Salon ab. Müller, Blath und Bernick, die Vertreter der Streikenden vor dem Einigungsamt, legten der Versammlung die Einigungsbedingungen vor und empfahlen die Annahme derselben unter der Begründung, daß der Ausstand von der öffentlichen Meinung nicht mehr gebilligt werden würde, nachdem das Einigungsamt den Streik für unberechtigt erklärt hat. Dem Verlangen der Streikenden, daß die Arbeit erst nach der Einigung bei Vorfis aufgenommen werden solle, sei insofern nachgegeben, daß Direktor Dorn am Dienstag Nachmittag mit einigen der Vorfis'chen Arbeiter gesprochen habe, und am Mittwoch Nachmittag wahrscheinlich die endgültigen Abmachungen bei der Firma Vorfis getroffen werden würden. Der Punkt 8, Einstellung „möglichst“ und „nach Bedarf“, gebe zu Bedenken keinen Anlaß, denn es sei nicht der Fall, daß ein so großer Theil der

Arbeit nach außwärts gegangen sei. In den Berliner Biebereien sei so viel Arbeit vorhanden, daß die Streikenden ohne Zweifel bald wieder alle eingestellt werden würden. Eine Fortsetzung des Streiks wegen dieser Punkte sei nicht ratsam. Man möge bedenken, daß schon am nächsten Sonnabend ein großer Theil der Metallarbeiter infolge mangelnden Gusses arbeitslos werden würde. Wenn auch im allgemeinen der Geist unter den Streikenden ein guter sei, so liege doch auch die Thatsache vor, daß 101 Kollegen sich dem Streik nicht angeschlossen haben und dadurch der Kampf bedeutend erschwert werde. Während die meisten Redner diesen Ausführungen zustimmten, sprachen andere für eine Weiterführung des Streiks, da ihnen die Vorschläge des Einigungsamts nicht weit genug gingen. Eine Meinungsverschiedenheit trat auch darüber zu tage, ob die Versammlung einen bindenden Beschluß über die Vorschläge des Einigungsamts zu fassen habe, oder ob dies den am Donnerstag stattfindenden Metallarbeiter-Versammlungen überlassen bleiben sollte.

Wäther trat für die letztere Ansicht ein, indem er ausführte, der Beschluß in dieser Angelegenheit müsse von den Metallarbeitern gefaßt werden, ohne deren Hilfe die Formere ihren Kampf nicht fortsetzen könnten. Denen, welche einer eventuellen Weiterführung des Streiks das Wort redeten, gab er zu verstehen, wenn einmal Dummheiten gemacht worden seien, so solle man dieselben nicht verweigern. Den Kollegen sei eine weise Mäßigung zu empfehlen. Die Versammlung sah von bindenden Beschlüssen ab und nahm folgende Resolution an:

Die Versammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Vertreter der Streikenden vor dem Einigungsamt einverstanden. Sollte eine befriedigende Einigung bei der Firma Vorfis erfolgen, so würde einer Wiederaufnahme der Arbeit nichts entgegenstehen.

Eine Arbeitsniederlegung in der Möbelfabrik von Guquih wurde am Dienstag in einer öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung besprochen. Nach der Darstellung von Tuschke und anderen Rednern haben die Tischler der betreffenden Fabrik eine Erhöhung der Allfordlöhne für einzelne Stücke verlangt, weil an denselben eine entsprechende Mehrarbeit zu leisten ist. Bezüglich dieser Forderung konnte eine Einigung zwischen den Arbeitern und Herrn Guquih nicht erzielt werden, weshalb die Arbeitsniederlegung erfolgte. Ein Buchhalter der Möbelfabrik stellte die Angelegenheit so dar, als hätten die Tischler eine so wesentliche Erhöhung der Preise gefordert, daß die Firma sie nicht habe bewilligen können, auch hätten sich die Arbeiter, welche den neuen Tarif vorlegten, so benommen, daß man mit ihnen nicht habe unterhandeln können. Die nachfolgenden Redner wiesen diese Behauptung entschieden zurück und führten aus, daß von der Forderung einer Lohnerrhöhung keine Rede sei. Der bis jetzt geltende Tarif sei vor einem Jahre vereinbart worden, inzwischen seien aber die betreffenden Stücke immer reicher ausgestattet worden, so daß sie für den bisherigen Preis nicht mehr hergestellt werden könnten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, worin sie sich mit den Kollegen der Firma Guquih solidarisch erklärt. Schließlich bemerkte der Guquih'sche Buchhalter noch, daß eine erneute Verhandlung der Tischler mit der Firma wohl zu einer Verständigung führen werde. Die Ausständigen wollen demgemäß nochmal in Verhandlung treten.

Arbeiter-Bildungsvereine. Insehr. 10. v. 2. Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie; Dr. Conz. 8. u. 10. u. 12. u. 14. u. 16. u. 18. u. 20. u. 22. u. 24. u. 26. u. 28. u. 30. u. 32. u. 34. u. 36. u. 38. u. 40. u. 42. u. 44. u. 46. u. 48. u. 50. u. 52. u. 54. u. 56. u. 58. u. 60. u. 62. u. 64. u. 66. u. 68. u. 70. u. 72. u. 74. u. 76. u. 78. u. 80. u. 82. u. 84. u. 86. u. 88. u. 90. u. 92. u. 94. u. 96. u. 98. u. 100. u. 102. u. 104. u. 106. u. 108. u. 110. u. 112. u. 114. u. 116. u. 118. u. 120. u. 122. u. 124. u. 126. u. 128. u. 130. u. 132. u. 134. u. 136. u. 138. u. 140. u. 142. u. 144. u. 146. u. 148. u. 150. u. 152. u. 154. u. 156. u. 158. u. 160. u. 162. u. 164. u. 166. u. 168. u. 170. u. 172. u. 174. u. 176. u. 178. u. 180. u. 182. u. 184. u. 186. u. 188. u. 190. u. 192. u. 194. u. 196. u. 198. u. 200. u. 202. u. 204. u. 206. u. 208. u. 210. u. 212. u. 214. u. 216. u. 218. u. 220. u. 222. u. 224. u. 226. u. 228. u. 230. u. 232. u. 234. u. 236. u. 238. u. 240. u. 242. u. 244. u. 246. u. 248. u. 250. u. 252. u. 254. u. 256. u. 258. u. 260. u. 262. u. 264. u. 266. u. 268. u. 270. u. 272. u. 274. u. 276. u. 278. u. 280. u. 282. u. 284. u. 286. u. 288. u. 290. u. 292. u. 294. u. 296. u. 298. u. 300. u. 302. u. 304. u. 306. u. 308. u. 310. u. 312. u. 314. u. 316. u. 318. u. 320. u. 322. u. 324. u. 326. u. 328. u. 330. u. 332. u. 334. u. 336. u. 338. u. 340. u. 342. u. 344. u. 346. u. 348. u. 350. u. 352. u. 354. u. 356. u. 358. u. 360. u. 362. u. 364. u. 366. u. 368. u. 370. u. 372. u. 374. u. 376. u. 378. u. 380. u. 382. u. 384. u. 386. u. 388. u. 390. u. 392. u. 394. u. 396. u. 398. u. 400. u. 402. u. 404. u. 406. u. 408. u. 410. u. 412. u. 414. u. 416. u. 418. u. 420. u. 422. u. 424. u. 426. u. 428. u. 430. u. 432. u. 434. u. 436. u. 438. u. 440. u. 442. u. 444. u. 446. u. 448. u. 450. u. 452. u. 454. u. 456. u. 458. u. 460. u. 462. u. 464. u. 466. u. 468. u. 470. u. 472. u. 474. u. 476. u. 478. u. 480. u. 482. u. 484. u. 486. u. 488. u. 490. u. 492. u. 494. u. 496. u. 498. u. 500. u. 502. u. 504. u. 506. u. 508. u. 510. u. 512. u. 514. u. 516. u. 518. u. 520. u. 522. u. 524. u. 526. u. 528. u. 530. u. 532. u. 534. u. 536. u. 538. u. 540. u. 542. u. 544. u. 546. u. 548. u. 550. u. 552. u. 554. u. 556. u. 558. u. 560. u. 562. u. 564. u. 566. u. 568. u. 570. u. 572. u. 574. u. 576. u. 578. u. 580. u. 582. u. 584. u. 586. u. 588. u. 590. u. 592. u. 594. u. 596. u. 598. u. 600. u. 602. u. 604. u. 606. u. 608. u. 610. u. 612. u. 614. u. 616. u. 618. u. 620. u. 622. u. 624. u. 626. u. 628. u. 630. u. 632. u. 634. u. 636. u. 638. u. 640. u. 642. u. 644. u. 646. u. 648. u. 650. u. 652. u. 654. u. 656. u. 658. u. 660. u. 662. u. 664. u. 666. u. 668. u. 670. u. 672. u. 674. u. 676. u. 678. u. 680. u. 682. u. 684. u. 686. u. 688. u. 690. u. 692. u. 694. u. 696. u. 698. u. 700. u. 702. u. 704. u. 706. u. 708. u. 710. u. 712. u. 714. u. 716. u. 718. u. 720. u. 722. u. 724. u. 726. u. 728. u. 730. u. 732. u. 734. u. 736. u. 738. u. 740. u. 742. u. 744. u. 746. u. 748. u. 750. u. 752. u. 754. u. 756. u. 758. u. 760. u. 762. u. 764. u. 766. u. 768. u. 770. u. 772. u. 774. u. 776. u. 778. u. 780. u. 782. u. 784. u. 786. u. 788. u. 790. u. 792. u. 794. u. 796. u. 798. u. 800. u. 802. u. 804. u. 806. u. 808. u. 810. u. 812. u. 814. u. 816. u. 818. u. 820. u. 822. u. 824. u. 826. u. 828. u. 830. u. 832. u. 834. u. 836. u. 838. u. 840. u. 842. u. 844. u. 846. u. 848. u. 850. u. 852. u. 854. u. 856. u. 858. u. 860. u. 862. u. 864. u. 866. u. 868. u. 870. u. 872. u. 874. u. 876. u. 878. u. 880. u. 882. u. 884. u. 886. u. 888. u. 890. u. 892. u. 894. u. 896. u. 898. u. 900. u. 902. u. 904. u. 906. u. 908. u. 910. u. 912. u. 914. u. 916. u. 918. u. 920. u. 922. u. 924. u. 926. u. 928. u. 930. u. 932. u. 934. u. 936. u. 938. u. 940. u. 942. u. 944. u. 946. u. 948. u. 950. u. 952. u. 954. u. 956. u. 958. u. 960. u. 962. u. 964. u. 966. u. 968. u. 970. u. 972. u. 974. u. 976. u. 978. u. 980. u. 982. u. 984. u. 986. u. 988. u. 990. u. 992. u. 994. u. 996. u. 998. u. 1000. u. 1002. u. 1004. u. 1006. u. 1008. u. 1010. u. 1012. u. 1014. u. 1016. u. 1018. u. 1020. u. 1022. u. 1024. u. 1026. u. 1028. u. 1030. u. 1032. u. 1034. u. 1036. u. 1038. u. 1040. u. 1042. u. 1044. u. 1046. u. 1048. u. 1050. u. 1052. u. 1054. u. 1056. u. 1058. u. 1060. u. 1062. u. 1064. u. 1066. u. 1068. u. 1070. u. 1072. u. 1074. u. 1076. u. 1078. u. 1080. u. 1082. u. 1084. u. 1086. u. 1088. u. 1090. u. 1092. u. 1094. u. 1096. u. 1098. u. 1100. u. 1102. u. 1104. u. 1106. u. 1108. u. 1110. u. 1112. u. 1114. u. 1116. u. 1118. u. 1120. u. 1122. u. 1124. u. 1126. u. 1128. u. 1130. u. 1132. u. 1134. u. 1136. u. 1138. u. 1140. u. 1142. u. 1144. u. 1146. u. 1148. u. 1150. u. 1152. u. 1154. u. 1156. u. 1158. u. 1160. u. 1162. u. 1164. u. 1166. u. 1168. u. 1170. u. 1172. u. 1174. u. 1176. u. 1178. u. 1180. u. 1182. u. 1184. u. 1186. u. 1188. u. 1190. u. 1192. u. 1194. u. 1196. u. 1198. u. 1200. u. 1202. u. 1204. u. 1206. u. 1208. u. 1210. u. 1212. u. 1214. u. 1216. u. 1218. u. 1220. u. 1222. u. 1224. u. 1226. u. 1228. u. 1230. u. 1232. u. 1234. u. 1236. u. 1238. u. 1240. u. 1242. u. 1244. u. 1246. u. 1248. u. 1250. u. 1252. u. 1254. u. 1256. u. 1258. u. 1260. u. 1262. u. 1264. u. 1266. u. 1268. u. 1270. u. 1272. u. 1274. u. 1276. u. 1278. u. 1280. u. 1282. u. 1284. u. 1286. u. 1288. u. 1290. u. 1292. u. 1294. u. 1296. u. 1298. u. 1300. u. 1302. u. 1304. u. 1306. u. 1308. u. 1310. u. 1312. u. 1314. u. 1316. u. 1318. u. 1320. u. 1322. u. 1324. u. 1326. u. 1328. u. 1330. u. 1332. u. 1334. u. 1336. u. 1338. u. 1340. u. 1342. u. 1344. u. 1346. u. 1348. u. 1350. u. 1352. u. 1354. u. 1356. u. 1358. u. 1360. u. 1362. u. 1364. u. 1366. u. 1368. u. 1370. u. 1372. u. 1374. u. 1376. u. 1378. u. 1380. u. 1382. u. 1384. u. 1386. u. 1388. u. 1390. u. 1392. u. 1394. u. 1396. u. 1398. u. 1400. u. 1402. u. 1404. u. 1406. u. 1408. u. 1410. u. 1412. u. 1414. u. 1416. u. 1418. u. 1420. u. 1422. u. 1424. u. 1426. u. 1428. u. 1430. u. 1432. u. 1434. u. 1436. u. 1438. u. 1440. u. 1442. u. 1444. u. 1446. u. 1448. u. 1450. u. 1452. u. 1454. u. 1456. u. 1458. u. 1460. u. 1462. u. 1464. u. 1466. u. 1468. u. 1470. u. 1472. u. 1474. u. 1476. u. 1478. u. 1480. u. 1482. u. 1484. u. 1486. u. 1488. u. 1490. u. 1492. u. 1494. u. 1496. u. 1498. u. 1500. u. 1502. u. 1504. u. 1506. u. 1508. u. 1510. u. 1512. u. 1514. u. 1516. u. 1518. u. 1520. u. 1522. u. 1524. u. 1526. u. 1528. u. 1530. u. 1532. u. 1534. u. 1536. u. 1538. u. 1540. u. 1542. u. 1544. u. 1546. u. 1548. u. 1550. u. 1552. u. 1554. u. 1556. u. 1558. u. 1560. u. 1562. u. 1564. u. 1566. u. 1568. u. 1570. u. 1572. u. 1574. u. 1576. u. 1578. u. 1580. u. 1582. u. 1584. u. 1586. u. 1588. u. 1590. u. 1592. u. 1594. u. 1596. u. 1598. u. 1600. u. 1602. u. 1604. u. 1606. u. 1608. u. 1610. u. 1612. u. 1614. u. 1616. u. 1618. u. 1620. u. 1622. u. 1624. u. 1626. u. 1628. u. 1630. u. 1632. u. 1634. u. 1636. u. 1638. u. 1640. u. 1642. u. 1644. u. 1646. u. 1648. u. 1650. u. 1652. u. 1654. u. 1656. u. 1658. u. 1660. u. 1662. u. 1664. u. 1666. u. 1668. u. 1670. u. 1672. u. 1674. u. 1676. u. 1678. u. 1680. u. 1682. u. 1684. u. 1686. u. 1688. u. 1690. u. 1692. u. 1694. u. 1696. u. 1698. u. 1700. u. 1702. u. 1704. u. 1706. u. 1708. u. 1710. u. 1712. u. 1714. u. 1716. u. 1718. u. 1720. u. 1722. u. 1724. u. 1726. u. 1728. u. 1730. u. 1732. u. 1734. u. 1736. u. 1738. u. 1740. u. 1742. u. 1744. u. 1746. u. 1748. u. 1750. u. 1752. u. 1754. u. 1756. u. 1758. u. 1760. u. 1762. u. 1764. u. 1766. u. 1768. u. 1770. u. 1772. u. 1774. u. 1776. u. 1778. u. 1780. u. 1782. u. 1784. u. 1786. u. 1788. u. 1790. u. 1792. u. 1794. u. 1796. u. 1798. u. 1800. u. 1802. u. 1804. u. 1806. u. 1808. u. 1810. u. 1812. u. 1814. u. 1816. u. 1818. u. 1820. u. 1822. u. 1824. u. 1826. u. 1828. u. 1830. u. 1832. u. 1834. u. 1836. u. 1838. u. 1840. u. 1842. u. 1844. u. 1846. u. 1848. u. 1850. u. 1852. u. 1854. u. 1856. u. 1858. u. 1860. u. 1862. u. 1864. u. 1866. u. 1868. u. 1870. u. 1872. u. 1874. u. 1876. u. 1878. u. 1880. u. 1882. u. 1884. u. 1886. u. 1888. u. 1890. u. 1892. u. 1894. u. 1896. u. 1898. u. 1900. u. 1902. u. 1904. u. 1906. u. 1908. u. 1910. u. 1912. u. 1914. u. 1916. u. 1918. u. 1920. u. 1922. u. 1924. u. 1926. u. 1928. u. 1930. u. 1932. u. 1934. u. 1936. u. 1938. u. 1940. u. 1942. u. 1944. u. 1946. u. 1948. u. 1950. u. 1952. u. 1954. u. 1956. u. 1958. u. 1960. u. 1962. u. 1964. u. 1966. u. 1968. u. 1970. u. 1972. u. 1974. u. 1976. u. 1978. u. 1980. u. 1982. u. 1984. u. 1986. u. 1988. u. 1990. u. 1992. u. 1994. u. 1996. u. 1998. u. 2000. u. 2002. u. 2004. u. 2006. u. 2008. u. 2010. u. 2012. u. 2014. u. 2016. u. 2018. u. 2020. u. 2022. u. 2024. u. 2026. u. 2028. u. 2030. u. 2032. u. 2034. u. 2036. u. 2038. u. 2040. u. 2042. u. 2044. u. 2046. u. 2048. u. 2050. u. 2052. u. 2054. u. 2056. u. 2058. u. 2060. u. 2062. u. 2064. u. 2066. u. 2068. u. 2070. u. 2072. u. 2074. u. 2076. u. 2078. u. 2080. u. 2082. u. 2084. u. 2086. u. 2088. u. 2090. u. 2092. u. 2094. u. 2096. u. 2098. u. 2100. u. 2102. u. 2104. u. 2106. u. 2108. u. 2110. u. 2112. u. 2114. u. 2116. u. 2118. u. 2120. u. 2122. u. 2124. u. 2126. u. 2128. u. 2130. u. 2132. u. 2134. u. 2136. u. 2138. u. 2140. u. 2142. u. 2144. u. 2146. u. 2148. u. 2150. u. 2152. u. 2154. u. 2156. u. 2158. u. 2160. u. 2162. u. 2164. u. 2166. u. 2168. u. 2170. u. 2172. u. 2174. u. 2176. u. 2178. u. 2180. u. 2182. u. 2184. u. 2186. u. 2188. u. 2190. u. 2192. u. 2194. u. 2196. u. 2198. u. 2200. u. 2202. u. 2204. u. 2206. u. 2208. u. 2210. u. 2212. u. 2214. u. 2216. u. 2218. u. 2220. u. 2222. u. 2224. u. 2226. u. 2228. u. 2230. u. 2232. u. 2234. u. 2236. u. 2238. u. 2240. u. 2242. u. 2244. u. 2246. u. 2248. u. 2250. u. 2252. u. 2254. u. 2256. u. 2258. u. 2260. u. 2262. u. 2264. u. 2266. u. 2268. u. 2270. u. 2272. u. 2274. u. 2276. u. 2278. u. 2280. u. 2282. u. 2284. u. 2286. u. 2288. u. 2290. u. 2292. u. 2294. u. 2296. u. 2298. u. 2300. u. 2302. u. 2304. u. 2306. u. 2308. u. 2310. u. 2312. u. 2314. u. 2316. u. 2318. u. 2320. u. 2322. u. 2324. u. 2326. u. 2328. u. 2330. u. 2332. u. 2334. u. 2336. u. 2338. u. 2340. u. 2342. u. 2344. u. 2346. u. 2348. u. 2350. u. 2352. u. 2354. u. 2356. u. 2358. u. 2360. u. 2362. u. 2364. u. 2366. u. 2368. u. 2370. u. 2372. u. 2374. u. 2376. u. 2378. u. 2380. u. 2382. u. 2384. u. 2386. u. 2388. u. 2390. u. 2392. u. 2394. u. 2396. u. 2398. u. 2400. u. 2402. u. 2404. u. 2406. u. 2408. u. 2410. u. 2412. u. 2414. u. 2416. u. 2418. u. 2420. u. 2422. u. 2424. u. 2426. u. 2428. u. 2430. u. 2432. u. 2434. u. 2436. u. 2438. u. 2440. u. 2442. u. 2444. u. 2446. u. 2448. u. 2450. u. 2452. u. 245

